

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XII. JAHRGANG 1935

7.

H E F T / J U L I

Werden und Vergehen im nahen Osten

v. Caucig: Verkehrserschließung Anatoliens

Ha Mol: Aserbaydschan — Land und Leute

K. Haushofer: Pflicht und Anspruch der Geopolitik

Stadler: Geopolitik in der Volksschule

Piesold: Andorra und sein Staatsrecht

Planungsarbeit beim Reichsneubau — Über Volk und Volkstum — Fragen der Volksdeutschen Südgrenze — Kommen Ost und West zueinander? — Volk im Osten — Politisch-wissenschaftliche Arbeit der Sowjets — Amerika: Begriff der Grenze — Amerika: Aufblühende Stadtbildung — Sterbende Südsee — Universalgeschichte und Geopolitik

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480444

Unter ständiger Mitarbeit von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Professor Dr. H. Lautensach, Gießen,
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

SCHRIFTFLEITUNG:

Kurt Vowinckel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

XII. JAHRGANG / HEFT 7 / JULI 1935

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

| | |
|--|-----|
| <i>Franz von Caucig: Die Verkehrserschließung Anatoliens</i> | 401 |
| <i>Ha Mol: Aserbaydschan — Land und Leute</i> | 409 |
| <i>Werner Piesold: Andorra und sein Staatsrecht</i> | 422 |

BERICHTE

| | |
|--|-----|
| <i>Albrecht Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i> | 430 |
| <i>Karl Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i> | 434 |

| | |
|-------------|-----|
| SPÄNE | 440 |
|-------------|-----|

GRUNDFRAGEN

| | |
|---|-----|
| <i>Karl Haushofer: Pflicht und Anspruch der Geopolitik als Wissenschaft</i> | 443 |
| <i>Hubert Stadler: Geopolitik in der Volksschule</i> | 449 |

LITERATURBERICHTE

| | |
|--|-----|
| <i>Karl Haushofer: Weiter Raum wirkt lebenserhaltend</i> | 454 |
| <i>Kurt Vowinckel: Beobachtungsleistungen der Geopolitik</i> | 454 |
| <i>Hans Hummel und Rupert von Schumacher: Büchertafel</i> | 455 |

Preis: Vierteljahr M. 5.50 / Einzelne M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. M. 22.—

Österreich: Vierteljahr ö. Sch. 10.—, Ausland (portofrei): Jährlich RM 23.—
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM 0.90 / Inhalts-
verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinckel Verlag G.m.b.H./LUDWIGSHAFEN 12461 / WIEN 559 18 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Franz von Caucig: Istanbul-Beyoglu, Cihangir-Sakabasi, Anathar Sok. 17 — Dr. Albrecht Haushofer, Leiter des
Geopolitischen Seminars an der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl
Haushofer, Gen.-Major a. D., o. Professor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Ha Mol:
Anschrift durch Verlag — Werner Piesold: Dresden-A. 24, Wielandstr. 7 — Hubert Stadler: München,
Baaderstr. 59 — Kurt Vowinckel: Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36

KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

1127-15
FRANZ VON CAUCIG:**Die Verkehrserschließung Anatoliens**

Im Verlaufe des letzten Jahrzehnts hat das ganze Gebiet von Anatolien (Kleinasien) seine Bedeutung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht vollkommen geändert. Diese Änderung beschränkt sich in ihren Auswirkungen nicht auf die Türkei selbst, sondern hat außen- und geopolitische Dauerwirkung.

Dies Anatolien war einst, zur Sultanszeit, ein ausgesprochenes Durchzugsgebiet. Es führte weder in politischer noch auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein Eigenleben, sondern bildete nur einen Teil des großen Reiches, und zwar den, der am wildesten, unscheinbarsten, vernachlässigtesten war. Jenseits der Höhen, die den Bosphorus nach Süden umkränzen, jenseits der fruchtbaren Gebiete, die hinter Ismir (Smyrna) lagern, war nichts mehr, was irgendwie von Bedeutung schien, das irgendwelchen Anspruch auf Genanntwerden, auf Erschließung hatte. Die Reisenden, die aus Europa nach dem Nahen Osten fuhren, sahen die märchenhafte Stadt der Sultane am Goldenen Horn, fuhren dann, wenn ihr Interesse noch weiter reichte, mit der Bahnlinie, die über Stambul nach Eskischehir-Afion und Konja die Halbinsel ganz im Westen durchquerte, nach Aleppo oder dem Heiligen Lande, ohne von dem Lande Anatolien selbst irgendwelche Notiz zu nehmen.

Aber diese einzige Hauptbahn hatte auch nicht den Zweck, Reisenden das Land zu zeigen oder wirtschaftlichen Interessen zu dienen. Sie war vor allem eine strategische Anlage, die Sultan Hamid für notwendig fand, was sich aus der vor und während des Weltkrieges oft zitierten Bezeichnung „Berlin—Bagdad“ genugsam ergibt.

Einzig im Westen des Landes waren einige Verkehrswege errichtet, die rein vom wirtschaftlichen Standpunkt aus geschaffen waren. Dies sind die Linien von Ismir (Smyrna) nach Manisa und Afion, wodurch der Anschluß an die eben genannte anatolische Bahn gegeben war, eine Abzweigung nach Norden gegen Balikesir und Bandirma am Marmarameer, und weiters eine Linie, ebenfalls von Ismir aus, nach Egridir mit mehreren ganz kurzen Abzweigungen. Alle diese Strecken, deren längste (Ismir—Egridir) 481 km beträgt, führten zu den fruchtbaren und auch gut bebauten Gegenden des Hinterlandes der Agäis, verbanden sie mit dem nicht unbedeutenden Hafen von Ismir, bleiben aber insofern auch ohne größere Bedeutung, als sie nicht in der Lage waren, weiter im Innern liegende Gebiete zu erschließen, die weitaus wertvoller hätten erscheinen müssen. Die Abzweigung der anatolischen Bahn von Eskischehir nach Ankara endlich hatte überhaupt nur einen bedingten Wert; denn das Ankara von damals, eine an sich bedeutungslose anatolische Steppenstadt, konnte nicht soviel Angorawolle liefern, um den Bau der Strecke zu rechtfertigen.

Der Vollständigkeit halber sei noch der Linie im Süden des Landes, von der syrischen Stadt Aleppo nach Mardin im Osten, gedacht, die wie der Anfang eines großen Planes aussieht, der in seinem Anfangsstadium steckengeblieben ist.

Alle diese Bahnen befanden sich in fremden Händen, d. h. sie waren von Konzessionsgesellschaften erbaut und ausgewertet. Die wichtigste unter ihnen, die Diagonalbahn von Stambul nach Aleppo, war von einer deutschen Gesellschaft geschaffen. Sie bildete die einzige Verbindung Anatoliens mit Europa über die Orientbahn, die von Belgrad nach Stambul führte. Sie war also immerhin eine Verkehrsader von einiger Bedeutung. Auch sie aber litt schwer unter der Tatsache, daß sie kein eigentliches Hinterland besaß und nur — wie schon erwähnt — eine Durchgangs-, nicht aber eine Erschließungsstrecke darstellte.

So standen, in ganz rohen Umrissen aufgezeigt, die Verhältnisse, als nach dem Friedensschlusse von Lausanne mit einem Male Anatolien ein selbständiger Staat, ein in sich geschlossener Wirtschaftskörper wurde. Da zeigte es sich mit erbarungsloser Deutlichkeit, daß die insgesamt 3350 km Eisenbahnlinie für ein Land, das nahezu doppelt so groß ist als Deutschland, in gar keiner Beziehung ausreichten. Sowohl in militärischer wie auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht erwiesen sich die vorhandenen Eisenbahnen als vollkommen untauglich, denn sie wurden — dies gilt insbesondere von der anatolischen Bahn — herausgerissen aus ihrer natürlichen Entwicklung, bildeten durch die neuen Grenzfürhungen Einzelstücke ohne Anfang und ohne Ende und versanken noch weiter als früher in Bedeutungslosigkeit. Die damit gestellten Probleme erkannte die junge türkische Republik gar bald: sie sah sich vor die schwere Aufgabe gestellt, den neugeschaffenen Staat durch entsprechende Verkehrsmittel zu einer Einheit zusammenzuschweißen.

Angesichts dieser Notwendigkeit stellte sich die Frage: Eisenbahn- oder Straßenbau? In den meisten Staaten hätte man sich wahrscheinlich für Straßen entschieden und hätte einen Vorläufer der deutschen Reichs-Auto-Bahnen geschaffen; denn Straßen sind im Bau und in der Erhaltung sowie auch, was das rollende Material betrifft, wesentlich billiger als die Eisenbahnen. Die Türkei hat sich indessen für den Eisenbahnbau entschieden. Nebst verschiedenen anderen Gründen war dafür entscheidend, daß es im Lande selbst genügend Kohle gibt, daß man auch genügend Möglichkeiten schaffen konnte, um billig elektrischen Strom zu erzeugen, daß hingegen kein Motorbetriebsstoff vorhanden ist. Dadurch hätte eine unliebsame Abhängigkeit von willigen oder unwilligen Lieferländern entstehen können, die möglicherweise alle Errungenschaften des nationalen Aufbaues hinfällig machen konnte. So stellte man sich auf den Standpunkt, daß erst unter allen Umständen ein gewisses Netz von Eisenbahnlinien errichtet werden müsse, denen dann als Ergänzung, als Weiterführung, Autostraßen zugesellt werden sollen, wo sie eben nötig sind.

Es mußte also mit dem Gegebenen gerechnet und das Vorhandene so ausgebaut werden, daß es wieder die Form des Rückgrates annehmen konnte, die ihm zugeteilt war und auch innewohnte. Die anatolische Bahnlinie, die das ganze Land vom

Norden nach Süden durchquerte, war für diesen Ausbau in jeder Hinsicht wertvoll. Wenn man aber die Karte ansieht, dann merkt man, daß diese Strecke das Gebiet von Kleinasien in zwei ungleiche Hälften trennt: man könnte sagen, annähernd im ersten Drittel. Daraus ergibt sich, daß praktisch genommen zwei Drittel des Staates, nämlich der ganze Osten, „terra nuova“ waren. In dieses ungeheure Gebiet mußte nunmehr vorgestoßen werden.

Die beiden Ansätze dazu waren vorhanden: einmal die Seitenlinie der anatolischen Bahn von Eskischehir nach Ankara und dann ganz im äußersten Osten eine ehemals russische Linie von der Grenze bis herein nach Kars. Es konnte also der



Die Städtenamen werden auf dieser Karte noch in der bisherigen Schreibweise gegeben

Gedanke nicht fern liegen, diese beiden Punkte: Ankara und Kars, miteinander zu verbinden und so eine Linie zu schaffen, die das ganze Land, der Ostwest-Ausdehnung folgend, in zwei Teile zerlegen sollte. Wurden von ihr aus dann Parallelen zur anatolischen Bahn gelegt, diese durch Zwischenstücke miteinander verbunden, so mußte das zur völligen Erschließung des Landes führen.

In etwa nach diesen Überlegungen wurde auch tatsächlich gehandelt. Bei der tatsächlichen Streckenführung allerdings waren die verschiedensten Gesichtspunkte zu bedenken. Zunächst war natürlich zu berücksichtigen, daß die technischen Voraussetzungen heute ganz andere Möglichkeiten zur Streckenführung bieten als zu der Zeit, wo die bisherigen türkischen Bahnen gebaut wurden. Zum anderen aber muß man in einem Lande wie Anatolien vom Personenverkehr im allgemeinen absehen. Das Volk als solches ist bodenverwurzelt, ja bodenverhaftet; es betreibt vor-

nehmlich Landwirtschaft. Ein Reisen um der Reise willen ist völlig unbekannt, schon allein der Armut wegen, die für Vergnügen nur die bescheidensten Mittel übrigläßt. Dieser Antrieb, dem man in europäischen Staaten soviel Geld und Arbeit opfert, fällt in der Türkei schon vom Anfang an aus. Es blieben daher die politischen und wirtschaftlichen Belange übrig, die für die Erschließung des Landes den Ausschlag gaben. Indessen kann es sich die Türkei nicht leisten, diese beiden Gesichtspunkte getrennt ins Auge zu fassen; sie mußte möglichst trachten, die militärischen und wirtschaftlichen Erfordernisse zu vereinigen. Da sie außerdem den Ehrgeiz hat, ihr Verkehrsprogramm aus eigenen Mitteln zu bestreiten, mußte sie sich naturnotwendig Beschränkungen auferlegen, die sich vor allem in der Bauzeit auswirken: es konnten nicht alle geplanten Bahnlinien auf einmal in Angriff genommen werden. Eines war aber, trotz aller Schwierigkeiten, klar: der Hauptteil der Ostwestbahn und die militärisch wie wirtschaftlich am dringendsten erforderlichen Abzweigungen mußten zuerst in Angriff genommen werden.

*

Welche Gesichtspunkte waren nun in militärischer Hinsicht maßgebend? Es war ohne weiteres klar, daß an eine wirksame Landesverteidigung mit den gegebenen Verkehrsmitteln überhaupt nicht zu denken war. Die Linien der Westküste hätten allenfalls als Behelf dienen können, aber eine wirkliche Verteidigung der Küste mußte als aussichtslos angesehen werden, solange nicht gegen Osten zu Bahnen weiterliefen, um für Menschen- und Materialnachschub zu sorgen. Die ganze Küste des Schwarzen Meeres lag überhaupt völlig verwaist; sie war nur von der Seeseite her zu verteidigen. Die der syrischen Grenze folgende Bahnlinie im Süden war infolge der Nähe der Grenze einerseits, anderseits infolge des Fehlens einer Verbindung zum übrigen Eisenbahnnetz ganz und gar wertlos. Ebenso entblößt war auch die Mittelmeerküste im Süden Anatoliens. Es blieb also die Tatsache, daß weder die Meeresküsten noch die Festlandsgrenzen mit dem Innern oder gegenseitig verbunden waren — daß mit anderen Worten das ganze Land zur freien Verfügung eines etwaigen Angreifers offenlag.

Ein derartiger Zustand ist natürlich unhaltbar und entspricht nicht einem Volke, das nach jahrhundertelanger Zurücksetzung wie neu zum Leben erwacht schien und infolge seines Aufstieges mancherlei Neider besitzt. Es war während der letzten Jahrzehnte der Sultanszeit gang und gäbe geworden, sich vom Körper des Osmanischen Reiches ein Stück nach dem anderen zu annektieren; noch der Friedensschluß von Sèvres, der nach dem Weltkriege mit der osmanischen Türkei geschlossen wurde, hat eine Aufteilung Anatoliens in gewisse „Einflußsphären“ vorgesehen. Heute noch hat die Türkei diesen Aufteilungsversuch nicht völlig überwunden; es ist eine gewisse Achtsamkeit zu bemerken, insbesondere was Italien betrifft, das unmittelbar vor dem türkischen Festlande die Inseln des Dodekanes besetzt hält und stark befestigt, was von der Türkei nicht ohne Mißtrauen gesehen wird. In-

dessen ist die Türkei jederzeit leicht in der Lage, gerade die Gebietsteile an der Südküste Kleinasiens zu verteidigen, die als von Italien hauptsächlich gefährdet betrachtet werden. Das große, fruchtbare Gebiet um Antalia ist eine ausgesprochene Steilküste, an der jede Landung ausgeschlossen erscheint. Aus diesem Grunde brauchte auch die Bahnlinie von Afion nach Antalia, die geplant ist, nicht sofort in Angriff genommen werden.

Hingegen mußte in das Innere des Landes vorgestoßen werden, um ein Zusammenziehen der Truppen dort zu ermöglichen, wo es gerade nötig erscheint. Es war daher die wichtigste Aufgabe, nach dem Osten vorzudringen; das geschah durch den Bahnbau, der von Ankara über Kaiseri nach Siwas führt, weiter mit der Verlängerung dieser Bahn von Siwas über Divrik nach Erzincan und Erzurum, wodurch die Verbindung zu der seinerzeit russischen Bahn von Erzurum nach Kars gegeben war. Damit war ganz Anatolien von Ismir (Smyrna) an bis an die äußerste Grenze nach Osten durchquert. Der Bahnteil von Siwas nach Erzurum ist derzeit noch im Bau; eine Innenanleihe ermöglicht die Fertigstellung der Arbeiten. Insgesamt wird diese Strecke eine Länge von ungefähr 2600 km haben.

Dadurch, daß, wie schon erwähnt, die Bahn von Aleppo nach Mardin der Grenze folgt und somit strategisch völlig wertlos wird, war der Bau einer tiefer in das Land eingreifenden Linie notwendig. Es ist die Strecke von Fevzipascha nach Elaziz. Sie erschließt das Gebiet, das als Kurdistan bekannt ist und das einer besonderen Sicherung nicht entbehren kann.

Nicht weniger wichtig jedoch erscheinen die drei Linien, die den Norden des Landes erschließen, und zwar die Strecken von Irmak nach Filios, die Linie von Siwas nach Samsun und endlich die Bahn von Erzurum nach Trabzon. Die ersten zwei sind bereits fertiggestellt; mit ihrer Hilfe ist die Türkei heute in der Lage, jeglichem Angriff gegen die Schwarze-Meer-Küste wirkungsvoll zu begegnen.

Auch eine weitere Linie, und zwar die Fortsetzung einer Zweigbahn der anatolischen Bahn, hat, was die Lehren und Erfahrungen aus dem Weltkriege eindeutig bewiesen haben müssen, einen hervorragenden strategischen Wert. Das ist die Strecke von Kütahiya nach Balikesir, die heute bereits fertiggestellt ist und deren geplante Fortsetzung in Tschanakale an den Dardanellen endet.

Es muß sich nun die Frage ergeben, warum als Endpunkte, Kopfstationen oder Durchgangsbahnhöfe all dieser Bahnen nicht andere Ortschaften oder Städte gewählt wurden. Warum z. B. die große Stadt Gazi-Ayntap, nördlich von Aleppo, durch die Bahnlinie Fevzi—Pascha—Elaziz nicht berührt wird, ja warum diese Bahnstrecke nicht überhaupt südlicher, etwa über Gazi—Ayntap—Urfa—Diyarbekir—Siirt geführt wurde. Es muß die Frage erstehen, warum nicht etwa erst die Linie nach Trabzon gebaut wurde, da doch Trabzon ein weitaus besserer Hafen ist als Samsun, und warum nicht endlich der direkten Nordstrecke nach Inebolu statt der nach Filios der Vorzug gegeben wurde.

Die Antwort ergibt sich aus der Tatsache, daß alle diese Bahnen, obwohl sie natürlich strategisch wichtig sind, gleichzeitig wirtschaftlichen Belangen Rechnung tragen, daß sie also, wie oben erwähnt, zweierlei Zwecken zu dienen haben.

Wirtschaftlich erschlossen waren früher nur die Gebiete um Ismir (früher Smyrna). Aus der Anlage der vor dem Krieg durch die Konzessionsgesellschaften erbauten Bahnstrecken läßt sich ohne weiteres erkennen, daß ihr Bau vom rein kaufmännischen Standpunkt aus erfolgt war, von einem Standpunkt also, der nicht unmittelbar den Interessen des Landes diene, sondern mehr oder minder versteckt auf Ausbeutung ausging. Bei weitsichtiger Anlage dieser Bahnen hätte man schon damals auf die Idee kommen müssen, die im Innern Anatoliens lagernden Schätze der Land- und Forstwirtschaft wie auch der Bergwirtschaft zu heben. Es gibt in der Türkei nebst gewaltigen Kupferlagern auch Steinkohlenbecken, ferner Chrom- und Lignitbestände, die wohl zu den umfangreichsten gehören, die der Nahe Osten beherbergt. Es ist nicht zu verwundern, daß die Türkei angesichts dieser Tatsache den Entschluß gefaßt hat, sie nicht nur für den Export auszubeuten, sondern selbst zur Schaffung einer nationalen Industrie zu schreiten.

Wenn man nun untersucht, wo sich diese Lager im einzelnen befinden, wird manche Bahnführung sofort verständlich werden. Etwas östlich von Elaziz liegt der kleine Ort Ergani-Maden. Das ganze Becken ist ein einziges Kupferlager, das an Mächtigkeit mit den anderen Großkupferminen der Welt jeden Vergleich aufnehmen kann. Deshalb führt die Bahnlinie, von der oben schon gesprochen wurde, nicht über Gazi-Ayntap nach Diyarbekir, sondern nach Elaziz; der letztere Teilabschnitt nach Ergani ist eben im Bau. Der Hafen von Mersin am Mittelländischen Meer wird in kurzer Zeit das Ausfallstor des türkischen Kupferbergwerkes von Ergani sein.

Die großen Lignitlager befinden sich etwas südwestlich von Samsun. Darum allein erklärt sich die Wahl Samsuns als Endstation der Bahnlinie von Siwas. An der Schwarzmeerküste, etwas westlich von Filios, liegt der kleine Ort Zonguldak und noch etwas westlicher Eregli. An der Strecke von Filios nach Eregli wird derzeit gebaut. Das ganze Gebiet ist ein ungeheures Kohlenlager; nach dem Urteil maßgebender ausländischer Fachleute kann sie mit der besten englischen Kohle wetteifern. Die Kohle wird dort vielfach im Tagbau gewonnen; die Mächtigkeit der Lager reicht hin, um den industriellen Kohlebedarf der Türkei auf Generationen hinaus sicherzustellen. Endlich führt die Bahnlinie von Kütahya nach Balıkesir durch eine reiche Waldgegend und erschließt auch die Chromlager, die sich in der Nähe befinden.

Allein durch diese Bahnen ist, wie man sieht, all das an einen beliebigen anderen Punkt der Türkei zu konzentrieren, was für den Betrieb von Werken größten Stils notwendig erscheint. Wenn die Sümer Bank, die die Industrialisierung des Landes übernommen hat, mit Krupp ein Abkommen auf Bau und Maschinenausrüstung

eines großen Stahlwerkes abgeschlossen hat, wenn jetzt eine Gruppe von Fachleuten den Ort bestimmt, an dem dieses Werk errichtet werden soll, ist das inzwischen ausgebauten Bahnnetz eine der notwendigsten Voraussetzungen.

Indessen ist die Türkei nicht nur reich an Mineralschätzen, sondern besitzt auch Gebiete, die als Kornkammern bezeichnet werden können. Es sind dies vor allem die Gegenden zwischen Fevzi-Pascha und Malatia, die Gegend um Tokat und Amasia, die Gebiete von Tschankiri bis nach Filios, die ganze weite Ebene westlich von Konia, nicht zuletzt die Ebene von Eskischehir und jener breite Streifen längs der ganzen Westküste, der schon vor dem Kriege wegen seines Bodenreichtums von Ismir aus erschlossen wurde. Diese Landschaften werden heute planmäßig weiter entwickelt; durch großzügige Meliorationen wird bisheriges Ödland in fruchtbare Gebiete verwandelt. Die landwirtschaftlichen Hauptbezirke sind heute von der Bahn bereits erschlossen; im vergangenen Jahre sind in den großen Städten, wie Ankara, Konia und Eskischehir, große Getreidespeicher errichtet worden; innerhalb des laufenden Jahres werden auch eine Reihe anderer Silos erbaut werden, um eine regelmäßige und gleichmäßige Verteilung des Bodenertrages über das ganze Land sicherzustellen.

Es bleibt nur noch zu erwähnen, welche Eisenbahnen geplant sind, um für später eine lückenlose Erschließung des ganzen Landes sicherzustellen. Vom Westen nach Osten fortschreitend, sind dies folgende Strecken: von Tschanakkale (Dardanellen) nach Balikesir, von Afyon über Bordur zum Mittelmeerhafen Antaliya, von Bursa zur anatolischen Bahn nach Eskischehir, von Adapazar, der nördlichsten Zweigstrecke der anatolischen Bahn, über Bolu an die Bahnlinie nach Filios, von dieser Linie eine Zweigbahn nach Kastamuni und dem Schwarzmeerhafen Inebolu und eine andere Zweiglinie nach Samsun, ferner von Elaziz über Musch an den gewaltigen, tief im Osten Anatoliens gelegenen Wan-See und die Stadt Wan und endlich von Erzurum nach Norden über Beyburt nach Gümüşhané und den Schwarzmeerhafen Trabzon. Diese Linien, das sieht man auf den ersten Blick, stellen hauptsächlich Verbindungsbahnen dar, die mit der bisherigen Erschließung des Landes in keiner unmittelbaren Verbindung stehen.

Interessant ist nun eine von den türkischen Staatsbahnen herausgegebene Statistik, die ersehen läßt, was die Türkei während der ersten zehn Jahre des republikanischen Systems zusammenfassend an Eisenbahnbauten geleistet hat. Am 31. Oktober 1933 konnte die Türkei auf nachfolgende, von ihr errichtete Eisenbahnstrecken zurückblicken:

| | | | |
|---------------------------|--------|--------------------------------------|--------|
| Ankara—Kayseri | 380 km | (Elaziz liegt nicht unmittelbar an | |
| Kayserie—Sivas | 222 „ | der Hauptbahnlinie). Hierzu kommen | |
| Samsun—Sivas | 378 „ | noch Bahnlinien, die bereits fertig- | |
| Kutahiya—Balikesir | 252 „ | gestellt, doch noch nicht dem Ver- | |
| Ulukischla—Bogazköy | 173 „ | kehr übergeben wurden, mit zusam- | |
| Irmak-Filios | 297 „ | men rund | 230 km |
| Fevzipascha—Elaziz | 350 „ | | |

Diese Bahnlinien waren mit einem Kostenaufwand von rund 250 Mill. Türkpfund errichtet worden. Bis zum gleichen Zeitpunkt aber hatte die Türkei noch eine Reihe von Eisenbahnlinien von den Konzessionsgesellschaften angekauft, die alle vor dem Kriege gebaut worden waren. Diese Bahnlinien sind:

| | | | |
|-----------------------------------|---------|----------------------------------|-------|
| Die Anatolische Bahn mit | 1007 km | die Linie Samsun—Tscharschamba . | 36 km |
| die Linie Mersin—Adana mit | 64 „ | die Linie Izmir—Aydin (Kaufver- | |
| die Linie Mudania—Brusa mit | 42 „ | handlungen eben vor dem Abschuß) | |
| die Linie Konia—Eskischehir mit.. | 511 „ | | |

Weiter sind durch den Friedensschluß von Gümrü (Dezember 1920) und durch den Frieden von Kars (Oktober 1921) einige Bahnlinien ganz im Osten des Landes in türkischen Besitz übergegangen, über die sonderbarerweise, obwohl sie vom Staat in Benutzung genommen wurden, in keiner Statistik Angaben zu finden sind; sie fehlen auch vielfach auf den Eisenbahnkarten. Es ist dies neben der Linie Erzurum—Kars—Grenze (weiterhin nach Tiflis) die Linie von Bayazit—Grenze (weiterhin nach Novo Bayazit). Der Kaufbetrag der von den Konzessionsgesellschaften erstandenen Linien betrug rund 159 Mill. Türkpfund, die Gesamtlänge der in Betrieb stehenden türkischen Staatseisenbahnen weist etwas über 5000 km auf.

*

Aus allem Vorhergesagten ergibt sich, daß es der Türkei innerhalb von zehn Jahren gelungen ist, den größten Teil ihres Eisenbahnbauprogramms auch wirklich durchzuführen, so daß in ganz groben Zügen heute schon das gesamte Gebiet der Republik erschlossen erscheint.

Es seien nur noch einige Worte über die Auswirkungen dieser Anlagen außerhalb des Landes zu sagen: sie sind noch nicht in vollem Umfang in Erscheinung getreten. Es wird sich hauptsächlich wohl um eine Erhöhung der Ausfuhr von Landenserzeugnissen aller Art (Naturprodukte, Bodenschätze, Erzeugnisse der Hausindustrie u. dgl.) handeln, doch ist bis heute die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse noch nicht so hoch, daß die Türkei bereits in wesentlichem Maße ausführen könnte. Diejenigen Bodenerzeugnisse, die schon früher zur Ausfuhr gelangten, also Futtermittel, Mohär, Feigen, Rosinen u. dgl., haben natürlich im Auslande an Beliebtheit nichts verloren, konnten jedoch hauptsächlich dadurch in ihrer Ausfuhr noch nicht gesteigert werden, daß Bahnlinien, die entferntere Anbaugebiete erschließen, noch nicht fertiggestellt sind.

Indessen wird sich dies vielleicht schon in diesem Jahre ändern; dann wird die Ausfuhrsteigerung nicht ausbleiben. Im allgemeinen wird sich aber in geopolitischem Sinne das Eisenbahnnetz erst dann voll auswirken, wenn das Industrieprogramm durchgeführt ist und die Türkei im Nahen Osten als Lieferant auftreten wird. Es ist also die Verkehrserschließung Anatoliens nur ein Teil des Industrieprogramms. Beide zusammen werden die Türkei auch wirtschaftlich zum Mittelpunkt des Nahen Ostens machen, der sie in politischer Hinsicht bereits geworden ist.

HA MOL:

Aserbaydschan — Land und Leute

Über Aserbaydschan findet sich in der Literatur keine zusammenhängende Darstellung. In keiner Sprache ist bisher ein Buch erschienen, das sich mit seiner Geschichte von Anfang bis heute befaßt. So ist es ein Wagnis, aus dem mir zugänglichen Material in türkischer, persischer, russischer, deutscher und französischer Sprache eine Gesamtdarstellung über seine Geschichte bis zum heutigen Tage zu versuchen.



Geographischer Überblick

Aserbaydschan liegt zwischen Dagestan, Georgien, Armenien, der Türkei und Persien. Es nimmt den Südosten Transkaukasiens und den Nordwesten des Iranischen Hochlandes ein. Im Norden trennt uns der Fluß Samur von Dagestan, im Westen die Ebene von Alasan und Jora, sowie der Fluß Akstafa von Georgien und der Göktschaysee von Armenien. Die hohen Berge zwischen Van- und Urmiasee scheiden uns von der Türkei und im Süden der Berg Bakrudagh von Persien. Zu Aserbaydschan gehören auch die Inseln um die Halbinsel Apscheron im Kaspischen Meer, wie z. B. Nargin und Wulf, wie auch die Insel Duvan und andere kleinere an der Mündung des Kuras ins Kaspische Meer.

Die Topographie Aserbaydschans ist mannigfaltig. Es hat Ortschaften, die bis zu 26 m unter dem Meeresspiegel liegen, große Niederungen, hohe Berge, mit ewigem Schnee bedeckt. Sie erreichen Höhen bis zu 4480 m und senken sich zum Kaspischen Meer. Dasselbe finden wir bei den Ausläufern des großen Kaukasus, der sich in Schirwan zu hügeligem Gelände gestaltet. Umgekehrt steigt der kleine Kaukasus von Karabagh über Kuer zu hohen Bergen bis Salavan an. Die weiten fruchtbaren Niederungen zwischen Kuer und Arras heißen Mil, die am linken Ufer des Kuer führt den Namen Schirwan-Niederung. Die große Fläche rechts des Arras und des unteren Verlaufs des Kuer heißt Mugan. Anschließend daran kommt die Niederung Talisch, welche sich an die großen Talischberge anschließt. Der Boden von Aserbaydschan ist sehr fruchtbar, benötigt aber eine gute Bewässerung. An Flüssen sind zu nennen: Samur, Alasan, Jora, Akstafa, Kuer und Arras mit ihren vielen Nebenflüssen. An Seen ist Aserbaydschan verhältnismäßig arm, bemerkenswert sind nur drei, der Göktschay-, der Urmia- und der Gögölsee, mehrere kleinere sind ohne Bedeutung. Aus dieser topographischen Lage ergibt sich das Klima; es wechselt zwischen streng kontinentalem und rauhem Steppenklima bis zum subtropischen — wie etwa im Raum von Lengkoran bis Enseli. In höheren Zonen mit niederen Temperaturen beschränkt sich die Vegetationsperiode auf 6 bis 8 Wochen. Diese Gebiete dienen als Weideplätze für Rinder und Schafe. Unterhalb dieser Höhen kommt schon Wald, und zwar sind beide Arten, Laub- und Nadelwälder, vertreten. In dieser Zone wachsen bereits Roggen, Kartoffeln und Lein. In den Vorbergen wird Weizen, Weintrauben und Baumwolle gebaut. In den Steppengebieten Aserbaydschans ist dagegen durch den Wassermangel die Vegetation ziemlich arm. In den sumpfigen Gebieten finden wir Rohrschilf. In der subtropischen Zone um Talisch herrscht üppige Vegetation.

Die Tierwelt Aserbaydschans ist reich: Angefangen von Gamsen, wilden Schweinen, Schakalen, Füchsen, Bären, Hasen findet sich noch vieles andere Wild. In den Tälern des Arras und Talisch sind Tiger, Hyänen und Leoparden zu treffen. An Fischen ist der Fluß Kuer sehr gesegnet, und dessen Mündung ins Kaspische Meer ist die Quelle des besten Kaviars. Der See Göktschay ist berühmt durch seine Fo-

rellen, ebenso der Göggölsee. Der Urmiassee ist jedoch salzhaltig und entbehrt deshalb des Tierreichtums.

Die wichtigsten Städte Aserbaydschans sind: Baku, die Hauptstadt von Nordaserbaydschan, Täbris, Gändschä, das Hauptzentrum der nationalen Bewegung, Schuscha, die Hauptstadt Karabags, die Stadt, aus welcher unsere besten Dichter und Sänger stammen, Schemacha, Salian, Akstafa, Astara, Nachtschiwan, Urmia, Aerdebil und Türkmentschay.

Durch den Fluß Arras wird Aserbaydschan in Nord- und Südaserbaydschan geteilt; Aserbaydschan ist 250 000 qkm, also zweimal so groß wie Portugal. Bewohnt wird Aserbaydschan von Aseritürken, deren Sprache dieselbe ist, die in der Osttürkei gesprochen wird. Die Zahl der Bevölkerung wird auf 7 bis 8 Millionen geschätzt. Sowohl die russische Statistik wie die persischen Schätzungen geben sehr unsichere Zahlen.

Ausblick auf die Wirtschaft

Den Hauptreichtum von Aserbaydschan bilden neben Petroleum, das besonders auf der großen Halbinsel Abscheron gewonnen wird, Kaviar, Baumwolle, Seide, Früchte und nicht zu mindest Teppiche. Petroleum stand vor dem Kriege in der Weltproduktion an zweiter Stelle (550 bis 600 Mill. Pud, 1 Pud = 16,38 kg). Die Statistik vom Januar und Februar 1933 ergibt 912 640 t, wovon allein auf Aserbaydschan 65% Petroleum entfällt. Deutschland bezog davon 72 293 t. Die Petroleumbohrungen von Baku haben dessen Vororten ein typisches Bild gegeben; Tag um Tag, Nacht um Nacht sind die Bohrmaschinen in Tätigkeit. Führt man von Baku nach Sabuntschi und Surahany, so sieht man mächtige Wälder von Bohrtürmen. Im Jahre 1913 wurden allein durch Batum 665 700 t Naphthaerzeugnisse ausgeführt, davon allein 371 600 t Petroleum. Es bedeutet somit für Aserbaydschan das Hauptprodukt. Das meiste Kapital kam vom Ausland, doch sind auch gebürtige Aserbaydschaner an der Naphthaproduktion beteiligt. Der Schwede Nobel führte seine Fabriken mustergültig; seine Felder nahmen enorme Ausmaße an. Von Aserbaydschanern sind als Petroleumunternehmer Hadschi, Musa und Schamsedin zu nennen.

Das Vorkommen von Naphtha in der Umgebung von Baku, schon von Marco Polo erwähnt, fand bis 1804 keine produktive Ausbeutung. Zunächst schöpfte der Aserbaydschaner Naphtha mit Hilfe lederner Säcke aus einfachen Gruben und verwendete es zu Beleuchtungszwecken und zur Verarbeitung von Leder. Als erstes nennenswertes Unternehmen ist das des Khan von Baku zu nennen, welcher bereits 1770 regelrecht Pachtgelder einnahm. Bis 1872 kann man eigentlich von einer planmäßigen Gewinnung nicht sprechen, erst dann wurde eine Bohranlage nach amerikanischem Vorbild angelegt. 1877 bekam die Stadt ca. 2 600 000 RM. Steuern; ein Jahr darauf steigerte sich diese Zahl auf 7 000 000 RM. und wiederum nach einem Jahr hatte sie bereits 10 000 000 RM. Petroleumabgaben zu verzeichnen.

Wir wollen nun eine kleine Skizze von der Entwicklung des Naphthaproduktes entwerfen und nehmen als Ausgangspunkt von jahrelanger Statistik das Jahr 1860, in welchem nur 4200 t gefördert wurden. Dies steigerte sich bis 1870 auf 32 800 t, nach zehn Jahren wiederum sind 510 000 t anzugeben. 1890 sind es 3 700 000 t, 1908 9 900 000 t. Kurz vor dem Kriege war die Produktion annähernd 6 900 000 t. In späteren Jahren nimmt die Produktion erstaunlich ab. 1919, noch unter der selbständigen Republik Aserbaydschan, haben wir 3 700 000 t, 1920 2 870 000 t und dann sinkt 1922 die Zahl auf 1 500 000 t. Natürlich beruht diese Abnahme nicht auf Versickerung der Petroleumquellen, sondern auf der Vernachlässigung der technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen unter den politischen Störungen.

An Hand dieser Tatsachen sieht man, daß Baku und seine Umgebung eine wichtige Rolle in der Wirtschaft Aserbaydschans gespielt hat und spielen wird. Baku mit seinem riesigen und fast unerschöpflichen Reichtum bedeutet Glück und zugleich Unglück für uns Aserbaydschaner.

Ich möchte noch hinzufügen, daß jetzt die Ausfuhr der Naphthaprodukte nach dem Auslande in der Hauptsache über Batum durch die Rohrleitung Baku-Batum erfolgt. Diese Leitung verläuft längs der transkaukasischen Bahn; es wird hier ein Höhenunterschied von Baku = minus 24,5 m bis zum Höchstpunkt des Suramtunnel = plus 775 m überwunden, und zwar mittels Pumpstationen, die alle 50 km errichtet sind. Vom Suramtunnel fließt Petroleum in einem einzigen Abschnitt über 150 km nach dem Hafen von Batum. Die Leitung ist insgesamt 890 km lang. Eine kurze Zweigleitung geht von der Station Dsegan nach der Kupferhütte Karabulag.

Neben Eisen sind auch Kobalt, Aluminium, sowie Blei und Zink vorhanden, jedoch sind diese Erze noch nicht in dem Maße ausgebeutet, daß man effektive Zahlen angeben könnte. Es wurden vor dem Krieg bereits einige Gesellschaften gegründet, die teilweise Erfolge zu verzeichnen hatten. Der Krieg und die nachfolgenden Verhältnisse haben jedoch jede private Initiative begraben. Schwefel, Kupfer in der Nähe von Gändschä, die Gruben von Alahverdi, Kedabek, Dchowdar-Magnesit und Schwefelkies bei Tschay-Kend am Fuße des Kepes am Kovrasu sind bekannt; ebenso Nachtschiwan mit seinen märchenhaften Fruchtgärten, auch berühmt durch seine Seidenzucht und hauptsächlich durch seine Steinsalzgewinnung.

Als Überreste des Meeres, welches früher die Kür-Aras-Niederungen bedeckte, sind zahlreiche Salzseen und Stätten zurückgeblieben, die ebenfalls zur Salzgewinnung verwertet werden. Das meiste Salz jedoch wird aus den 27 Salzseen nördlich von Baku gewonnen. Die Salzseen an der Kürniederung liefern das Salz, welches an Ort und Stelle für Kaviar und Fischkonserven verwendet wird.

Aserbaydschan besitzt auch Glaubersalz, Alaun (Bach bei Schamchor). Gändschä und Karabulak liefern Schmirgel. Sary-Baba bei Schuscha Asbest. Eisensalze, Gelbeisenerze und Orsid werden von den Aserbaydschanern zum Färben von Stoffen verwendet. Feuerfesten Quarz als Neugestein finden wir in Kedabek und in den Alahverdi-Gruben. Wir sind arm an Kohle, doch das Vorkommen von Naphtha und der Besitz der Wälder läßt diesen Mangel im Wirtschaftsleben kaum zur Geltung kommen.

Nun noch ein paar Worte über Gold. Es findet sich z. B. im Sand der Quellen des Flusses Akstafa, in geringen Mengen auch in Kupfererzen; außerdem in Ketabek am Berge von Nail bei Schemacha und in den Bächen des Westaragwa.

Die Wasserbecken der Flüsse sind so gelegen, daß sie alle dem Kuer und Aras zufließen; es wäre für diese Flüsse, als weiße Kohle verwendet, ein breites Feld gegeben, jedoch harret es noch seiner Ausbeutung.

Vom Namen des Landes

Ich habe eben erwähnt, daß die Aserbaydschaner Türken sind und daß sie sich Türken oder Aseritürken nennen. Ich möchte gerne den Grund hierfür erwähnen: das Land hieß schon in seinen Uranfängen Aserbaydschan, in der alten Geschichte auch Atropatene, Albanien, wir finden es in den damaligen Karten als Kaspia eingetragen. Die Araber nennen es Adrbeigan, Altarmenisch, Ater-Paterkan oder Ater-Peilakan. Bei den Altgriechen führt es den Namen Atropatene; auf georgisch heißt es Adar-Badagan. Baharli, der ein Buch über das kaukasische Aserbaydschan herausgab, ist der Meinung, daß das Wort Aserbaydschan in allen Sprachen aus zwei Worten bestehe: zunächst einmal aus Ater bis zu Aser, was in allen Variationen „Feuer“ bedeutet, und daß der zweite Teil den Sinn von „Funken“ oder „Glanz“ führt. Aus dieser Überlegung heraus würde Aserbaydschan in allen Formen entweder das „Land des Feuerfunkens“ oder „Land des Feuerglanzes“ bedeuten. Es ist bewiesen, daß das Gebiet westlich vom

Kaspischen Meer, von Derbent bis zum Urmiasee Bagrydagh, voll von frei zutage tretenden Gasen war, die das „Ewige Feuer“ geliefert haben. In Täbris hieß der Tempel der Feueranbeter „Aderbaygan“. Dies Aserbaygan würde im Deutschen am besten mit „Tempel des Feuergottes“ zu übersetzen sein. Wir sehen, daß der Name Aserbaydschan mit dem ewigen Feuer, das durch Urbewohner des Landes unterhalten wird, in engster Verbindung steht.

Geschichte und Teilung von Aserbaydschan

Die Geschichte Aserbaydschans bis zum 17. Jahrhundert ist außerordentlich mannigfach; ich muß mir versagen, darauf im einzelnen einzugehen. Ich erinnere nur an die Perser und an Alexander den Großen, an die Römer und Byzantiner, an die großen Züge der Hunnen, deren Ausläufer auch nach dem Kaukasus kamen, sowie an die Araber; es seien auch die Kasaren und Petschinegen genannt, die jahrzehntelang vor Gründung der Goldenen und Silbernen Horden nach dem Nordkaukasus kamen. Von hier aus drangen sie bis Georgien und Aserbaydschan vor und bemächtigten sich Armeniens. Im Laufe der Jahre werden sie wieder zurückgedrängt und in Aserbaydschan sesshaft. Vom Süden her kommen Vorfahren der Seltschuken und dringen nach Südaserbaydschan vor, lassen sich dort nieder, und zum Teil sogar kolonisieren selbst Perser diese Gegend mit kriegerischen Seltschuken. Der Siegeszug des Islam bis nach dem Nordkaukasus, ebenso die Bekehrung der Tataren zum Islam zwingt ganz Aserbaydschan zur Annahme der Religion des Islam. Die Aserbaydschaner waren ursprünglich teils Heiden, teils Feueranbeter, eine kurze Zeit Christen; es kam nun durch Annahme der Religion des Islam etwas Bindendes zwischen den einzelnen Völkerstämmen zustande. Aserbaydschan stand von jeher unter dem Einflusse Persiens; wir kennen es nur von 931—980 und von 1146 — Schamseddin Jedeges — als selbständig. Die Fürstentümer Aserbaydschans, welche schon damals gebildet waren, bekämpften sich untereinander oder werden von einer fremden Macht einzeln geschlagen, und in den späteren Glanzzeiten Persiens werden sogar diese Fürsten persische Vasallen. Zu den von Aserbaydschanern gegründeten Fürstentümern gehören Schirwan, Derbent, Baku, Talisch, Karabagh, Schäki, Gändschä, Nachtschiwan, Täbris und Urmia. Das selbständige Leben dieser Fürsten, von den Schirwanschen Fürsten abgesehen, verlief im Vasallenverhältnis zu Persien. Bis zu Ende des 17. Jahrhunderts kommen abermals nach Aserbaydschan anatolische Türken, so Sultan Selim II. und Murad III. Dieser erobert Südaserbaydschan gänzlich, und es war von 1583—1588 völlig von anatolischen Türken besetzt. 1603 gelingt es Abass dem Großen, die Türken wieder aus Aserbaydschan zu vertreiben, bis sich schließlich 1722 die Russen am Nordkaukasus bemerkbar machen. Die Perser versuchen die Schiidsche-Sekte zu einer Staatsreligion zu machen; dies gelingt ihnen unter Schah Ismail; sie können diese Religion sogar bis vor die Tore Derbents einführen. Dieses Zeitalter ist für Aserbaydschan tiefstes Mittelalter.

Obwohl der Staatssekretär eines Fürsten von Aserbaydschan sich bei mündlichen Verhandlungen mit dem Staatssekretär eines anderen der türkischen Sprache bedient, wird doch Persisch als Amtssprache im schriftlichen Verkehr beibehalten. Annahme der Schia — Persiens Staatsreligion — und die Verwendung der persischen Sprache in Amtsangelegenheiten trugen dazu bei, daß sämtliche Fürsten Aserbaydschans mehr oder weniger zu Persien neigten. Bis zum Auftreten der Russen als Staatsfeind der Fürsten von Aserbaydschan wurden einige schwache Versuche gemacht, sich zu vereinen und Aserbaydschan als Staat in die Geschichte einzureihen. In dieser Lage befindet sich Aserbaydschan, als Peter der Große seine Politik nach



Völkerschaften und Religionen in Kaukasus und Transkaukasien

Südosten richtet. Wir wissen, daß sie, nach der Vernichtung des Staatslebens der Nordtürken um Kasan, Krim, Astrachan, Kabarda, von Katharina II. getreu weiterverfolgt wurde. Mit der geschichtlichen Tatsache, daß Schah Abass in Aserbaydschan die Schia einführte, beginnt die Ära der erbittertsten Kämpfe zwischen Persern und Türken. Durch diesen Religionszwist gelingt es den Persern, die Türken aus Aserbaydschan gänzlich zu vertreiben. Während sich jedoch diese beiden Mächte bekämpfen, werden die Russen stärker und stärker. Jetzt beginnt eine neue Epoche für Aserbaydschan, da die Türken es verlassen und die Perser nicht genügend Macht besitzen, dem Expansionswillen der Russen Einhalt zu bieten.

Die schwachen Versuche der Türkei im Jahre 1774, die Invasion der Russen nach dem Süden zu unterbinden, mißlingen. Astrachan, Kabarda gehen an die Russen verloren. In blinder Verkennung der russischen Gefahr bekämpft ein aserbaydschanischer Renegat, Agha Mohamed Kadschar, Georgien; dieses hat nichts Eiligeres zu tun, als im Jahre 1800 die Krone des Irakli II. den Russen zu Füßen

zu legen. 1801 wird der Vorschlag Georgiens an Rußland, die Oberhoheit über ihr Land zu übernehmen, angenommen. In Kürze bemächtigt sich Rußland ganz Georgiens. Bald darauf annulliert jedoch Rußland diese ganzen Verträge und macht Georgien zu einer seiner Provinzen. Hätte sich Georgien nicht den Russen unterworfen, so wäre es Rußland nicht so leicht geworden, sich des gesamten Kaukasus zu bemächtigen. Die Kaukasusvölker einschließlich Georgien haben vom 16. Jahrhundert bis zum heutigen Tage gegen Rußland zu kämpfen. Die Russen setzen sich in ganz Georgien fest und beginnen Nordaserbaydschan anzugreifen. Von Tiflis aus geht General Zizianoff vor und besetzt die einzelnen Fürstentümer. Dies wäre der Zeitpunkt gewesen, wo Persien zeigen mußte, daß es seinem Vasallen hilfreich zur Seite stünde; jedoch versagte es gänzlich, die aserbaydschanischen Fürsten waren völlig auf sich selbst angewiesen. Derbent wird 1796 von General Suboff erobert und der Herrscher von Derbent, Fatali, verbannt. 1804 verteidigt sich Dschewat, der Fürst von Gändschä, tapfer gegen Zizianoff. Nach monatelanger Belagerung wird jedoch Gändschä von den Russen eingenommen. Zizianoff dringt nach Nordosten vor und nimmt den Kampf mit dem Fürsten von Baku auf. Dieser, Hüsein Kuli, flieht nach Persien, und Zizianoff findet bei der Einnahme von Baku seinen Tod. Nach und nach wird fast der ganze Norden von Aserbaydschan russisch, einige Fürsten unterwerfen sich, die anderen fliehen nach Persien. Der letzte heldenhafte Kampf spielt sich in Karabagh ab. Dessen Fürst versucht zum ersten Male die anderen Fürsten gegen den gemeinsamen Feind zu mobilisieren, und die bereits entheimateten und geflohenen Fürsten, die sich in Teheran befanden, erwirken, daß die Fürsten von Täbris, Ardebil und Talisch zur Hilfe des Karabaghfürsten kommen. Der Sieg des Karabaghfürsten wäre sicher gewesen, wenn nicht der Verrat der Armenier dazu beigetragen hätte, die Macht des Karabaghfürsten den Russen bekanntzugeben. Die Russen ziehen sich zurück, verstecken sich in Wäldern, und dank ihrer modernen Strategie gelingt es ihnen, den Karabaghfürsten in die Falle zu locken. Die Armee des Karabaghfürsten soll so groß gewesen sein, daß auch dieses Manöver den Russen nichts genützt hätte, aber sie besaßen bessere Waffen...

Karabagh wird eingenommen, hierauf fällt Schirwan in die Hände der Russen (1820), ebenso auch Scheki. Die Russen überschreiten den Arras und bemächtigen sich nach und nach des ganzen Aserbaydschan. Nun tritt Persien ein und verhandelt mit den Russen. Der Friede von Gülistan vom 14. Oktober 1823, der zwischen Persien und Rußland abgeschlossen wurde, hat trotzdem keine Ruhe gebracht. Abermaliger Aufstand der Aserbaydschaner, neue Konflikte mit Rußland bringen neue Gebietsverluste, worauf der Friede von Türkmenidschei von 1828 folgt. Rußland zwingt Persien, einen Kriegstribut von 20 Mill. Rubel zu bezahlen, und bis zur Erledigung dieser Bedingung bleibt Aserbaydschan in den Händen der Russen. Der Friede von 1828 leitet eine eminent wichtige Epoche in der Geschichte Aserbaydschans ein. Erstens sind die Nordaserbaydschaner auf Gnade oder Ungnade an

die Russen ausgeliefert und von Südaserbajdschan getrennt. Zweitens schmeicheln die Südaserbajdschaner durch diese Tatsache den Persern und büßen mehr und mehr von ihrer Selbständigkeit ein. Die völlige Fremdheit der neuen Machthaber im Norden, auch in religiöser Hinsicht, zwingt Nordaserbajdschan zur Besinnung auf seine nationale Einheit; der Gedanke des einheitlichen Aserbajdschans wird nun allmählich populär. Anders verhält es sich in Südaserbajdschan in bezug auf die Perser. Die langjährigen Beziehungen der Aserbajdschaner zu den Persern, in welchen die aserbajdschanischen Fürsten nur im Vasallenverhältnis zu diesen gestanden, verschärfen die gegenseitigen Beziehungen nicht so sehr. Darin ist auch die Ursache zu suchen, daß die Idee der Selbständigkeit im Süden lange nicht so brennt wie im Norden, zumal auch die regierenden Häuser Persiens aus den Dynastien der aserbajdschanschen Türken hervorgegangen sind. Nun stehen wir vor der Tatsache, daß Nordaserbajdschan russisch wird und auf sich selbst angewiesen ist. Nord- und Südaserbajdschan gehen ihre eigenen Wege, und es bleibt nur ein geringer Kontakt. Nach neunzig Jahren, am 28. Mai 1918, durcheilte der elektrische Funke die ganze Welt; er teilte die Selbständigkeit von Aserbajdschan mit. Dieses Aserbajdschan ist aber nur das kaukasische Aserbajdschan. Der hundertjährige Kampf der Aserbajdschaner um ihre Selbständigkeit hat in Nordaserbajdschan stattgefunden, und wenn ich weiterhin von Aserbajdschan rede, so meine ich Nordaserbajdschan und lasse aus verschiedenen Gründen Südaserbajdschan beiseite.

Im Laufe der Jahre nach der Besetzung durch die Russen werden sämtliche Fürstenhäuser Aserbajdschans abgeschafft oder gezwungen, unter Verzicht auf ihre sämtlichen Rechte irgendwo kleine Posten zu versehen. Man kann sagen, daß Aserbajdschan innerhalb der ersten acht Jahre fast kopflos war. Wenn auch die regierenden Häuser Aserbajdschan verlassen mußten, so verließ doch das Volk sein Vaterland nicht. Es eilen Reiter von Karabagh nach Schemacha, es eilen Boten von Nachtschivan bis nach Baku. Eine Volksbewegung entsteht. Noch zaghaft, unsicher und unorganisiert. Es ist interessant zu bemerken, daß in diesen Uranfängen des Volkwerdens von Nordaserbajdschan aserbajdschansche Priester Hand in Hand mit dem Volke gehen. Unaufhörlich predigen Mulahs und Scheichs gegen die Invasion der Russen. Man predigt in Aserbajdschan Müridismus. Schlag auf Schlag werden diese Priester rasch verurteilt und geköpft. Es ist jedoch eine wunderbare Vorsehung gewesen, daß die Lehre Hadis Ismails aus Kürdamir durch Jünger eines dagestanschen Scheichs nach dem Nordkaukasus verpflanzt wird. Dagestan war noch nicht gefallen. Hier findet diese Lehre ihren Kündler und Deuter und ihren kühnen Ausführer. Müridismus ist Kampf der Religion Islam gegen die Russen. Die Dagestaner haben diese Lehre so wunderbar organisiert und so ausgezeichnet durchgeführt, daß sie 36 Jahre hindurch die russische Walze von ihrer Heimat fernhielten. Daß die Aserbajdschaner 27 Jahre hindurch ihren Heimatboden zähe verteidigten, ging Hand in Hand mit dem tapferen Kampf der Bergvölker um ihre

Heimat. Daß diese jedoch noch 36 Jahre lang diesen Kampf fortführen mußten, ohne unsere nennenswerte Hilfe, war hart und bitter. Innerhalb dieser blutigen Kämpfe im Ostkaukasus, Aserbaydschan und im Nordkaukasus schauten die Georgier ruhig zu, obwohl schon längst das versprochene Protektorat der Russen über Georgien zerrissen und es zur Provinz degradiert war. Kaum war Aserbaydschan russisch und somit Transkaukasien, so mußte auch Dagestan russisch werden. Es begann nun der Verzweiflungskrieg von 1823—1859. Der tapfere Führer des Müridismus des Nordkaukasus, Scheich Schamil, mußte sich ergeben. Nun verschwand alles, was an Tradition erinnern konnte. Man hat Aserbaydschan einfach in Verwaltungsbezirke eingeteilt und einige Städte umgetauft. So wurde die alte bekannte Stadt Gändschä, wo die Wiege Mirza Schaffis stand, Elisabethpol genannt. Man öffnete alle Tore und Türen den Abenteurern von Rußland. Viele Russen, überdrüssig der Ordnung zu Hause oder wegen ihres Glaubens verfolgt, kamen hierher und gründeten Kolonien. Diese Russen, verfolgt von der zaristischen Regierung, im eigentlichen Rußland verachtet, fanden im Kaukasus guten Empfang und großzügige Unterstützung. Außerdem mußten viele Armenier unter Leitung des russischen Agenten Lazaref nach Karabach und nach Schemacha übersiedeln. Das war ihr Lohn für die Unterstützung der Russen im Kampfe gegen uns. Anfänge der Kolonisation von Russen in Aserbaydschan wurden in Salian, Lengkoran sowie in Nucha gemacht. Kolonisation, Russifizierung, Christianisierung der Bevölkerung nahmen kein Ende.

Die Russen brachten es so weit, daß das berühmte Fürstentum der Schirwan-schahe nach und nach zu einer unbedeutenden Provinz versank. Tausende von Seidenspinnereien und Teppichwebereien wurden stillgelegt.

Die Russen verlangten plötzlich, daß in Aserbaydschan tatarisch oder muslimanisch, also mohammedanisch, gesprochen wird. Ich frage, gibt es eine christliche Sprache auf der Welt! Das wäre ebenso logisch, als wenn man behaupten würde, die Bayern sprächen christlich und norwegisch. Daß die tatarische Sprache, wenn auch die Tataren unsere Stammesbrüder sind, in Kasan, in der Krim, in Orenburg und Ufa gesprochen wird, besagt doch noch nicht, daß wir Aserbaydschaner auch tatarisch sprechen. Das ist eine zielbewußte und absichtliche Fälschung der bestehenden Tatsachen. Rußland als Erbfeind der Türkei duldet nicht, daß jemand an den brennenden Grenzen Rußlands etwa Türkisch spreche. Es warf absichtlich alle zusammen in einen Topf: Ihr seid Tataren und damit Schluß! Es wollte Europa glaubhaft machen, daß die vielen anderen Völker Rußlands, 40 Millionen an der Zahl, nur Tataren seien. Ich muß zu meinem Bedauern bestätigen, daß viele, viele Europäer diese Ansicht teilen. Wir nannten ihre sogenannten „Forscher“ kurzweg die „Bebrillten“ Goeslueklilaer.

Der Kampf ging weiter. Die aserbaydschansche Sprache wurde überall ausgeschaltet und zu einer Sprache 3. oder 4. Ordnung gestempelt. Man hat uns im Laufe

der Zeit selbst verboten, den Unterricht in den Schulen in unserer Muttersprache zu halten. Keine einzige kulturelle Organisation war durch Staatssubsidien unterstützt. Die Medreses sind bis auf ein Viertel geschlossen worden. Die Volksschulen in ganz Aserbaydschan waren an den Fingern zu zählen, und die Mittelschulen waren nur noch russisch; und diese Mittelschulen waren so glänzend organisiert, daß fast jeder Aserbaydschane schon nach sechs Jahren Besuch aus irgendeinem Grunde daraus verwiesen wurde. Dies war die 4. Klasse der Beye — ein geflügeltes Wort, das jeder Kaukasier versteht. Unter diesen Umständen mußten die Aserbaydschaner darauf sehen, wie aus diesen unmöglichen Zuständen herauszukommen war. Eine dumpfe Unzufriedenheit schwoh ins Unermeßliche. Da brach der Krieg zwischen Rußland und Japan aus im Jahre 1905. Daß wir diesen Kriegsverlust Rußlands von Herzen begrüßt haben, war selbstverständlich. Es schwankte der Thron des unberufensten Herrschers der Welt, es brach die erste russische Revolution aus. Wir hofften, daß sie uns gewisse Erleichterungen bringen werde. Aber die Rückschläge nach dieser Revolution mußten wir schwer büßen. Es ist immer so gewesen: wenn es in Rußland fehlschlug, mußten wir die Folgen tragen. Obwohl die Revolution 1907 keinen Erfolg hatte, so bekamen wir doch gewisse, wenn auch noch schwache Zugeständnisse, aber nicht für lange Zeit. Diese hielten wir mit beiden Händen fest und versuchten innerhalb kurzer Zeit das Versäumte nachzuholen. Es wurden viele Zeitungen gegründet, es erschienen Monatsschriften. Die Popularität dieser Zeitungen und deren Auflagen waren groß. Sie waren ebenso in der Krim wie im Turkestan zu Hause; ebenso gab es in Aserbaydschan auch ein satirisch-politisches Organ, „Der aserbaydschansche Simplizissimus“, an dem auch zwei Deutsche tätig waren. Um diese Propagandazeitschrift sammelte sich jung und alt. Der Dichter Sabir versucht in seinen wunderbaren, rein türkischen Versen das Spießertum der Aserbaydschaner aufzuwecken. Es wurden viele Volksschulen auf eigene Kosten aufgemacht. Um zu zeigen, wie das Selbstbewußtsein der Aserbaydschaner war, nenne ich nur den Namen Hadschi, der allein in Baku und Umgebung 160 Volksschulen gegründet und aus eigenen Mitteln finanziert hat. Aber diese friedlichen kulturellen Fortschritte behagten dem zaristischen Rußland absolut nicht. Die Presse Aserbaydschans wurde in Bälde einer strengen Zensur unterworfen. Die meisten Redakteure der Zeitungen wurden von der Ochrana verfolgt, einige flohen nach Persien, die anderen nach der Türkei. Die politischen Führer suchten das Weite, um einen Ausflug in die sibirische Taiga zu vermeiden. Es sei bemerkt, daß Aserbaydschan das erste Türkenland ist, wo Opern, Operetten und Tragödien aufgeführt wurden und in jeder Saison voll ausverkaufte Häuser erleben konnten. Diese Opern sind nicht nur in turkmenische und tatarische Sprache übersetzt worden, sondern in die georgische, armenische, ja sogar in die russische Sprache. Inhalt und Musik sind so naturverbunden und echt, daß sie noch bis heute ihren Wert beibehielten. Außerdem möchte ich auf Achundsade aufmerksam machen, den ersten unter

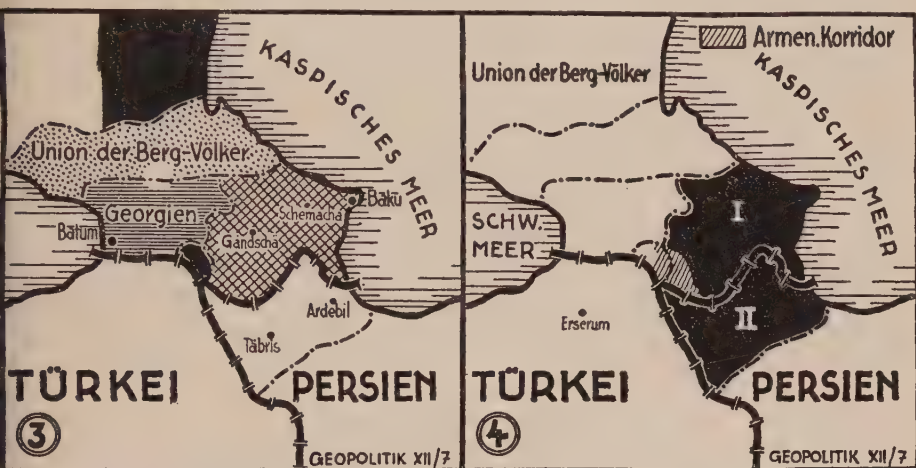
allen Mohammedanern, der den Gedanken einer Alphabetreform aufbrachte. Jedoch blieben seine diesbezüglichen Bemühungen beim Sultan der Türkei und dem Schah von Persien damals erfolglos.

Nun brach der Weltkrieg aus. Die Aserbaydschaner waren nicht felddienstpflichtig. Sie wurden künstlich vom militärischen Dienst ferngehalten und mußten in natura abzahlen. Die Aserbaydschaner wußten genau, wer mit der Türkei geht, ist ihr Freund, und erhofften sich hieraus eine bessere Zukunft. Diese stille Anbetung der Mittelmächte war nach der neunzigjährigen Unterjochung durch Rußland eine Selbstverständlichkeit. Aserbaydschan war sich dessen bewußt, daß ein Sieg der Mittelmächte ihm eine Daseinsberechtigung bringen würde, und war sich darüber klar, daß ihre Niederlage seine vollständige Auslieferung an das zaristische Rußland zur Folge haben würde, welche einer Vernichtung seines nationalen Daseins gleichkäme. 1917 brach dann die Revolution in Rußland aus, und damit fing die russische Armee an, sich zu demoralisieren. Alles verließ seine Stellungen und marschiert mit Gewehr nach Hause. Auch die kaukasische Front löste sich auf. Diese führerlosen Horden marschierten der Eisenbahnlinie entlang, teils gelangten sie noch mit Eisenbahnen über Georgien und Aserbaydschan dem Norden zu nach Rußland. Im eigentlichen Rußland war in Bälde die Kerenskiregierung auseinandergejagt, und die Bolschewiken bekamen die Oberhand. Zunächst wurde der Transkaukasus administrativ als Ganzes einem besonderen Komitee unterstellt. Dieses wurde durch ein transkaukasisches Kommissariat abgelöst. Sie wissen, daß die Mittelmächte 1917 noch stark genug waren, ihre Politik im Kaukasus durchzuführen. Damals übernahm Deutschland das Protektorat über Georgien. Damit war eine gewisse Stabilisierung der Zustände in Georgien eingetreten. Die Verhandlungen vom 6. bis 26. Mai 1918 zwischen den Mittelmächten einerseits und den Vertretern des Seims andererseits führten zu einem völligen Fiasko. Der Bund der drei transkaukasischen Völker, Georgier, Aserbaydschaner und Armenier, wurde dadurch zersprengt, daß sich Georgien am 26. Mai 1918 selbständig erklärte. Zwei Tage darauf haben die Aserbaydschanschen Vertreter des Seims in Gändschä eine Regierung gebildet und die Selbständigkeit Aserbaydschans proklamiert. Seim war eigentlich der Ausdruck der Einheit der drei Völker Transkaukasiens und war ein Versuch, gemeinsam das Schicksal des Transkaukasus zu regeln. Daß es dem Seim nicht gelang, ist eine bedauerliche geschichtliche Tatsache, deren Gründe zu erörtern zu weit führen würde. Die bolschewistische Propaganda hatte jedoch auf dem ganzen russischen Boden durch Agenten bereits festen Fuß gefaßt und drohte nicht nur den Nordkaukasus, sondern auch den Transkaukasus mit seiner Idee zu entfachen. So haben sich z. B., als der Seim noch bestand, die Bolschewiken der armenischen Arbeiterschaft bemächtigt, und zwar soweit, daß am 31. März 1918 in Baku ein Putsch ausbrach, bei welchem mehr als 14000 Aseri-Türken ihr Leben einbüßen mußten. Am 3. März 1918 wurde nun der Friede von Brest-Litowsk zwischen den Zentral-

mächten und Rußland unterzeichnet. Ardahan, Kars und Batum fiel den Türken zu, was deren Gebietsverlust vom Jahre 1878 an die Russen entsprach. Angesichts des tagenden Seims von Tiflis wurde Baku bolschewisiert, und somit war die Hauptstadt Aserbaydschans in die Hände der roten Russen gefallen. Am 26. Mai 1918 wurde Georgien unter dem Protektorat der Deutschen als selbständig erklärt. Am 28. Mai 1918 erklären Aserbaydschan und Armenien ihre Selbständigkeit. Wieder ist Aserbaydschan auf sich selbst angewiesen. Es muß, bar jeder militärischen Formation, sich der bolschewistischen Gefahr, der es ausgesetzt ist, erwehren, die bereits seine Hauptstadt in Händen hatte. Von Baku aus trugen die Bolschewiken ihre Idee weit ins Land und drohten, fast ganz Aserbaydschan zu erfassen. Im Westen begannen nun die Armenier, aserbaydschansches Gebiet zu besetzen. In diese Sackgasse geraten, wandte sich die Regierung von Aserbaydschan an die Türkei und bat bei den Stammesbrüdern um Hilfe und Protektion. Daraufhin kamen mit großer Verzögerung türkische Truppen nach Aserbaydschan. Ein Transport mit der Eisenbahn war nicht genehmigt, da die georgisch-deutschen Vereinbarungen dahin gingen, daß weder die Beförderung von Kriegsausrüstung noch von Kriegern durch georgische Eisenbahnen erfolgen darf. Aus diesem Grunde mußten die türkischen Streitkräfte zu Fuß nach Aserbaydschan kommen. Diese kostbare Zeit war entscheidend wichtig für die Geschichte von Aserbaydschan, denn das Kommen der türkischen Streitkräfte hat sich dadurch um zwei Monate verzögert. Endlich war die aserbaydschansche Regierung soweit, daß sie mit neugebildeten aserbaydschanisch-türkischen Truppen eine Offensive gegen Baku aufnehmen konnte. Kaum war der Ring um Baku geschlossen, als die Bolschewiken alles im Stiche ließen und ihre Plätze kampfflos den Weißrussen frei machten. Die kaspische Flotille, in Wahrheit Weißrussen, hatte nichts Eiligeres zu tun, als die englischen Streitkräfte aus Enseli nach Baku zu rufen. Wie dem auch sei, am 15. September 1918 wird Baku von den Engländern und Weißrussen geräumt. Kaum hatte Aserbaydschan die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um dem Lande wieder seine Ruhe und Ordnung zu geben, als die Mittelmächte zusammenbrachen. Dieser Zusammenbruch wirkte sich auf Aserbaydschan ungünstig aus, da seine junge Armee noch nicht stark genug war, allein seine Landesgrenzen verteidigen zu können. Nach den Bestimmungen des Vertrags von Mudros mußten die türkischen Streitkräfte den ganzen Kaukasus verlassen.

Nun kommen die Engländer und besetzen Baku nochmals von Persien aus, gleichfalls auch Batum vom Schwarzen Meer aus. Dennoch hat die englische Vertretung nach kurzem Wanken mit der Regierung von Aserbaydschan Hand in Hand gearbeitet, und es wurde durch diese Vereinigung nicht nur in Aserbaydschan wieder völlige Ruhe hergestellt, sondern es gelang auch, hier und da auftauchende Bolschewiken zu zähmen. Dank der Bemühungen der Vertreter Aserbaydschans im Ausland wurde es 1920 als selbständig erklärt.

Die Bolschewiken werden inzwischen Herr des eigentlichen Rußlands. Sie rasten hier nicht, sondern versuchen wieder andere Völker zu unterjochen und andere Länder zu erobern. Sie verjagen einen Semijonoff, um über Wrangel den General Denikin gänzlich zu vernichten. Hier sei betont, daß auch Denikin, ehe er Herr von Rußland wurde, furchtbare Verwüstungen im Nordkaukasus angerichtet hat. Deshalb hatte er nicht nur die Bolschewiken als Feinde, sondern auch die Völker vom Nordkaukasus. Diese wollten nichts als ihre Selbständigkeit; hätte Denikin nichts anderes gewollt als die Befreiung des eigentlichen Rußlands, so wäre sicherlich seine schmachvolle Niederlage nicht gekommen. Der Nordkaukasus als Barriere für



Politische Gliederung vor und nach der Unterwerfung durch Sowjet-Rußland

Transkaukasien war so geschwächt und mitgenommen, daß er nicht mehr imstande war, einen siegreichen Kampf mit den bolschewistischen Truppen aufzunehmen. Schon 1920 bemächtigten sich die Bolschewiken Dagestans und rekognoszieren die Nordgrenze Aserbaydschans.

Angesichts dieser Gefahr von Norden her mobilisiert Aserbaydschan seine letzten Kräfte. Aber der Fluch der russischen Kolonisationspolitik lastet schwer auf ihm. Es muß die separatistische Bewegung der russischen Kolonisten im Lenkoran-gebiet bekämpfen, was ihm auch gelingt. Der zweite Fluch war die Kolonisationspolitik Rußlands in Karabagh. Die Armenier, die vor 90 Jahren unter Lazareff hierher emigriert waren, organisieren einen Putsch und bedrohen Aserbaydschan von Westen. Auch dieser entscheidet sich zugunsten Aserbaydschans.

Es ist nicht überflüssig, zu erwähnen, daß die junge aserbaydschanische, kaum einundeinhalbes Jahr alte Armee Wunder auf Wunder leistete, denn die Entfernungen, die zwischen Gandschä und Lenkoran liegen, und die unmöglichen Wege-

verhältnisse zwischen Gändschä und Karabagh dürften als Probe aufs Exempel selbst für die geübtesten Streitkräfte gelten. Da Baku durch seine mächtige Ölindustrie ein riesiges Arbeitszentrum ist und hier viele Russen vertreten sind, entfachen die Bolschewiken hier eine heimtückische und ausgedehnte unterirdische Tätigkeit. Diese Prüfungen reichen für Aserbaydschan noch nicht aus; ganz unerwartet und ohne jeglichen Grund greifen die Armenier die Westgrenze Aserbaydschans an. Sie binden den Rest der verfügbaren Streitkräfte Aserbaydschans an sich. Wieder eine Glanzleistung der aserbaydschanschen Armee, daß Schlag auf Schlag die Armenier zurückweichen; schon hängt das Schicksal Eriwans vom nächsten Kommandoruf ab. Da bricht, man könnte meinen wie verabredet, der bolschewistische Putsch in Baku aus. Rasch bemächtigen sich Tausende von roten Russen der Nordgrenze von Aserbaydschan und eilen nach Baku, um diesen Aufstand zu unterstützen. Die aserbaydschansche Armee gerät in einen Zweifrontenkrieg, wird teils aufgerieben und teils umzingelt und damit aktionsunfähig gemacht. Das war am 26. April 1920.

Seit diesem Tage ist Aserbaydschan der Gnade und Ungnade der Sowjets ausgeliefert. Die Armenier, unsere Nachbarn, hatten nichts Eiligeres zu tun, als sich des Westufers des Gögschay zu bemächtigen und den Dilidschan zu besetzen. Es war ihnen ein leichtes, einen Korridor zwischen Karabagh und Nachtschiwan zu schieben. Seit mehr als 14 Jahren ist nun Aserbaydschan von den Bolschewiken unterjocht. Seit 14 Jahren wird Aserbaydschan von den roten Russen ausgeplündert.

WERNER PIESOLD:

Andorra und sein Staatsrecht

Die nachfolgende, an Ort und Stelle durchgeführte Untersuchung ist nur im mittelbarem Sinn geopolitisch. Aber sie bildet ein anziehendes Beispiel dafür, wie Rechtsformen aus der geographischen Lage eines Staates und der dadurch bedingten geschichtlichen Entwicklung hervowachsen. Die Schriftleitung.

Andorra (450—460 qkm, 5000 Einwohner) liegt in den östlichen Pyrenäen und wird im Norden von Frankreich (Départements Ariège und Pyrénées orientales) und im Süden von Spanien (Autonomes Gebiet Catalunya, Provincia de Lleida) begrenzt. Das Land ist äußerst gebirgig (durchschnittliche Höhe 1800 m), die Hauptortschaften liegen in den Tälern des großen und kleinen Balira. Es sind dies Andorra la Vella, die Hauptstadt, Les Escaldes, Santa Julià de Lòria, Massana, Canillo, Ordino, Encamp und Soldeu. Die Bevölkerung ist katalanisch, doch leben ungefähr 100 spanische Familien in Andorra. Die Wirtschaft Andorras besteht zum größten Teil aus Viehzucht und Schmuggel.

Als erste Quelle für die Geschichte und für das Staatsrecht Andorras wird zum meist eine Urkunde Karls des Großen genannt, der als Gründer Andorras vielfach bezeichnet wird. Von dieser Urkunde (von der sich je ein Exemplar in Andorra

la Vella und Seo de Urgel befinden sollen) sind zwei Fassungen, die nur in der Wortwahl voneinander abweichen, bekanntgeworden. Staatsrechtlich sind von besonderer Wichtigkeit die folgenden Sätze der Urkunden:

Invenimus ibidem valdiculam nuncupanti Andorrense, juxta Tolosa, ab ipsa gente perfida destructam. Precepimus ibi mittere ageris vel culturalis, qui ibidem maneat et faciant ibi domos, vineas ad complantandum, ortos faciendum vel que ad illos necessaria sunt...

[... Dort finden wir ein kleines Tal nahe Tolosa, genannt das von Andorra, das von denselben bösen Leuten (nämlich von den Arabern) zerstört wurde. Wir befehlen, dorthin Arbeiter und Kolonen zu senden, die sich dort niederlassen, Häuser bauen, Weinberge anlegen, Äcker bebauen und, was sie sonst noch nötig haben, machen...]

Istas exemptiones vel afrontationes ad ipsam valdiculam Andorrense ut ipsi comanentes qui ibidem sunt aut serunt securi et quieti permaneant omnique tempore et subts nostra iussione vel comitem nostrum. Seniores defensorem quod illi eligere voluerunt, habeant potestatem per nostram iussionem vel comitem nostrum. Censum vel functionem exinde alium non persolvant nisi piscem aut pisces et receptione faciant aut missos qui pergant Barquinonam civem et plurimum custodiant ante comitem nostrum de homicidium et de ructu et incendium. Reliquos culpas alias que inter illos erunt, potestatem illos donamus differendi ad iudicem, facere vel definire ad eis. Nullus sit ausus hic autrum eligere contra nos vel comitem nostrum, neque expellat inde hominem qui ibi vulerit manere nisi per legem et iusticiam. Data et confirmata regi donatio anno feliciter IIII Domini nostri Carolus Ludovicus Imperator...

[... Wir geben diese Grenzen und Grenzpunkte dem kleinen Tale von Andorra, damit seine Bewohner, die jetzt und in Zukunft dort wohnen, sicher und ruhig unter unserer oder unseres Grafen Herrschaft dort in Ewigkeit bleiben mögen. Wir ermächtigen sie, sich einen Herren und Verteidiger frei zu wählen. Von heute an geben sie keine Kontributionen und Abgaben außer dem Fischzins. Weiter geben sie unseren Sendboten, die nach Barcelona gehen, freie Unterkunft. Ihren Gerichtsstand für die Delikte des Mordes, der Brandstiftung und der Zerstörung haben sie vor unserem Grafen (in Barcelona). Betreffs der übrigen Delikte, die unter ihnen begangen werden, geben wir ihnen die Macht, selbst zu erkennen und zu entscheiden. Niemand wage sich, jemanden gegen unseren und unseres Grafen Willen (als Herren und Verteidiger s. o.) zu wählen und jemanden auszustoßen, der dort wohnen will, es sei denn durch Gesetz oder Gericht. Gegeben und bestätigt (wurde) des Königs Schenkung im glücklichen Jahre IIII unseres Herrn Karolus Ludovicus Imperator...]

Die Sprache dieser Urkunden ist nicht die der Zeit Karls des Großen, wie sich aus dem Vergleich mit echten Urkunden aus der Zeit Karls des Großen ergibt, sondern es ist ein schlechtes Mönchslatein des 11. Jahrhunderts voller Fehler. Der beste Kenner Andorras, Brutails, sowie zahlreiche andere Forscher halten daher diese Urkunden für Fälsficate des 11. Jahrhunderts, jedoch besteht die Möglichkeit, daß in Anlehnung an eine verlorengegangene ältere Urkunde diese angefertigt wurden. Unterstützt wird diese Annahme durch die Tatsache, daß Andorra 819 in der Konsekrationsurkunde der Seo de Urgel als geschlossenes Gebiet genannt wird.

Tradimus namque ipsas parrochias de Valle Andorrense, id est ipsa parrochia de Lauredia atque Andorra, cum sancta Columba sive illa Mattana, atque Ordinavi, vel Encap, sive Canillaus cum omnibus Ecclesiis atque villulis vel villarunculis earum...

[... Wir übergeben (der Kirche zu Urgel) weiter die Pfarreien des Tales von Andorra; es sind dies: die Pfarrei von Lauredia (jetzt St. Julià de Lòria) und von Andorra mit Sancta Columba (jetzt Sta. Coloma) und Mattana (jetzt Massana) sowie Ordinavi (jetzt Ordino), Encap (jetzt Encamp) und Canillaus (jetzt Canillo) mit allen Kirchen und deren Orten und Örtchen...]

Erst im 12. Jahrhundert lichtet sich endgültig das Dunkel um Andorra. Zu dieser Zeit herrschen der Bischof von Urgel und der Graf von Urgel über Andorra. Um 1190 entstand zwischen dem Grafen von Urgel, Ermengol, und dem Bischof von Urgel, Bernard Graf von Castelbon, Krieg. Der Bischof von Urgel siegte mit Hilfe Roger Bernards, Grafen von Foix, über den Grafen von Urgel. Er teilte sich mit Roger Bernard in die Souveränität Andorras. Gegen 1200 belehnte der Bischof von Urgel die Herren von Caboët mit Gebieten Andorras, die ihm gehörten. Diese haben die Grafen von Castelbon zu Erben, die so zu Vasallen des Bischofs von Urgel werden. 1202 heiratet Bernard II., Graf von Foix, Ermessinde, die Erbin Arnalds, des letzten Grafen von Castelbon. Die Grafen von Foix werden so durch die Verbindung mit der Linie von Castelbon für deren Teil der Besitzungen in Andorra Vasallen des Bischofs von Urgel, bezüglich des Restes teilten sie sich mit dem Bischof von Urgel in die Herrschaft. Der Bischof von Urgel verlangte jetzt aber von Bernard II., Grafen von Foix, daß er ihm als Erbe der Linie von Castelbon huldige. Bernard berief sich seinerseits auf den Vertrag von 1190; es kam zum Krieg, in dem Bernard siegte. Durch Eingreifen des Königs von Aragón wird endlich am 8. September 1278 ein Vertrag, Paréages genannt, zwischen Roger Bernard, Grafen von Foix, und Peter, Bischof von Urgel, geschlossen, in dem die Rechte beider in Andorra festgelegt wurden. Dieser Vertrag ist die Verfassung Andorras, die noch heute ihre Gültigkeit besitzt. Seither steht Andorra unter der Herrschaft der Bischöfe von Urgel und der Nachfolger der Grafen von Foix. Als die Grafen von Foix durch Vereinigung der Grafschaft Foix und des Königreichs Navarra dem König von Navarra ihre Rechte übertrugen, wurde dieser Mitherrscher über Andorra. Durch die Edikte vom Juli 1607 und vom 19. Oktober 1620 des französischen Königs ging die Mitherrschaft über Andorra auf die französische Krone über, der dann in der französischen Republik in der Ausübung der Präsidat folgte. Dieser übt jetzt, vertreten durch den Präfekten des Départements Pyrénées orientales, die Mitherrschaft über Andorra neben dem Bischof von Urgel aus. Unterbrochen wurde die Mitherrschaft Frankreichs nur von 1789—1806. Am 4. August 1789 weigerten sich die Agenten der französischen Republik, den jährlichen Tribut Andorras anzunehmen, worauf die Beziehungen zwischen Frankreich und Andorra abgebrochen wurden. Durch ein Dekret Napoleons wurden die Beziehungen wieder aufgenommen. 1822 versuchte Spanien Andorra zu annektieren, jedoch mißlang der Versuch. 1894 ernennt Spanien einen Vizekönig für Andorra, und ein königliches Dekret vom 17. August 1894 erklärt, allerdings ohne Erfolg, daß die Täler Andorras dem spanischen Protektorat unterworfen seien. Bis in die letzte Zeit hat es nicht an Versuchen Spaniens gefehlt, seine angeblichen Rechte auf Andorra hervorzuheben und durchzusetzen. In den vergangenen Jahrzehnten dehnte sich mehr und mehr der Einfluß des Bischofs von Urgel aus, begünstigt durch die einseitige Verkehrsverbindung Andorras nach Spanien. Die Bischöfe von Urgel be-

nützten ihre geistliche und weltliche Macht (Frankreich hat sich mehr und mehr von der Herrschaft über Andorra zurückgezogen) dazu, durch Festlegung der Importquoten von Waren von Spanien nach Andorra (von Frankreich aus bestand bis 1932 keine Verkehrsverbindung) die Bevölkerung dem Hunger auszusetzen. Dazu kamen Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Generalrat und dem Bischof von Urgel, der dem Generalrat (Verwaltungsstreitigkeiten sind an der Tagesordnung) stets feindlich gegenübersteht. Am 5. April 1933 brach in Andorra die Revolution aus. Die Jugend des Landes zog vor das Gebäude des Generalrats in Andorra la Vella und forderte von dem versammelten Generalrat die Verkündung eines Dekretes bezüglich der Einführung des allgemeinen Wahlrechts und der Öffentlichkeit der Sitzungen des Generalrats. Der Generalrat folgte dem Druck der Volksbewegung und proklamierte das allgemeine Wahlrecht und die Öffentlichkeit der Sitzungen des Generalrats. Der Versuch einer kleinen Gruppe Radikaler, den französischen Präfekten des Départements Pyrénées orientales zu einem Gegenstaatsstreich zu bewegen, scheiterte. Der Generalratsgerichtshof prüfte die Handlungsweise des Generalrats nach und stellte fest, daß der Generalrat seine Rechte überschritten und nicht die nötige Rücksicht auf den Bischof von Urgel und Frankreich als Herrscher des Landes genommen habe. Daraufhin lösten beide Mächte den Generalrat auf. Der Generalrat hat sich dieser Auflösung nicht gefügt und hat die damals bevorstehenden Generalratswahlen weiter vorbereitet, ohne die Verfügungen der beiden Landvögte (viguiers), des Bischofs von Urgel und Frankreichs, zu beachten. Auf Anordnung der Landvögte hin, seine Ämter dem neuen provisorischen Generalrat zur Verfügung zu stellen, weigerte sich der Generalrat. Daraufhin sandte der Präfekt des Départements Pyrénées orientales am 20. August 1933 fünfzig französische Gendarmen nach Andorra, damit die Anordnungen der Landvögte durchgeführt würden. Der Generalrat rief daraufhin eine Protestversammlung ein, die aber vom französischen Landvogt verboten wurde. Unter dem Druck der französischen Besatzung tritt der neueingesetzte Generalrat, der völlig dem Willen des Bischofs von Urgel gefügig ist, zusammen.

*

Das Staatsrecht Andorras liegt im Vertrag von 1278 und in einer Wahlrechtsreform von 1866 begründet. Obwohl die obenerwähnte Urkunde aus der Zeit Karls des Großen eine Fälschung ist, muß sie bei der Betrachtung des Verfassungsrechtes Andorras herangezogen werden, da, wie schon oben gesagt, die Möglichkeit besteht, daß diese Urkunde in Erinnerung an eine ältere, verlorengegangene hergestellt wurde. Die Urkunde bestätigt die Schenkung des Gebietes an die Einwohner, die dort ruhig und sicher leben sollen und sich einen Herrn und Verteidiger wählen sollen. Abgaben haben sie nicht zu entrichten, sie sollen nur den Missis des Kaisers, die nach Barcelona gehen, Obdach gewähren. Der Gerichtsstand für Mord, Zerstörung und Brandstiftung befindet sich in Barcelona vor dem Grafen des Kaisers;

alle übrigen Delikte sollen in Andorra selbst abgeurteilt werden. Die Andorraner hatten somit weitgehende Freiheiten erhalten, die nur durch die schwache Bindung an den Grafen von Barcelona beeinträchtigt wurde. Einwandfrei geschichtlich nicht angreifbares Verfassungsrecht bringt erst der Vertrag von 1278. Er legt die einzelnen Rechte des Bischofs von Urgel und des Grafen von Foix fest. Der Bischof von Urgel wird ermächtigt, aller zwei Jahre 4000 sous de Meigniel Steuer zu erheben, während der Graf von Foix seinerseits aller zwei Jahre (im Wechsel mit dem Bischof von Urgel) beliebig hohe Steuern festsetzen kann, ohne daß der Bischof von Urgel ihn daran hindern könnte (Paréages Art. 1). Die Ausübung der Gerichtsbarkeit wird in dem Vertrag von 1278 derart geregelt, daß die Landrichter (bayles) beider Herrscher diese gemeinsam ausüben; die Einnahmen der Gerichte fallen zu einem Viertel dem Bischof von Urgel, zu drei Viertel dem Grafen von Foix zu. Der Graf von Foix kann in Andorra einen Landvogt mit der Wahrnehmung seiner Herrschaftsrechte beauftragen (Paréages Art. 2). Weiter sollen beide Herrscher in Andorra das Recht der freien Herberge und der Pferdegestellung haben (Paréages Art. 3). Von 1346 an hat der Bischof von Urgel ebenfalls einen Landvogt ernannt, so daß nun die Herrschaft in Andorra von den beiden Herrschern in Andorra, durch je einen Landvogt und je einen Landrichter vertreten, ausgeübt wird.

Im Laufe der Jahrhunderte hat sich Andorra dieser autoritativen Regierungsgewalt eine zweite demokratische Regierungsgewalt hinzugesellt, die ihren Ursprung in der Gemeinde hat. Die Gemeinde ist die Grundlage des politischen Aufbaus Andorras. Andorra besitzt sechs Gemeinden: Andorra la Vella, Santa Julià de Lòria, Massana, Canillo, Ordino und Encamp. Drei davon sind in Viertel (cuarts) eingeteilt: Andorra la Vella, Massana und Ordino. Die Familienoberhäupter (caps de casa) vereinigen sich im Rat des Viertels (consell de quart), dessen Verwaltungsentscheidungen vom Betroffenen durch Appellation an den Rat der Gemeinde stets angefochten werden können. Dieser Rat der Gemeinde (comú) ist zugleich die legislative Körperschaft der Gemeinde. Zwölf Räte, die mit absoluter Mehrheit gewählt sein müssen, bilden ihn. Wahlberechtigt sind nach der Reform von 1866 nur die Familienoberhäupter (caps de casa) und diejenigen, die über fünfundzwanzig Jahre alt sind. Wahlberechtigt ist auch jeder Ausländer, wenn er die Erbin einer Andorraner Familie heiratet, da er nur so die Andorraner Staatsangehörigkeit erwerben kann. Wählbar sind nur die, die die Wahlberechtigung haben und außerdem ein gewisses Vermögen besitzen (caps grossos). Die zwölf Räte des Gemeinderats wählen aus ihrer Mitte die exekutive Körperschaft der Gemeinde, die beiden Konsuln, den cònsol major und den cònsol menor. Während die Räte des Gemeinderats auf vier Jahre gewählt werden, beträgt die Amtsdauer der Konsuln nur zwei Jahre. Die Aufgaben des Gemeinderats bestehen in der Ausübung der Polizeigewalt, der Wegeunterhaltung, dem Unterricht sowie in der Verwaltung der Gemeindewälder und -weiden. Die Finanzverwaltung der Gemeinde wird von

comisionats, die für zwei Jahre aus dem Gemeinderat gewählt werden, überwacht. Der Rat des Viertels hat ebenso wie der Gemeinderat eine Strafgewalt in Form der Verhängung einer Buße (cot de quart bzw. cot de comú).

Wie die Gemeinden, so hat auch das ganze Land eine legislative und eine exekutive Körperschaft. Die legislative Körperschaft ist der Generalrat (früher *Illustre Consell de la Terra*, *Consell dels Vintiquatre*, *Consell dels Valls*, jetzt *Consell General*). Vor der Reform von 1866 war der Generalrat nichts anderes als eine Zusammenfassung der einzelnen Gemeindeexekutivorgane. Er bestand aus den beiden amtierenden Konsuln jeder Gemeinde und deren beiden Vorgängern. Nach der Reform von 1866 sollte dieser Zustand der Vereinigung der Gemeindegewalt mit der Zentralgewalt aufhören. Von 1866 ab besteht der Generalrat aus vierundzwanzig Mitgliedern, die direkt nach dem gültigen Wahlrecht (s. o.) gewählt werden, und zwar vier von jeder Gemeinde. Der Generalrat tritt an festgesetzten Terminen zusammen. Der Generalrat ist oberste Verwaltungsinstanz des Landes: die Entscheidungen der cuarts und der comús werden vom Generalrat nachgeprüft, bestätigt oder aufgehoben, wenn an ihn appelliert wird. Er schlichtet Streitigkeiten zwischen den Verwaltungsorganen und den Einwohnern. Er hat die oberste Aufsicht über die Wege, Gewässer, Fischerei, Jagd, Wälder, Ärzte und Apotheker. Der Generalrat faßt als legislative Körperschaft des Landes Entschlüsse, die nach erfolgter Approbation durch den Bischof von Urgel und Frankreich zu Gesetzen werden. Der Generalrat legt den Landvögten eine Liste von Landrichtern vor, aus der sich diese zwei aussuchen. In der Finanzverwaltung hat der Generalrat nur die Aufgabe, den Gemeinden die zu erhebenden Steuern der Höhe nach anzugeben. Diese führen dann den Betrag an den Generalrat ab. Aufgabe des Generalrats ist es weiterhin, den Tribut (*quistia*), den Andorra jährlich dem Bischof von Urgel (460 ptas.) und Frankreich (960 frcs.) zahlt, durch Umlage auf die Gemeinden beizutreiben. Da der Generalrat nicht dauernd versammelt ist, wählt dieser aus seiner Mitte sechs Mitglieder (eins aus jeder Gemeinde), die eine ständige Kommission bilden (*junta*), die die laufenden Angelegenheiten erledigt. In Streitfragen muß sie den Generalrat befragen. Die exekutive Körperschaft des Landes wird durch den *Procurador general síndic* und den *vice síndic* gebildet. Diese werden vom Generalrat entweder aus seiner Mitte oder aus den Einwohnern des Landes auf drei Jahre gewählt, doch müssen beide vor oder bei ihrer Wahl Generalratsmitglieder gewesen sein. Der *Procurador general síndic* führt die vom Bischof von Urgel und Frankreich approbierten Entschlüsse des Generalrats durch und gibt den *cònsols* Anweisungen zur Durchführung dieser Gesetze in den Gemeinden. Er ist der Vorsitzende des Generalrats und schlägt diesem für durchzuführende Maßnahmen Entschlüsse vor, die der Generalrat durch Abstimmung billigt oder ablehnt. Bei Stimmengleichheit entscheidet bei der Abstimmung die Stimme des *Procurador general síndic*, der sonst an der Abstimmung nicht mit teilnimmt.

Die Person des Bischofs von Urgel wird, ihrer staatspolitischen Wichtigkeit halber, von der spanischen Regierung dem Papst vorgeschlagen, der ihn daraufhin ernennt. Der französische Präsident läßt sich in der Ausübung seiner Herrschaftsrechte über Andorra durch den Präfekten des Départements Pyrénées orientales vertreten. Der Landvogt des Bischofs von Urgel muß ein Andorraner sein, der Landvogt Frankreichs kann auch ein Franzose sein. Die Amtsdauer des Landvogts des Bischofs von Urgel ist auf drei Jahre beschränkt, der Landvogt Frankreichs amtiert zeitlich unbeschränkt. Die Landvögte können, da sie Vertreter der Herrscher Andorras sind, alle nicht approbierten Entscheidungen des Generalrats und alle übrigen Verwaltungsentscheidungen (die der *cuarts* und der *comús*) annullieren. Die Landvögte können im Interesse einer geordneten Verwaltung jedwedes Dekret erlassen und dessen sofortige Ausführung anordnen. Die Landvögte sind Führer der Miliz in Andorra, die diese jederzeit einberufen können. Aufgabe der Landvögte ist es weiterhin, in Gemeinschaft mit dem Appellationsrichter (vom Bischof von Urgel ernannt) und zwei Mitgliedern des Generalrats als oberster Gerichtshof zu fungieren (*Tribunal de Corts*), der auch die Gesetzlichkeit der vom Generalrat gefaßten Entschlüsse (s. o.) nachprüft. Mit Hilfe dieses oberen Gerichtshofes, der völlig in der Hand des Bischofs von Urgel ist, da dieser von den drei stimmberechtigten Mitgliedern (zwei Landvögte und der Appellationsrichter) zwei ernannt, sind die am 5. April 1933 vom Generalrat gefaßten Entschlüsse für ungesetzlich erklärt worden. Die autoritative Gewalt der beiden Herrscher hat wieder einmal über die erstarkende demokratische Gewalt in Andorra gesiegt.

Um nun die Frage zu entscheiden, ob Andorra eine Dyarchie, eine Republik, ein neutrales Gebiet oder ein Interessengebiet ist, muß man noch einmal die Funktionen des Bischofs von Urgel und Frankreichs und die des Generalrats in der Politik Andorras zusammenfassen. Die beiden Herrscher besitzen die unumschränkte Jurisdiktionsgewalt (ausgeübt durch die Landrichter und den Appellationsrichter) und die legislative Gewalt. Gesetze können nur durch Approbation von Generalratsentschlüssen entstehen, doch wird diese Einschränkung der legislativen Gewalt durch ein unbeschränktes Verordnungsrecht beider Herrscher, ausgeübt durch die Landvögte, ausgeglichen. Die exekutive Gewalt liegt beim Generalrat bzw. beim *comú* oder *cuart*, doch können die Landvögte alle Verwaltungsmaßregeln dieser Organe ebenfalls aufheben. Es ist also die gesamte Staatsgewalt in den Händen des Bischofs von Urgel und Frankreichs, so daß die Bezeichnung Republik nicht angebracht ist. Ein neutrales Gebiet ist Andorra ebenfalls nicht, denn man kann sich ein neutrales Gebiet zwischen zwei Großmächten nicht mit einem eigenen Volksbewußtsein, mit tausendjähriger Kultur, mit eigenem Landeswappen und Landesfarben und mit einer von der eigenen Verwaltungsbehörde geschaffenen, allerdings nur zehn Mann zählenden Polizeitruppe vorstellen. Ein Gebiet, in dem sich zur Wahl der Volksvertretung drei Parteien (darunter eine nationalsozialistische) bilden,

ist kein neutrales Gebiet. Eine Dyarchie liegt auch nicht vor, denn beide Herrscher residieren außerhalb des Landes, und der eine von ihnen, der Bischof von Urgel, besitzt keine eigene Zwangsgewalt (es hat aber früher wohl Festungen des Bischofs von Urgel in Andorra gegeben), so daß er sich gegebenenfalls der Hilfe des anderen Herrschers bedienen muß, wie dies im Sommer 1933 der Fall war. Weiterhin ist die Anwendung des Begriffes Interessengebiet auf die Staatsform Andorras zu versuchen. Ein wirtschaftliches Interessengebiet, wie z. B. Persien vor dem Weltkrieg, ist Andorra nicht, denn die Befugnisse des Bischofs von Urgel und Frankreichs erstrecken sich gleichmäßig über das ganze Gebiet von Andorra, während Persien, um bei diesem Beispiel zu bleiben, in zwei territorial getrennte Sphären zerlegt worden war. Hier ist es geboten, die Terminologie des Interessengebietes vom wirtschaftlichen Standpunkt auf den politischen zu übertragen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die *cuarts*, *comús* und der Generalrat die Möglichkeit haben, das politische Leben ihrer Einheiten, der Gemeinde oder des Landes, selbst zu gestalten und Neues zu schöpfen, sofern hierbei das politische Interesse der beiden Herrscher Andorras respektiert wird. Das Land erhält seine Verwaltung, seine Gesetze sowie seine Rechtsprechung so, wie es selbst diese wünscht, sofern die Wünsche, die in den Entschließungen des Generalrats zum Ausdruck kommen, nicht den Interessen der beiden Herrscher Andorras zuwiderlaufen. Diese Interessen zu achten ist keine Schwierigkeit; Frankreichs Interessen sind der Schutz der in Andorra lebenden Franzosen und der Schutz der französischen Industrieanlagen und Post in Andorra. Das Interesse des Bischofs von Urgel ist das der Kirche, die ihn auf diesen verantwortungsvollen Posten stellt. Naturgemäß beschränkt sich sein Interesse auf das religiöse Gebiet. Dies kommt zum Ausdruck in einem Hirtenbrief des Bischofs von Urgel aus dem Jahre 1895, der wie folgt lautet:

Wenn das Andorraner Volk unserer Autorität gläubig und ehrfürchtig begegnet, kann es mit unserem entschiedenen Schutze und mit jeder Unterstützung rechnen, welche wir zu seinen Gunsten anwenden werden, indem wir der spanischen Regierung vorschlagen, dem Lande die größten Freiheiten des Handels zu gewähren, ihm die Fesseln abzunehmen, die es heute gefangenhalten. Wenn aber der Generalrat sich nicht in dem oben dargelegten Sinne zeigt, muß er die Folgen seiner Hartnäckigkeit tragen, und die schon getroffenen Maßnahmen für die Einschränkung der Ein- und Ausfuhr von Andorra werden bis zu den äußersten Grenzen geführt werden.

Seit jener Zeit kämpft der Generalrat im Interesse einer vollständigen Freiheit Andorras gegen den Bischof von Urgel und die Kirche. Dieser Kampf, der seinen Höhepunkt in der Revolution von 1933 fand, wurde durch Auflösung des widerspenstischen Generalrats beendet. Der neue Generalrat handelt durchaus im Sinne der beiden Herrscher über Andorra, des Bischofs von Urgel und Frankreichs.

ALBRECHT HAUSHOFER:**Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

Im Vordergrund der Berichterstattung für die Sonnenwende dieses Jahres stehen zwei Ereignisse von besonderer Bedeutung: der Abschluß des englisch-deutschen Flottenabkommens vom 18. Juni und der Mißerfolg des englischen Völkerbundministers bei dem Versuch, Italien von einer radikalen Abessinien-Politik abzuraten.

Wer die Entwicklung der italienischen Politik seit dem vorigen Herbst genauer verfolgt hat, wird nicht davon überrascht sein, daß Mussolini wenige Wochen vor dem klimatisch möglichen Beginn militärischer Operationen nichts von friedlicher Schlichtung hören will. Auf der anderen Seite wäre es im höchsten Maß überraschend, wenn der Kaiser von Abessinien bereit wäre, den Italienern solche Konzessionen zu machen, daß der Aufwand gerechtfertigt wäre, der an Taten und großen Worten schon heute für das italienische Unternehmen verbraucht worden ist. Wenn es sich nur um eine Grenzregulierung im äußersten Osten von Abessinien handelte, in jener Zone, die zwischen Italienisch- und Britisch-Somaliland hineinspringt, so hätte wohl davon gesprochen werden können. Aber die italienische Forderung nach Verbindung der beiden italienischen Kolonien könnte nur erfüllt werden, wenn zentrale Gebiete Abessiniens unter italienische Kontrolle gerieten. Das wäre das Ende Abessiniens als selbständiger Staat; kein sorgsam gewählter Vertragstext könnte darüber hinwegtäuschen. Der Kaiser von Abessinien hat von Marokko bis zur Mandschurei Beispiele genug, wie sich die Unterhöhlung eines stehengebliebenen Restes eigener Staatlichkeit dann vollzieht.

Gewiß wird England (und mit etwas abweichenden Vorschlägen auch Frankreich) auch weiterhin den Versuch machen, ein Kompromiß zwischen abessinischen und italienischen Wünschen zu erreichen. Daß England — wie die jüngsten Erklärungen von Hoare und Eden gezeigt haben — sogar bereit ist, eine Abtretung eigenen Gebietes vorzunehmen, beweist, wieviel ihm daran gelegen ist, den Frieden am Roten Meer zu erhalten. England wollte Abessinien einen Streifen von Britisch-Somaliland überlassen, um Abessinien einen Ausgang zum Meer zu verschaffen, vorausgesetzt, daß Abessinien gewisse italienische Wünsche erfülle. Es ist noch nicht bekannt, was Abessinien zu einem solchen Vorschlag gesagt hätte, wenn er angenommen worden wäre. Mussolini hat von vornherein Nein gesagt. So müssen wir damit rechnen, daß im Herbst ein bewaffneter Konflikt seinen Ausgang nimmt, der in seinen Folgen unberechenbar ist.

Zwei Dinge liegen außerhalb des Wahrscheinlichen: eine rasche Eroberung Abessiniens durch Italien und ein rasches Zurückweichen Italiens nach einer zweiten Schlacht von Adua.

Der ersten Möglichkeit stehen so viele Hemmnisse des Klimas und der Geographie entgegen, daß sie nicht bestände, selbst wenn Abessinien von wenig kriege-

ischen Stämmen bewohnt wäre. Die zweite Möglichkeit schaltet dadurch aus, daß die Vorbereitungen sehr viel methodischer sind, als diejenigen des Generals Baraberi, der hinter sich in Rom eine auf schnellen Erfolg angewiesene parlamentarische Regierung hatte, die für den Mißerfolg dann auch gestürzt wurde. Ob die italienischen Vorbereitungen freilich von jener unwiderstehlichen Methodik und Sicherheit sind, die englische Feldherren in jener Gegend — Kitchener auf seinem Sudanfeldzug und Napier im Feldzug von Magdala — aufgewandt haben, ist eine zweite Frage. Aber selbst diese englischen Beispiele, und das französische Beispiel von Marokko, beweisen, daß die abessinische Frage, wenn sie einmal von den Konferenzimmern auf das Kampffeld getragen worden ist, wohl auf Jahre hinaus nicht entschieden sein wird. Damit wird am Ausgangspunkt des Roten Meeres ein Zentrum weltpolitischer Unruhe geschaffen, das manchen europäischen Störungszentren ebenso an die Seite gestellt werden kann, wie dem mandschurischen oder dem der Philippinen. Die möglichen Fernwirkungen des abessinischen Konfliktes sind unabsehbar: man braucht nur einmal an die Möglichkeit zu denken, daß die soziale und wirtschaftliche Struktur Italiens einem langdauernden Krieg nicht gewachsen sein könnte; oder daran, daß sich ostasiatische Großmächte noch mehr, als es schon bisher geschehen ist, für dieses geopolitisch so bedeutsame Kampffeld interessieren, das in der Achse der rückwärtigen Verbindungen von Singapore liegt. So versteht man das Interesse der britischen Regierung an der Erhaltung des Friedens: für sie steht das Imperium Britannicum Oceani Indici auf dem Spiel. In diesen großen weltumspannenden Vorgängen muß man auch einen Teil des Antriebs sehen, der die englische Regierung zum raschen Abschluß des Flottenabkommens mit Deutschland bewogen hat. Die Bedeutung dieses Abkommens für das Deutsche Reich bedarf kaum einer Erwähnung. Sie ist klar und selbstverständlich; so klar und selbstverständlich wie der Vorschlag, den Adolf Hitler in seiner Rede vom 21. Mai gemacht hatte und der von einem energischen und klugen Sachwalter der deutschen Interessen in seinen wesentlichen Zügen in London zur Annahme gebracht worden ist. Hätte das Deutsche Reich in dem Jahrzehnt vor dem Krieg in ähnlicher Weise mit England verhandelt, wie in den letzten Wochen von Ribbentrop und den deutschen Marinesachverständigen mit England verhandelt worden ist, so wäre viel erspart worden; die Welt sähe heute anders aus. Vor dem Krieg wäre ein festes Verhältnis der deutschen Flotte zur englischen im Verhältnis von 60:100 wohl erreichbar gewesen; Amerika und Japan hätten sich ebenso wie Frankreich und Italien mit niedrigeren Ziffern begnügt. Heute muß die deutsche Flotte neu aufgebaut werden; das Verhältnis von 35:100 soll ein dauerndes und endgültiges sein. Das bedeutet, daß Veränderungen im Größenbestand der englischen Flotte auch für Deutschland entscheidend sind; das Verhältnis der britischen Flotte zu den Flotten vor allem Frankreichs und Italiens, aber auch Japans und der Vereinigten Staaten wird auch für Deutschland von größter Bedeutung sein. Für Eng-

land ist es wesentlich, daß in den kommenden Verhandlungen mit den anderen Seemächten, vor allem in der Auseinandersetzung mit Japan, wenigstens eine europäische Macht vorhanden ist, die keinen maritimen Erpressungsversuch an London verüben wird. Deutschland hat jetzt nur mehr ein Interesse an einer starken und schlagkräftigen britischen Flotte.

Der Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens bedeutet außerdem eine Lockerung der Front von Genf und Stresa und bestätigt damit auch für uns eine Deutung der Vorgänge vom April, die einigen unserer Leser zu leichtfertig und nicht ernst genug schien. Wir gingen damals wie heute davon aus, daß die großen Gesamtinteressen des britischen Weltreichs sich nicht mit den kontinental-europäischen Frankreichs und Italiens decken; und wir glauben noch immer, daß sich das britische Weltreich durch kein festgespanntes Schema theoretischer Friedenssicherung von der Verfolgung seiner Interessen abbringen läßt. Diese britischen Interessen — darüber kann kein Zweifel sein — erfordern eine Friedenspolitik auf weite Sicht. Das ist gleichbedeutend nicht mit einem starren, sondern mit einem beweglichen Frieden, einem Frieden, für den es auch veränderbare Grenzen gibt. Hier unterscheidet sich die englische Vorstellung grundlegend von der französischen (und von der italienischen, für die es zwar eine Veränderung von Grenzen gibt, aber nur eine zu eigenen Gunsten). Die angelsächsische Vorstellung von außenpolitischen Vorgängen ist nicht so starr wie die romanische; so sehen wir dem gleichen Vorgang wie bei der Betrachtung von Grenzen bei der Behandlung der zeitlichen Abfolge diplomatischer Vorgänge. England steht auf dem Standpunkt, daß es wünschenswert sein kann, die Hälfte der sibyllinischen Bücher zu besitzen, wenn sich herausstellt, daß man die Gesamtheit nicht bekommen kann. Die These von der Unteilbarkeit des Friedens wird in England anders verstanden als in Frankreich. Man sieht nicht ein, warum man nicht einen westeuropäischen Luftpakt oder eine Flottenverständigung mit Deutschland abschließen soll, unabhängig davon, ob im gleichen Zeitpunkt ein Ost-Locarno oder ein Donaupakt zustande kommt. Der starre französische Standpunkt sagt: Keinen Luftpakt, ohne daß die Gesamtheit des französischen Kontinentalprogramms erfüllt ist; Italien sagt: Keinen Luftpakt, bevor nicht die italienische Hegemonie in Wien durch einen Donauvertrag bestätigt worden ist. Die Engländer fragen darauf zurück: Also muß ein wichtiges und erreichbares Stück europäischer Friedenspolitik unterbleiben, weil bestimmte Punkte des französischen und italienischen Hegemonialprogramms auf dem europäischen Festland nicht erreichbar sind? Und England hat ein historisches Recht, darauf zu verweisen, daß es im Lauf des letzten Jahrhunderts überhaupt keinen internationalen Vertrag hätte abschließen dürfen, wenn es auf die Unteilbarkeit des Friedens in der französischen Fassung des Begriffs hätte Rücksicht nehmen müssen. Wenn man anfängt, logisch zu sein, muß man zu Ende denken: und dann gehört zur Unteilbarkeit des Friedens auch Abessinien, auch die Mandschurei.

Der inneren Entwicklung einer Reihe von europäischen Staaten haben wir im letzten Bericht gedacht. Darum diesmal nur ein kurzer Hinweis auf die Weiterentwicklung in Griechenland und Südslawien. Griechenland steuert auf die Rückkehr seines Königs zu; in Südslawien bedeutet die Regierung Stojadinowitsch einen weiteren Schritt auf dem Wege zum Offenbarwerden der grundlegenden Strukturfragen des südslawischen Staatswesens.

Alte Strukturfragen melden sich auch anderwärts: de Valera kündigt in einer neuen Rede die unmittelbare Nähe der Verwirklichung eines völlig unabhängigen Irlands an. Es ist bemerkenswert, daß im Gegensatz zu der leidenschaftlichen Bewegung, mit der England die Entwicklung der irischen Frage bis vor zehn Jahren verfolgte, heute eine große Gleichgültigkeit gegenüber der irischen Frage herrscht. Man wird von England aus keinen Schritt tun, um die Proklamation einer irischen Republik zu hindern, aber man wird de Valera natürlich sagen, daß es auch für ihn nicht möglich sein werde, gleichzeitig die Eier und den Hühnerbraten zu haben: ein selbständiges Irland bedeutet natürlich den Ausschluß der Iren von alledem, was die Zugehörigkeit zum britischen Weltreich für den einzelnen wie für eine größere Gemeinschaft bedeuten kann. Wirtschaftlich ist Irland noch immer von der englischen Verbindung abhängig; und allein die Möglichkeit, daß England bei der Errichtung einer irischen Republik die in England und in den englischen Kolonien lebenden Iren ausbürgern könnte, bedeutet etwas sehr Ernstes für Irland, ganz abgesehen davon, daß mit dem Ausscheiden aus dem britischen Reichsverband die Grenze zwischen Irland und Ulster als eine dauernde festgelegt würde.

Stille Auswirkungen der letzten britischen Reichskonferenz sehen wir auch in den Entscheidungen der obersten juristischen Stelle des Reiches, die den Dominien auch die letzte richterliche Unabhängigkeit zugesteht; ebenso aber in den Versuchen der australischen Bundesregierung, Westaustralien zu versöhnen, nachdem sein Gesuch um Austritt aus der Commonwealth von England abgeschlagen ist. Zum erstenmal seit Bestehen des australischen Bundesstaates hat ein australischer Ministerrat in Perth getagt.

Die Vereinigten Staaten stehen im Augenblick in einem schwierigen Übergang, nachdem das Oberste Gericht dem Präsidenten Roosevelt die Grundlagen seiner Wirtschaftsgesetzgebung entwunden hat. Die längst bestehende Verfassungskrise der Vereinigten Staaten wird damit offenbar; es ist begreiflich, daß ein Staat in solcher Lage für nicht besonders aktionsfähig im Bereich der großen Außenpolitik gehalten wird. Das machen sich die Japaner zunutze; das sehen heute mit einer merkwürdigen Mischung von Kummer und Freude die Führer der Philippinos, denen die gewährte Unabhängigkeit als Danaergeschenk zu erscheinen beginnt. Denn die Philippinen liegen nicht abseits wie Irland, sondern inmitten des größten ozeanischen Kampffeldes der Erde. Die Vereinigten Staaten aber wollen sich am liebsten aus diesem Kampffeld zurückziehen.

Wieweit der amerikanische „Imperialismus“ zurückgedrängt ist, das erweist sich auch an anderer Stelle: Wäre es vor zehn Jahren denkbar gewesen, daß eine süd-amerikanische Schlichtungsverhandlung von so großer Bedeutung wie die über den Chaco ohne maßgebenden Einfluß der Vereinigten Staaten geführt wird?

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Um die Sicherheit im Pazifik ist es schlecht bestellt, und — wenn man Äthiopier oder Inder fragt — so steht es um den Indischen Ozean nicht viel besser, ganz abgesehen von dem Unheil, das landeinwärts Erdbeben durch Einwerfen so wichtiger Stützpunkte wie Quetta stiften.

Wer die indopazifische Presse der letzten Monate verfolgte, der nahm zu seinem Erstaunen wahr, daß die Sicherheiten der Sowjetbünde, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Japanischen Reiches in höchstem Grad bedroht sind — teils durch gegenseitige Besorgnis um ihre Sicherheit, teils im japanischen Fall durch China, dem deswegen wieder einmal in Nordchina die gepanzerte Faust gezeigt wurde, um durch sanften Druck die neutrale Zone im Norden über Peiping und Tientsin hinaus nach Süden zu schieben.

Der letztere Vorgang machte schon deshalb viel Lärm, weil von den 774 chinesischen Tageszeitungen allein in Hopei 140 erscheinen (Peiping und Tientsin!), eine Zahl, die nur durch die 227 von Kiangsu (mit Nanking und Shanghai) übertroffen wird, deren Herausgeber, Leitartikler und Schriftleiter begreiflicherweise die schwere Hand einer nahenden japanischen Militärverwaltung fürchten. Auch sonst wäre die chinesische Zeitungsgeographie sehr lehrreich, zu der J. C. Sun im Aprilheft der „Far Eastern Review“ (S. 127) ein geistreiches Kommentar gibt.

Aber was helfen die Pressestimmen der verhältnismäßig Wehrlosen, wie Chinas, Äthopiens und Indiens, wenn schon die Starken ihre Sicherheit so bedroht fühlen, wie das etwa Admiral Yates Stirling (USA.) zuerst in den „New York Times“, dann in der „Far Eastern Review“ begründet („U. S. Security in the Pacific“; Far Eastern Review 1935, S. 174; Kte.). Wenn man sich rassen- und raumfremde Besitztümer 4500 Seemeilen entfernt vom letzten sicheren Kriegshafen (auf Oahu, Hawaii) und 9000 Seemeilen entfernt von den eigenen lebenswichtigen Kanälen (Panama) zulegt, gefährdet man allerdings seine Sicherheit. „Alaska is the next weak link“, fügt Admiral Yates Stirling hinzu. Auch Alaska gehörte bis 1857 anderen, die gleichfalls seine Unsicherheit empfanden und es deshalb verkauften. So bewährt sich F. Ratzels 7. Gesetz in den „Gesetzen des räumlichen Wachstums der Staaten“ (1896, P. M.).

Dieses raumpolitische Gesetz lautet in einem seiner Schlußakkorde — (und wir

rufen seine Prägung auch den Anrainern des Großen Ozeans ins Gedächtnis!) —: „Im friedlichen Wettbewerb, wie im kriegesischen Ringen gilt die Regel, daß der Vordringende denselben Boden betreten muß, auf dem sein Gegner steht. Indem er siegt, gleicht er sich ihm an.“ — Darin steckt uralte geopolitische Weisheit; mit ihr rechnen auf Grund von mehr als viertausendjähriger Erfahrung mit der eigenen Einschmelzungskraft und Rassenpolitik die Chinesen. Wie Rußland und Frankreich in Zentralasien und Westafrika als an Steppen grenzende Staaten im Kampfe mit Steppenvölkern selbst soweit Steppenstaaten wurden, daß sie sich der Vorteile bemächtigen konnten, die die Steppe bietet, so wird auch (meint man in Peking und weiter südlich), Japan nicht mehr Japan bleiben können, wenn es zu tief nach China vordringt und darin ertrinkt.

Das ist es, womit sich China über den „vorübergehenden“ Verlust der drei östlichen Provinzen, das Fortgleiten von Jehol, von Teilen von Chahar, das Abtriften von Hopei mit Peking und Tientsin tröstet, nach dem hier oft erwähnten Wort: „China ist ein Meer, das alle Flüsse salzig macht, die sich hinein ergießen. Wieviel auch Fremde zu uns kommen mögen, über Jahrhunderte werden sie alle Chinesen sein.“

Als Nationalerfahrung aus vier Jahrtausenden Geschichte destilliert, legt ein solches Vertrauen in die ausgleichende Kraft der gelben Erde und die Einschmelzungskunst ihrer Rasse jedenfalls ein Zeugnis für die Berechtigung geopolitischer Studien ab, und für das Unterlegen der Geschichte mit einem tragfähigen raumpolitischen Untergrund (wie wir das in der Einleitung zu Knaurs Weltgeschichte zu beweisen versuchten).

Zwischen so zielsicheren Machtblöcken, wie dem japanischen Kaiserreich, den Sowjetbünden und China triffen die angeblich 1945 frei werdenden Philippinen, aber noch manche andere größere und kleinere Insel, wie das von Japan angeliebte Neuguinea mit seinem Gold und seinen Tropenpflanzen, Borneo mit seinem Öl als macht- und wirtschaftspolitische Reize unsicher herum, wie auch der Westteil der pazifischen Flugstützpunktreihe (vgl. Prof. Paul H. Clyde: „Japans Pacific Mandate“; Macmillan Cpy; Dollar 3.—). Wie heikel der Pazifische Ozean als Großkampffeld um diese Inseln wäre, das zeigt völlig unparteiisch ein Altmeister deutscher Ozeanographie, G. Schott, mit den prachtvollen Karten und dem inhaltsschweren Text seines in diesem Sommer erscheinenden Werkes über den Indischen und Pazifischen Ozean, dem wir an eigener Stelle eine Betrachtung widmen.

Trotz so herausfordernden Fanfaren in dem usamerikanischen Schrifttum, wie etwa Upton Close: „Challenge. Behind the Face of Japan“ — (New York 1935; Farrar & Rinehart) —, die zum Teil gewiß auf persönliche Verprellung zurückzuführen sind — (man ließ ihn nicht nach Manschukuo!) —, sieht man in den Vereinigten Staaten zunehmend die geopolitischen Schwierigkeiten einer pazifischen Politik von hoher Hand, wie sie noch Mahan, Roosevelt u. a. als ganz na-

türliche Bestimmung der USA. erschien. Mit Recht betont eine gute Zusammenschau des „Manchester Guardian“ aus New York (19. 6. 1935, S. 6. „Americans in the Far East“), daß die überwältigende Mehrheit der öffentlichen Meinung gegen kriegsgerisches Vorgehen sei. Beide großen angelsächsischen Völker schieben einander die Vorhand des Abwehrhandelns bei den nordchinesischen Vorstößen der Japaner zu, beeilen sich aber hinzuzufügen, daß sie selbst bremsen und Zurückhaltung üben wollen. Von Amerika aus wird die Geringfügigkeit der eigenen Belange im Verhältnis zu England betont, ferner daß außerdem sogar ein gemeinsames Vorgehen beider Seemächte die Japaner nicht von unfreundlichen Handlungen zurückschrecken würde, wohl aber die Mehrzahl der Amerikaner davor zurückschrecke.

Das steht in einem seltsamen Gegensatz zur theoretischen Vorliebe für die Stimson-Lehre über Nichtanerkennung von Mandschukuo, zu den beständigen Aufforderungen an die Japaner, doch den Kelloggspakt, den Neunmächtepakt und die übrigen Spinngewebe zu beachten. Aber sein Fell dafür zu Markt tragen will keiner; die Mehrheit ist streng pazifistisch, günstig für die scharfen Neutralitätsgesetze, die dem Amerikaner den Gewinn aus Kriegslieferungen erschweren, und würde gegen einen Versuch, sie in eine Aktion gegen Japan zu treiben, gewaltig aufbegehren („create a tremendous uproar!“).

Demgegenüber ist die japanische Stimmung vor allem aus dem Bewußtsein überlegener geopolitischer Ausgangslage gegen jeden weit über See herangeholten Angriff sehr kühl und ruhig. Das spiegelt sich nicht nur in den Zeitungsnachrichten und Zeitschriftenauszügen, sondern sogar in scheinbar nebensächlichen Anzeichen, wie etwa Baron Gonsuke Hayashis Lebenserinnerungen — (Waga Shichijunnen wo Kataru; Tokio 1935; Dai-ichi Shobo; 1,80 Y; 433 S.). Der greise Staatsmann (Samuraidiplomat, schreibt „Contemporary Japan“, VI, 1935, S. 107), seit 1920 Botschafter in London, dann vielgenannt im Völkerbund, hätte manches unterdrücken können, wenn er gewollt hätte, so gewiß seine Bezeichnung des Völkerbundes als „Affenkäfig“ (monkey cage) und seinen Zusammenstoß mit Poincaré. Sein Leben war auch ohnedies fesselnd genug, nachdem in der Aizurevolte Vater und Großvater des Zehnjährigen gefallen waren, und die Jungenschar der „Byakkotai“ (Weißhemdenbund), unter 20 Jahren, soweit sie nicht fielen, Mann für Mann bei der Erstürmung der Feudalburg der Aizu Harakiri gemacht hatten, während er selber von seiner Mutter gescholten wurde, weil er über den Geschoßeinschlag einer Haubitze erschrak.

Ein anderer Prüfstein für die seelische Haltung gegenüber wehrgeopolitischen Gefahren ist gewiß der Streit um Prof. Dr. Tatsukichi Minobes Theorie über den Kaiser als Staatseinrichtung, um die er am 19. und 25. 2. 1935 einen scharfen Kampf mit Baron Kikuchi keineswegs siegreich bestand, obwohl ihn die langjährige Lehre des Geh. Ratspräsidenten Kitokuro Ikki unterstützte, und Premier Okada vorsichtig tastete. Die für japanische Staatskultur höchst bedeutsame Frage

beleuchtet gut Dr. Kazumobu Kanokogi (Keizai Ohrai, IV, 1935; engl. Auszug: Contemporary Japan, Juni 1935, S. 109—111). In derselben Nummer zeigt ein Aufsatz über die „Fischerei in den nördlichen Gewässern und die nationale Verteidigung“, mit welcher Aufmerksamkeit man die Erfahrungen des Weltkriegs an der Nordseeküste auf die Spannungen zwischen Aljuten und Kurilen überträgt. Dutch Harbour wird die Murotonbucht auf Arachi J. und ein Stützpunkt noch weiter nördlich gegenübergestellt; ein eigenes Patrouillenbotgeschwader nach USA.-Muster gefordert.

Während sich im Süden des indopazifischen Raumes beruhigende Wirkungen feststellen lassen, die zweifellos auch von der endlich vollzogenen Tatsache der indischen Verfassungsgenehmigung durch das britische Parlament stark beeinflußt wurden (dem Meisterstück Sir Samuel Hoares, das ihm das Außenamt eintrug), sind die beiden Flügelstellungen, die Umgegend des Tores der Tränen (Bab el mandeb) bei Aden und die sich entgegenstrebenden Inselkränze der Aljuten und Kurilen Gegenstände einer mit Recht gesteigerten Aufmerksamkeit. Dazu tragen gewiß nicht nur die großen Flottenübungen bei, die für USA. mit dem Juni 1935 unter leiser Enttäuschung und manchem Unfall endeten, für Japan nun im Westpazifik, auch bis zur Datumgrenze, beginnen.

Welche Umwertungen weite Landstriche und Inselfluren dabei treffen können, bezeugt etwa ein Vortrag des Aljaskers T. K. Smith am 16. 5. 1935 in Shanghai über Alaska als Amerikas beste Kapitalanlage (North China Herald, 1935, S. 306). Alaska ist bekanntlich von Alexander II. von Rußland 1867 für 7,2 Mill. Dollar an William H. Seward, den Staatssekretär der USA., verkauft und alsbald „Sewards Folly“ (Sewards Torheit) genannt worden. Seit dieser Zeit haben die USA. rund 600 Mill. Dollar Wert aus Alaska gezogen, ungerechnet einen aktiven Handelsbilanzgesamtwert von fast 200 Mill. Dollar.

Von 1867 bis 1898 freilich wurde das Land als Wehrgebiet unter Beibehaltung der alten russischen Hauptstadt verwaltet; dann aber kamen die Yukongoldfunde und das Einströmen einer höchst gemischten Bevölkerung, mit Raubbau, Überorganisation, Verlagerung der Fundorte nach Nome usw. An Stelle der sich erschöpfenden Goldgewinnung trat als Werbemittel die mächtig aufblühende Fischerei, die allein 1934 7 Millionen Kisten Lachs zu 6 Dollar versandte: zwei Drittel des Fischereiertrags der USA., wie der Vortragende meinte, der die Lebensumstände und Klimahärten den nordchinesischen verglich. Die Gletscherpracht hatte 1934 26000 Touristen nach Alaska gezogen; von „Sewards Torheit“, die in einem Jahr allein an Fischereiertrag das Sechsfache ihres Ankaufswertes abwarf, ist nicht mehr die Rede. Die strategische Bedeutung — bei rund 41 600 km Küstenentwicklung — geht in den Kauf!

Auch den Wert solcher Gebiete als Rohstoffrückhalt hat man seit den Weltkriegserfahrungen ganz anders schätzen lernen. Brooks Emery, Verfasser einiger

in den USA. viel bemerkter Bücher: „The strategy of raw-materials“; „Study of America in peace and war“, und des zusammen mit Frank J. Simonds geschriebenen: „Great Powers in world politics; The price of peace“ durchreist augenblicklich China vom Standpunkt des Suchers dauernder Leitzüge der USA.-Politik. Er findet freilich, daß die amerikanische Politik zur Zeit im Wesen „isolationistisch“ sei; das aber könne nur ein künstlicher, vorübergehender Zustand sein „und in wenigen Jahren müssen wir uns wieder auf den Osten (im eurasiatischen Sinne, Orient) werfen (concentrate)“. Auf seiner Erkundungsfahrt von Japan über Manila Hongkong, Kanton, Nanking, dann Peiping und Manschukuo glaubte er in Nanking Anläufe zu größerer politischer Standfestigkeit, zu wirtschaftlicher Erholung, zu einem endgültigen Verfestigungszug in China wahrzunehmen. Sinobritischer Freundschaft gelten viele Versuche, auch von Oxford und Cambridge aus unternommen.

Dazwischen freilich stören kleine Reibungen, wie die Flucht der zwei Kriegsschiffe von Canton nach Hongkong, die Unsitte des Kinderraubes gegen Erpressung, ganz wie in den USA. das freundliche Kulturgemälde; jedenfalls herrschte keine Einmütigkeit, wie den drohenden größeren Landverlusten in Hopei und Chahar anders als durch seufzend gemachte Zugeständnisse zu begegnen sei. In Shanghaier Zeitschriften ist es freilich leichter, unentwegte nationale Gesinnung zu zeigen, als an verantwortlicher Stelle, der die 40 000 schwer bewaffneten Japaner der Kwangtarmee entgegenrasseln.

Unfreundlich in das Licht unzulänglicher Beleuchtung tritt die von China so heiß zurückbegehrte, aber nicht genügend betreute Pratasinsel. Sollte hier ein Grund zur Fortnahme eines sonst der Schifffahrt gefährlichen Gegenstandes reifen, nachdem auch Formosa und die Pescadoreen nur mit großer Vorsicht angelaufen werden können, wenn man nicht Schiff und Ladung verlieren will, wie jüngst ein Niederländer erfuhr (mit schwacher Seemacht hinter sich?).

Der lästige, peinliche und störende Auftrieb, den das Recht des Stärkeren und der Gewalt von hoher Hand, überhaupt durch das Vorgehen des Völkerbundsmitglied Italien gegen das Völkerbundsmitglied Äthiopien weithin im Nahen, Mittleren und Fernen Osten erfährt — so daß auch Japan in der Gunst seines Schattens (o kage ni, sagt man dort!) erheblichere Raumerweiterungen anstreben kann —, müßte den Kolonialmächten alten Stils zu denken geben. Er hat wohl auch geholfen, eine günstige Atmosphäre für die deutsch-britischen Abschlüsse zu schaffen. „Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen.“ Sehnsüchtig schaut von Adis Abeba ein Kaiser, der es vielleicht zum längsten gewesen ist, gegen einen Kaiser, der es erst wieder werden soll, um Hilfe nach Reden im Stil des Führers und Reichskanzlers der Deutschen aus. Aber von Genf ins Rote Meer kommt kein so freundliches Echo, wie von Berlin nach London. Auch die Rede, die Baldwin nicht gehalten hat, gehört vielleicht zu den weltpolitisch besten, was die Wirkung angeht.

Prestigeverminderung des Völkerbundes, wenn es überhaupt zu Schlägen kommt, des Völkerbundes und der Kolonialmächte, wenn es schief geht, ist mit Sicherheit für den Fall Eritrea-Somalia und ihre Vereinigungsabsichten vorauszusagen. Die Haltung des letzten freien dunkelfarbigten Staates weckt im indopazifischen Raum allgemeine Aufmerksamkeit, wenn sie auch in den verschiedensten Richtungen benützt wird: von Japan praktisch, von China und Indien theoretisch, während USA. und pazifische Dominien noch nicht recht wissen, welches Gesicht sie dazu machen sollen, Südafrika vermehrte Absatzaussichten wittert, die arabischen Teilstaaten sich in Ehre und Geld für Stillhalten bezahlen lassen. Stillhalten der Weltgegenden um jeden Preis, die nicht mit zwingender Gewalt in Bewegung geraten, das scheint die Weisheit der Stunde namentlich in Genfer Kreisen zu sein. Aber man spürt das Vorzittern anthropogeographischer Beben. Sie allein sind schon Sorge genug: wieviel mehr erst, wenn physische und psychische Unruheursachen zusammenkommen. Das zwingt uns, einen Blick auf die Bebenherde der letzten Zeit zu werfen:

Zwei wehrgeopolitisch wichtige Landschaften im Berichtsbereich sind jüngst von Erdbeben so geschüttelt worden, daß ihre Wehrleistung ernstlich auf Monate, wenn nicht Jahre beeinträchtigt wird. Die Bilder, die uns über das bereits kurz gewürdigte Formosabeben erreichen, z. B. „North China Herald“, Mai, S. 301, zeigen allerdings deutlich, warum auf der Trümmerstätte des Kleinstädtchens Toyohara 1000 Tote und 3000 Verwundete unter ganzen 4000 Einwohnern ausgegraben werden mußten, warum für das nächste halbe Jahr über zerworfene und zerrissene Brücken, durch eingestürzte Tunnels kein Zug fährt, und wie sich eine ehemals ordentliche und gerade Bahnlinie wie eine Schlange durch die Plantagen windet.

Noch größer ist die Tragweite des Erdbebens von Quetta, bei dem eine wohldurchdacht aufgebaute Wehrlandschaft gegenüber Afghanistan, Iran und ihren Hintermännern auf Wacht, mit Eisenbahnanlagen, Klauengeleisen, Wehrbauten und Zentrale langfristige Entwehrung erfuhr. Vernichtung von Metz, Trient, Lüttich vor dem Kriege wären etwa ähnliche, durchaus vergleichbare Schläge gewesen; Glück im Unglück war noch, daß eine Nachtübung den größten Teil der Truppen außer Unterkunft und in der Lage zu augenblicklicher Hilfeleistung gelassen hatte. Noch größeres Glück im Unglück ließ die letzten Erschütterungen nur etwa 36 km vom großen Staudamm von Sukkur am Indus enden, so daß ein Dammbruch und damit unabsehbares Unglück stromabwärts verhütet blieb. Immerhin sind beide Fälle Warnungen ernster Art, etwa zusammengehalten mit den Folgen des Kwantoerdbebens um die Sagamibucht, die geraume Zeit das eine japanische Reichszentrum, etwa ein Zehntel der Wehrmacht zu Lande, ein Drittel der Flotte, die Tokkaidoverbindungen zwischen südwestlichem Altkulturgebiet und nördlichem älteren Kolonialland von Hondo außer Gefecht setzten.

Aber auch über den ostpazifischen Stützpunkten: San Francisco, San Diego, den Aljuten, über Panama- und Nikaraguanal, über Hawaii schweben solche Möglichkeiten von unberechenbarer Tragweite, wenn sie mit wehrpolitischen Spannungen zusammentreffen, was z. B. in der japanischen Reichsgeschichte den Sturz der Kamakuraherrschaft herbeiführte. Der langlebige Osten stellt auch sie in Rechnung!

SPÄNE

Die Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik, Heidelberg, unter Führung von Professor Nesper, und die Hochschulgruppe Heidelberg unter Leitung von G. Fuhrmann haben sich uns zur Verfügung gestellt, um fortab regelmäßig aus der Fülle des beim Herausgeberstab zusammenfließenden Stoffes an Zeitschriften, Reden und Denkschriften das herauszugreifen, was geopolitisch bedeutsam ist und seiner Art nach in den Berichten der Herausgeber keinen Platz haben kann. Wir werden keine trockene Aufzählung von Titeln geben: es soll der Versuch gemacht werden, in anregender Form kämpferisch, aber mit Verantwortung wertend unseren Lesern zu zeigen, wo sie Anregung und Unterlagen zu eigener Arbeit finden können.

Herausgeber und Schriftleitung.

Planungsarbeit beim Reichsneubau

Eine neue Zeitschrift: **REICHSPANUNG**, Organ des Hauses der Reichsplanung, herausgegeben von Dr. Ludowici, Amt des Siedlungsbeauftragten in Berlin (Franz Eher Verlag, München), berichtet über die Planungsarbeit im Stab der NSDAP. Daß Geopolitik und Reichsplanung in starkem Maße aufeinander angewiesen sind, zeigt ein Artikel von Prof. Dr. K. Haushofer über: Die Grenze als bevölkerungspolitische Aufgabe. Eine wichtige Stelle: „Das heißt nun freilich nichts anderes, als daß jeder Reichsgliederungslösung — ob sie nun in China, Indien oder Mitteleuropa versucht wird — eine Siedelungsplanung und vorher eine geopolitisch wie ethnographisch und sozialpolitisch einwandfreie Siedelungszustandsschilderung ohne jede Beschönigung und Selbsttäuschung vorangehen mußte.“ Aufsätze über Verkehrspolitik, Lebensraumerweiterung durch Bodenkultivierung und über Stadtplanung geben über Zielsetzung der Reichsplanung und Ansatz der Arbeit Aufschluß.

Über Volk und Volkstum

Im Mai- und Juniheft der TAT treten Volkstumsfragen, etwa in den Beiträgen von A. Török: „Nation und Volkstum im ungarischen Denken“, oder H. Ullmann: „Gesamtdeutsche Geschichtsauffassung“ stär-

ker als früher in Erscheinung. Besonders hingewiesen sei auf H. Beyer: „Entvolkung und Volkswerdung im Osten.“ Eine zweite, ergänzende Arbeit von ihm finden wir in Heft 3/35 von „Volk im Werden“. Beyer geht an die zahlreichen Probleme der Wissenschaft vom Volkskörper von anderen Voraussetzungen heran als die Geopolitik. Er wird seine Anschauungen in einer größeren Veröffentlichung vorlegen: ein Buch, mit dem wir uns werden auseinandersetzen müssen, wie mit der gesamten, langsam zu Bergen anschwellenden, aber noch immer sehr einseitigen und richtungslosen Literatur über Volk, Volkstum, Volkskunde und ihre Beziehung zur Wissenschaft vom Staat.

Fragen der volksdeutschen Südgrenze

Die deutsche Südgrenze wird geopolitisch und wehrpolitisch wenig behandelt. Die **SCHWEIZER MONATSHEFTE** vom Februar und März (sowie die Schweizer Nationalen Hefte von Dr. Oehler) bringen hier recht wichtige Einblicke, so einen Aufsatz von *** über Vorarlberg, das alemannische Österreich, zwei kleinere von Gottfried Zeugin über strategische Straßenbauten im Vorarlberg und von XYZ: Zur militärpolitischen Lage an unserer Ost- und Südostgrenze. Erwähnt sei auch ein Aufsatz über die Beeinflussung der Schweizer Presse durch die Arbeit des fran-

zösischen Propagandaapparates mit Beispielen. Eine Stelle, die das eigentümliche Verhältnis Österreichs zu Italien beleuchtet und das Aufsehen auch des schweizerischen Blattes erregt, geben wir ohne jeden Kommentar wieder: „Der dem Bundeskanzler Schuschnigg unterstehende Wehrverband Freiheitsbund hat folgenden Bundesbefehl erlassen (Nr. 8 C. A. 147 vom 25. 2. 1935): ‚Bei den Kanzleien der Wehrverbände (man beachte die Mehrzahl!) haben sich Kameraden für Italien bei guter Bezahlung zu melden, die Waffen- ausbildung haben, 6 Monate im Schutzkorps gedient haben und noch nicht 28 Jahre alt sind. Es wird ersucht, die Kameraden namhaft dem Landgendarmeerikommando Klagenfurt bis 2. März zu melden. Der Landesführer: Staud e H.‘ Auch von verschiedenen österreichischen Arbeitsämtern wurden Arbeitslose aufgefordert, sich für den italienischen Heeresdienst zu melden gegen einen Tagessold von 20 Lire.“

Kommen Ost und West zueinander?

Einen Weg dazu sucht im **WELTWIRTSCHAFTLICHEN ARCHIV**, Märzheft 1935, der ehemalige rumänische Handelsminister Prof. Michail Manoilescu: **Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa auf neuer Grundlage**. Temperamentvoll setzt er sich mit der „klassischen Lehre der Wirtschaftstheorie“ auseinander. Bei der Arbeits- und Produktions- zuteilung der Völker habe der Osten, der mit Bauerntum, gegenüber dem Westen, der mit Kapitalismus gleichzusetzen sei, das weitaus schlechtere Geschäft gemacht. Trotzdem der Westen seine Monopolstellung verloren habe, denke er nicht daran, die Preise zu senken. Im Gegenteil. Darin aber gerade liege der Schlüssel zur Verständigung zwischen Landwirtschaft und Industrie. Manoilescu sieht nur in einer neuen Austauschmethode, wie sie das Deutsche Reich eingeführt habe, das Mittel, die zu hohen Gewinne der Industrie abzubauen und für die landwirtschaftlichen Produkte bessere Preise zu schaffen. Osteuropa müsse als Käufer reich gemacht werden. Sonst werde es immer mehr zur Autarkie übergehen. Ein Weg dazu sei u. a. die kulturelle Hebung des osteuropäischen Bauern- tums und eine großzügige Verkehrserschließung durch den Bau von Autostraßen. Die Vorschläge von Prof. M. sind vom Osten her und für den Osten gesehen. Wenn sie dazu führen würden, das deutsche Bauern- tum in Osteuropa für die kulturelle He- bung des osteuropäischen Bauern- tums einzusetzen und ihm mehr Gerechtigkeit und

Rücksichtnahme als bisher widerfahren zu lassen, so wäre das ein sehr wirksames Mo- ment, um zwischen dem Osten und dem Westen den Ausgleich anzubahnen.

Volk im Osten. Hermannstadt, April.

Geradezu ein Ergänzungsheft zu dem Auf- satz von Manoilescu, Antwort und Vorschläge auf dessen Anregung, das Bauern- tum Osteuropa kulturell zu heben. „Der Staat als Volksgemeinschaft“ von Dr. A. Görner, „Vom Sinn der Arbeit“ von Dr. V. Irk, „Die deutschen Arbeitersiedlungen im Bu- chenlande“ von E. v. Landwehr zeigen ausgezeichnet, wo der Hebel angesetzt werden muß. — Auch J. März würde seinen sehr berechtigten Wunsch, den Austausch mit dem Südosten stärker zu pflegen und die auslands- deutschen Volksgenossen in engste Verbin- dung mit der Heimat zu bringen, erfüllt sehen. Vorläufig ist allerdings noch mit den Tatsachen zu rechnen, und die sind sehr bitter.

Politisch-wissenschaftliche Arbeit der Sowjets

Der Herausgeber hat in seinen Berichten im- mer wieder auf die wegen der Unkenntnis der russischen Sprache in weiterem Kreis fast unbekannte geopolitische Aufklärungs- tätigkeit der Sowjets hingewiesen, deren Wis- senschaft auf die Anforderungen des Staates völlig eingespielt ist, so daß Rußland heute wohl der geopolitisch am besten unterrich- tete Staat der Welt ist. Über die Art der Arbeit sagen schon die Inhaltsangaben zweier Veröffentlichungen einiges aus, für deren regelmäßige Auswertung durch Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft wir dankbar wären.

DER REVOLUTIONÄRE OSTEN. (Organ der wiss. Vereinigung zum Studium nationaler und kolonialer Probleme. Heft 6. Moskau 1934.) 1. Teil des Sammelbandes: Aufsätze über den nichtsowjetischen Osten. Haupt- thema: Fortschritt der revolutionären Be- wegung in den östlichen Ländern.

Inhaltsübersicht: Die Agrarfrage in Korea. Darstellung unter dem Gesichts- punkt: Ausbeutung der Bauernschaft durch den japanischen Imperialismus. Schilderung der revolutionären Bewegung in der Mongo- lei, in Ägypten, im Irak und in Persien. 2. Teil: Aufsätze über den unter Sowjet- herrschaft stehenden Osten. Geopolitisch in- teressanter und wichtiger Aufsatz über die national-staatliche Vermessung Mittelasiens, sowie über den 7. Sowjetkongreß, mit stati- stischen Tabellen über die nationale Bevöl- kerungsverteilung in den östlichen Sowjet-

republiken (2 ethnographische Karten). Weitere Aufsätze über: 10 Jahre der turmenischen Sowjetrepublik, Sowjetkirgisien und der karakalpakischen Sowjetrepublik. Schlußaufsatz: Zur Geschichte der panasiatischen Politik des japanischen Imperialismus. Anhang: Bibliographie der Literatur über verschiedene Fragen.

MATERIALIEN ÜBER NATIONAL-KOLONIALE PROBLEME. Sammelband 1. Moskau 1935.

Inhalt: China: Wirtschaftliche Lage in der ersten Hälfte 1934. 1. Außenhandel; 2. Industrie; 3. Landwirtschaft.

Offensive des japanischen Kapitals gegen die chinesische Textilindustrie. Lage der Arbeiter unter den Bedingungen der industriellen Krise. Landwirtschaftliche Krise. — Indien: Die Gandhibewegung und die Zustände im indischen Nationalkongreß im Jahre 1933. — Ägypten: Der Zusammenstoß der Arbeiter mit der Polizei in Kairo am 21. 6. 1934. — Afrika: Das belgische Kongo. Industrie, Rekrutierung der Arbeiter, Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Lage der einheimischen Arbeiter. — Philippinen: Streik der Arbeiter in den Zigarrenfabriken. Umfangreiche Bibliographie der Literatur über Nordafrika.

Amerika: Begriff der Grenze

Heft 4 der wertvollen **GEOGRAPHISCHEN ZEITSCHRIFT** bringt zwei geopolitisch wichtige Veröffentlichungen. Friedrich Metz berichtet über Wissenschaft und Volkstumsarbeit unter geopolitischen Gesichtspunkten. Gottfried Pfeifer schreibt über „Die Bedeutung der ‚Frontier‘ für die Ausbreitung der Vereinigten Staaten bis zum Mississippi“. Die englische Sprache ist in der glücklichen Lage, zwei Wörter für Grenze zu haben. Boundary ist die Grenzlinie, frontier etwa das, was die Geopolitik mit Grenzraum bezeichnet. Pfeifer zeigt nun, wie sich die „Frontier“ im Laufe der amerikanischen Geschichte immer weiter für die Sendung des amerikanischen Volkes entwickelte. „In der Grenze gewann man die Kraft zu der reißend schnellen Ausbreitung, zu dem Wachstum in den kontinentalen Raum, das jetzt einsetzte — oft in heftigem Widerstand gegen den Osten.“

Amerika: Aufschießende Stadtbildung

A. Wagner zeigt in einem Aufsatz des Heftes 1/2, 1935 der **ZEITSCHRIFT DER GESELLSCHAFT FÜR ERDKUNDE ZU BERLIN** über „Los Angeles“ das phantastische Wachsen des riesigen Stadtlebewesens, dessen Grund-

fläche etwa so groß wie ganz Rheinhessen ist (eine Karte veranschaulicht das sehr schön). Dieses Aufblühen der Stadt vollzog sich unter den härtesten Bedingungen. Sind doch allein für die Wasserzufuhr gewaltige Leistungen von 350 km und 300 km nötig geworden. Der Aufsatz ist ein erster Hinweis auf ein in Bälde folgendes Buch des Verfassers über Los Angeles, das wir mit Spannung erwarten.

Sterbende Südsee

Dr. H. A. Bernatzik, Wien, veröffentlicht in der **ZEITSCHRIFT FÜR RASENKUNDE UND IHRE NACHBARGEBIETE** eine Untersuchung über die „Ursache des Aussterbens der Melanesier auf den britischen Salomonsinseln“. Unter dem Anhauch der Zivilisation ist die Bevölkerung dieses kleinen Raumes in wenigen Jahrzehnten auf einen Bruchteil der früheren Stärke zusammengeschrumpft. B. geht den Gründen deshalb nach, weil dieses Sterben auf den Salomonsinseln ein Teilabschnitt des großen Sterbens in der Südsee überhaupt ist. Da in die hierdurch leerwerdenden Räume Chinesen, Japaner, Malaien, Inder usw. nachströmen, ergibt sich ein Strukturwandel in der Bevölkerung, der deshalb geopolitisch so beachtlich ist, weil er sich — geschichtlich gesehen — mit gewaltiger Dynamik vollzieht.

Universalgeschichte und Geopolitik

DIE WELT ALS GESCHICHTE, Zeitschrift für universalgeschichtliche Forschung. 1. Jahrgang 1935, Heft 1 und 2, Verlag Kohlhammer, Stuttgart.

Das Ziel der neuen Zeitschrift ergibt sich klar aus dem Titel. Universalgeschichte wird von der Geopolitik immer bejaht werden. Nichts ist ja schädlicher als die Enge des Blickfeldes, gegen die gerade die Geopolitik immer gekämpft hat. Wir erwähnen aus den ersten beiden Heften: Hans Weinert: Anthropologie und Geschichtsforschung, Oswald Spengler: Zur Weltgeschichte des zweiten vorchristlichen Jahrtausends, Alexander Schenk Graf von Stauffenberg: Die Germanen im römischen Reich, Franz Altheim: Karthago und Rom. Aus der Spenglerschen Arbeit eine Kostprobe: „Philologie, Archäologie, Prähistorie, Ethnographie, Psychologie sind Vorwissenchaften der Geschichtschreibung. Man muß sie kennen, alle zusammen, aber niemand bilde sich ein, in einer von ihnen das Wesen menschlichen Geschehens anzurühren. Ihr Wissen ist der Stoff und das Mittel des letzten Sehens, nicht dieses selbst. Die große

Geschichtschreibung aber ist überhaupt keine ‚Wissenschaft‘ — sowenig als echte Philosophie Wissenschaft ist, sondern eine Kunst, schöpferische Dichtung, Verschmelzung des Schauenden mit der Seele der Welt.“ Die Grundforderung kommender Wissenschaft wird damit aufgestellt. Aber im gleichen Atemzug gegen sie verstoßen: die Kräfte, aus denen Geschichte überhaupt erst erwächst, ohne die sie Träumen, aber nicht Dichtung ist, übersieht Spengler völlig — Volkskörper und Volksraum. Zur Genialität fehlt ihm bei aller Größe die lebendige Fühlung zu Blut und Boden. Daher so völlig verfehlte Feststellungen wie diese: „Die Weltgeschichte ist von beweglichen Stämmen, nicht vom seßhaften Bauerntum, sondern gegen dieses gemacht worden. Die freie Ebene und das freie Meer haben die Schöpfer der Völker und Staaten und die großen

Täter hervorgebracht. Das Bauerntum erleidet Geschichte, die darüber hinweggeht, der Reiter und der Seefahrer machen sie und verzehren sich an ihr. Die Tragödie der menschlichen Geschichte wird von den Geschöpfen des freien Raumes gespielt, die sich der Sklaverei der fruchtbaren Erde entzogen haben. Die politische Karte zeigt das Ergebnis. Der seelenhafte Drang nach Unabhängigkeit durch Überwindung ist in das rein menschliche Bewußtsein getreten und hat zum Gedanken des politischen Handelns geführt.“

Eine Stelle, die wir unseren Lesern zu sorgsamem Nachdenken empfehlen; die ganze Problematik eines richtig sehenden, aber aus der Wurzellosigkeit seines Denkens falsch wertenden Deutschen wird hieraus ebenso offenbar, wie die ihr gegenüberstehende festgegründete Weltanschauung der Geopolitik.

KARL HAUSHOFER:

Pflicht und Anspruch der Geopolitik als Wissenschaft

(Erstmals gesprochen im Reichssender München am 4.6.35)
Sendung an die junge Generation

Geopolitik ist die unterste Tragschicht am Bau der politischen Wissenschaft: erdnah und bodenverbunden wie keine andere, die dem Wissen vom Staate dient. Ihre Ecksteine und Grundmauern ruhen unmittelbar auf dem Baugrund, den die politische Erdkunde in seiner Wesensart kennen lehrt, ohne dessen Erkenntnis die Staatsgedanken auf Papier stehen, statt auf dem gewachsenen Boden, oder Luftschlösser bleiben müssen, die keinem Sturm standhalten.

In dem gewaltigen Bogen, der sich über den beiden Pfeilern zusammenwölbt, die jene untrennbare Inschrift Blut und Boden als Widerlager tragen, ist es die Pflicht der Geopolitik, das Recht des Bodens im weitesten Sinn, nicht nur des Reichs- oder Staatsbodens, sondern auch des viel weiter gespannten Volks- und Kulturbodens, zu wahren. Das bedeutet eine ungeheure Belastung für diese Grundlage. Damit sie ihr genügen kann, erhebt die Geopolitik einen scheinbar selbstverständlichen Anspruch, der in wenige Worte gefaßt werden kann, aber Weltenweites einschließt: daß jeder einzelne Volksgenosse, jede Gruppe, jeder Volkskörper sein Weltbild in Ordnung halte — mindestens so weit, daß er gegenüber jedem Stürmen des Bluts das Recht des Bodens, der Erde beachtet, aber auch lernt, das Recht des vorwärts zu immer größerer Atem- und Raumweite drängenden Bluts über die Hemmungen und Hindernisse erdhafter, bodenwüchsiger Herkunft hinweg zu führen.

Um ein solches Weltbild zu vermitteln, aus dessen Besitz heraus vor allem der

werdende politische Mensch dieser Forderung genügen kann, muß die Geopolitik allerdings eine weitere Pflicht erfüllen, den ganzen Wissensbestand der Erdkunde, der Geschichte unter raumpolitischen Gesichtspunkten, der Staats- und Gesellschaftswissenschaften so griffbereit und handgerecht zu legen, daß den Werkleuten am politischen Wissensbau alle unnötigen Umwege erspart bleiben bis an das Sprungbrett vom Wissen zum Können, von der erlernbaren Wissenschaft zur Kunst des politischen Handelns, in die nur ein Sprung, ein Wagen führt, aber sicher besser vom Wissen als vom Nichtwissen aus.

Pflicht der Wissenschaft ist es also, dem, der sich zur Fähigkeit politischen Handelns erziehen will, zu sagen, wie er am einfachsten, mit den geringsten Umwegen und — ehrlich herausgesagt — mit dem kleinstmöglichen Arbeitsaufwand bei größter Nutzleistung in den Besitz ausreichenden Wissens kommen kann, um den Sprung vom politischen Wissen zum Können mit genügender Aussicht auf Erfolg zu wagen.

Aber der Anspruch der Wissenschaft fordert dabei, daß dieses Mindestmaß eigenständig und sturmfrei erworben werde; denn es geht ja nicht, wie bei andern Künsten, um persönlichen Erfolg oder Mißerfolg, wenn auch bei ihnen immer der kulturpolitische Erfolg oder Mißerfolg des Volksganzen mit auf dem Spiel steht, sondern es geht um die Daseinsfragen des ganzen Volks und seiner im Raum verkörperten Lebensform. Eine schwere Verantwortung liegt damit von den Anfängen geopolitischer Selbsterziehung her — mit jedem Schritt zur Möglichkeit des politischen Handelns, der Kunstübung sich steigernd — auf dem politischen Studenten, der heute nicht mehr ein akademisch auserwählter sein muß, sondern jedermann, der Verantwortung für seinen Staat und dessen Führerwerk und körperliches wie geistiges Wehrrecht und Wehrehre besitzt.

Wer eine politische und eine physische Erdkarte nebeneinanderhält und die Gestaltungsmöglichkeit der Lebensformen auf der Erdoberfläche danach prüft, der könnte vor der Größe der Aufgabe erschrecken, die für die Grundlage seiner Selbsterziehung auf den werdenden politischen Menschen wartet. Nimmt er aber geopolitische Großgruppierungen vor, so verdeutlicht und vereinfacht sich die Aufgabe; sie gewinnt Gesicht, wie jeder Gegner, dem man mutig ins Auge sieht. Dann handelt es sich schließlich nur darum, einige siebzig Staaten mit ihren Völkern und Räumen, ihrer Verkörperung in Kultur, Macht und Wirtschaft und ihrer Volksseele etwa so kennenzulernen, wie gewiß jeder in seinem Leben einige siebzig Persönlichkeiten kennt, vielleicht in der Art, wie Schiller seinen Wallenstein sagen läßt: „Hab' ich des Menschen Kern erst untersucht, so weiß ich auch sein Wollen und sein Handeln.“ Für diesen Kern aber gibt uns zum Glück die Wissenschaft freigebig ihren ganzen, reichen Stoff an Erfahrung an die Hand, wenn wir ihn nur beanspruchen und uns zu eigen machen wollen.

In Erfüllung dieser Pflicht zeigt uns die Wissenschaft vor allem zwei Unterscheidungen, nach denen wir Großgruppierungen vornehmen können.

Festlandbestimmte, kontinentale, und meerbestimmte, ozeanische Völker und Staaten folgen verschiedenem Los, müssen grundverschiedene Lebensbedingungen für sich gelten lassen. Friedrich Ratzel, einer der größten politisch-wissenschaftlichen Denker des deutschen Volks, der als junger Kriegsfreiwilliger 1870 mitmachte und in einer kritischen Weltenstunde Deutschlands 1904 als rüstiger Sechziger starb, hat einmal den Schritt vom Festland über die Küste hinweg auf das Meer und zur Gegenküste das Größte genannt, das sich überhaupt über eine Gruppe von Menschen aussagen lasse. Er meinte damit, daß dieser Schritt, ob er gewagt wird, wie er gewagt wird, mehr als alle andern Entscheidungen im weltpolitischen Geschehen schicksalbestimmend sei.

Es wäre einfach, darüber Aussagen zu machen, wenn es nur Inselstaaten und Inselreiche auf der einen Seite, wie etwa im Altertum die Griecheninseln, im Mittelalter Venedig, in neuer Zeit Großbritannien und Japan, gäbe, und reine Festlandmächte, wie Alt-Iran oder Rußland, auf der andern Seite. Die geopolitische Schwierigkeit also liegt bei den Zwischenstufen, zu denen unser eigenes Volk und Reich gehört. Hier setzt der Anspruch der Wissenschaft ein, nachdem sie ihre Arbeit und Pflicht zur Bereitlegung eines überreichen Versuchsstoffes getan hat. Der Anspruch gipfelt in der Forderung, daß jeder sich selbst darauf prüft, ob er im eigenen weltpolitischen Anschauen, Empfinden, Fühlen, Hoffen mehr unter dem Bann binnen- und festländischer Gebundenheit oder überseeischen Sehnsens steht, und daß er dann gerade durch Selbsterziehung in der andern Richtung das nötige Gleichgewicht der Anschauung herstellt, ohne das es keine wissenschaftliche Politik gibt, so wenig wie sichere Kunstleistungen, trotz aller Ahnungs- und Vorstellungsgabe. Im Ausgleich dieser Gegensätze müssen sich Pflicht und Anspruch politischer Wissenschaft am meisten finden lernen.

Ein anderes Gebiet, auf dem Pflicht und Anspruch der Wissenschaft ausgeglichen werden müssen, wenn nicht der Staat als Ganzes den Schaden zu tragen haben soll, ist der weite Grenzsaum, die Kampfzone zwischen eng- und kleinräumiger und groß- und weiträumiger politischer Weltanschauung.

Beide haben ihre Vorzüge, wenn uns auch mahnend aus dem Grabe die Worte Ratzels widerklingen, daß bei einem Zusammenstoß zwischen eng- und weiträumiger Staatsgesinnung zuletzt und auf die Dauer immer die großräumige den Sieg davontragen werde. Darin liegt für uns Deutsche mit unserer Raumverstümmelung ein beständiger Sporn, die groß- und weiträumige Staatsauffassung trotzdem nicht aus der Seele zu verlieren.

Aber wie das uralte Gegenspiel zwischen Ackerbauern und Nomaden, zwischen sesshaften, bodenständigen und landschweifenden, ausgreifenden Menschen unentbehrlich zur Erschließung der Erde war, so würde auch heute noch ein Staat nur aus Wurzellosen, ohne Bodenverhaftung unstet, wie die Menschen, die ihn vorübergehend zusammenballen; ein Staat aber, der sich nur aus bodenhaftenden,

ackergebundenen Menschen zusammensetzen wollte, würde erstarren und schließlich irgendeinem kecken, um sich greifenden, expansiven Angriff erliegen — trotz aller Aussicht, sich schließlich aus der treuen Erde wiedererneuern zu können, wenn er nur sie nicht unter den Füßen verliert und keine fremde Einwandererschicht zwischen sich und den Boden hineinläßt.

Zwischen der Pflicht des bodentreuen Festhaltens bis zum lebensfeindlichen Erstarren und dem Anspruch auf rastlose Erneuerung des nur im ständigen Kampf um das Dasein sich bewährenden Lebens als äußersten Grenzfällen gibt es viele Übergangszustände, die in ihrer reichen Lebensfülle die Staatsbiologie kennen lehrt, die oft genug Erfahrungen aus den Lebensformen ihrer einzelnen Staatsträger auf die Staaten als Lebensformen anwenden kann. Zuletzt entschleiert sich uns eine Großgruppierung nach Mächten der Erneuerung und Mächten des Beharrens, wie sie in der „Weltpolitik von heute“ versucht worden ist. Die Mächte der Erneuerung stehen auf dem Recht, das mit uns geboren ist, dem kommenden Gesetz: einem Anspruch!

Die Mächte des Beharrens, die Vertreter des verteilten Besitzes auf Erden stehen auf der Erbenpflicht des Erhaltens; da, wo sie lebensfeindlich auftritt — aus dem einmal niedergelegten Recht der Vergangenheit das künftige Lebensrecht bekämpfend —, da schafft sie die echte weltpolitische Tragik jener Übergangszeiten und Übergangszustände, in denen beide kämpfenden Teile recht zu haben glauben, auch wenn sie kommendes Leben zerstören oder noch daseinsberechtigtes vor seinem natürlichen Ablauf umpflügen. In solchen Kämpfen mißt sich nicht nur die physische oder militärische Stärke von Staaten und Staatenverbänden, sondern alles, was sie an geistiger, an kulturpolitischer und wirtschaftlicher Kraft für ihre Überzeugungen zu entfalten vermögen; schroff stehen sich Pflichtglaube und Lebensanspruch gegenüber und werden mit allem Rüstzeug der Wissenschaft verfochten.

In solchen Lagen tritt die höchste Ausgleichsfähigkeit als lebensnötige Eigenschaft an den einzelnen, die Gruppe, den Staat und sein Volk und die ganze Menschheit heran. Trotz allem Wortgepränge, deren buntes Spiel namentlich seit der Fehlgründung des Völkerbundes, aber auch schon lange vorher blühend entfaltet war, würde es Lüge sein, den Menschen und Völkern die Vorstellung zu vermitteln, als ob es schon irgendwie sichere, allgemein führende Maßstäbe zwischen Pflicht und Anspruch für den einzelnen wie die Masse gäbe. Im Grunde ist die Menschheit, trotz aller Moralphilosophie, trotz allen Dichtern und Denkern, über das Britenwort: „Right or wrong, my country“ — Recht oder Unrecht: ich stehe für mein Land! — nicht hinausgekommen. Selbst unter den Gründern großer Weltreligionen haben nur ganz wenige einzelne Pflicht und Anspruch ihrer Lehrmeinungen durch Verzicht im größten Stile zum Schaden der eigenen Daseinsform verwirklicht; ihre Gefolgschaft hat meist schnell gelernt, die Pflicht des Suchens und Leidens um des Ganzen willen in den Anspruch der Raumforderung und Verkörperung zu

verwandeln. Die Verfolgung dieses Zuges durch die Weltgeschichte gehört zu den bedeutsamsten Aufgaben wissenschaftlicher Politik und entschleiert mehr als vieles andere die verschlungenen Wege praktischer Politik.

Pflicht und Anspruch der geopolitischen Wissenschaft ist es in solchen Fällen, dem harmlos vertrauenden Großteil des Volks aus der Verteilung des Lebensraums auf Erden, aus dem tatsächlich geltenden Raumrecht zu zeigen, wie unvollkommen die Schutzmittel des sogenannten Völkerrechts, des Völkerbundes, in einer Zeit der lokalen, regionalen und universalen Pakte sind.

Greifen wir einen dieser Pakte heraus, bei dem gewiß nicht von irgendeinem Anteil Deutschlands aus Abneigung oder Eifer zu seinem Inhalt die Rede sein kann, etwa die Stimson-Doktrin des amerikanischen Staatssekretärs von 1931, schnell auch angenommen vom Völkerbund als eine neue Grundfeste.

Sein Leitsatz war, daß die amerikanische Regierung nicht beabsichtige, irgendeine Lage, einen Vertrag oder ein Übereinkommen anzuerkennen, das durch Mittel entgegen den Übereinkommen und Verpflichtungen des Pakts von Paris (Kellogg-Pakt) zustande kommen würde.

Eine ähnliche Erklärung sandten am 3. August 1932 neunzehn amerikanische Staaten an Bolivien und Paraguay. Soweit der Anspruch! Aber die Pflicht gebietet, zu sagen, daß seit dem 18. September 1931 die Mandschurei in der Machtzone Japans geblieben ist und der Krieg im Chaco heute noch ausklingt.

Mehr noch: in die gleiche Kerbe schlugen am 10. Oktober 1933 Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Paraguay und Uruguay. Der Krieg ging weiter! Mehr noch: Italien trat feierlich am 14. März 1934 dem Abkommen der sechs Staaten bei, und ihm folgten am 27. April 1934 Bolivien, Columbia, Costa Rica, Cuba, Ecuador, El Salvador — das mittlerweile die Mandschurei anerkannt hat —, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Venezuela und die Vereinigten Staaten: zwanzig an der Zahl! Der Krieg geht heute noch weiter; und was Italien in Afrika tut, ist auch ohne die schamhafte Genfer Vertagung bis nach der Regenzeit klar. Dieser Schutzvertrag, der Kellogg-Pakt, wird aber als einer der mächtigsten gepriesen und liegt auf der Linie einer feierlichen Sowjet-Türken-Erklärung, daß sie keinen Gewaltvertrag anerkennen würden, und einer ähnlichen der USA. (Philippinen!).

Ein solches Beispiel verrät, wie Pflicht und Anspruch der Grundlage politischer Wissenschaft zusammenklagen müssen in der strengen Forderung, die Wahrheit des Weltbildes zu vermitteln und alle Vernebelungsversuche davon abzustreifen. Diese Forderung schließt eigentlich alles andere in sich. Am Eingang jeder eigenen Tätigkeit auf diesem Felde nach vollzogener Selbsterziehung steht dann die uralte ärztliche Lehre: „Zunächst einmal nicht schaden!“ Gerade gegen sie verstößt der Tatenrang der Jugend mit besonderer Vorliebe, auch aus dem fröhlichen Glauben, weil er die Verhältnisse an einer Stelle, etwa des so höchst mannigfaltigen Grenzbereichs des deutschen Volksbodens, kennt, müsse die an einer Stelle erworbene Erfahrung

für alle gelten. Das träfe aber nur dann zu, wenn wir ringsum dieselbe grenzsetzende Kraft zu begreifen hätten, wie England und Japan mit dem Silbergürtel der See, oder Italien mit Meer und Alpen, Spanien mit Meer und Pyrenäen.

Tatsächlich aber ist es diesem Anspruch jugendlicher Grenzfahrer gegenüber die Pflicht der Wissenschaft, zu bekennen: wie man ehemals einmal im Spott Friedrich den Großen einen König der Grenzen („Roi des frontières“) nannte, so kann man heute den Gesamtbereich der deutschen Kultur-, Volks- und Staatsgrenzen geradezu als Übungsfeld sämtlicher Arten von Grenzstudien bezeichnen, in dem, mit Ausnahme der Wüste und der tropischen Waldgürtel, so ziemlich alles vorkommt, was es an grenzsetzenden Kräften auf Erden gibt. Freilich liegt darin und in der ganzen Mannigfaltigkeit des deutschen Volks-, Rassen- und Binnenaufbaus erst recht auch die Forderung nach einer außergewöhnlichen Leistung an politisch-wissenschaftlichem Verständnis begründet.

Daß der gewöhnliche Durchschnitt nicht genügt, davon kann uns unsere an jähem Zusammenbrüchen, gerade nach Zeiträumen märchenhaften Aufstiegs, so reiche Geschichte überzeugen. Deutsche Geschichte erkennen, heißt zwangsläufig die politische Bildungsforderung als Pflicht und Anspruch auf das höchste menschliche Maß übersteigern, wenn wir fortleben wollen in einem vielleicht für kein Großvolk der Erde so schwer gestalteten Kampf ums Dasein.

In der Forderung, die Bedingungen dieses Daseins, und zwar schon vom Antlitz der Erde und seinen Dauerzügen, vom Boden her, mit überwachen Sinnen hellhörig und scharfäugig zu erkennen, besser als die scharfsinnigsten unserer Gegner, gipfeln in Wahrheit Pflicht und Anspruch der Wissenschaft vom Dasein unseres Volkes und seinem Fortleben schlechthin. Steckt auch nur ein Funke Wahrheit in dem uralten Weisheitswort: Zuerst leben, dann Weisheit suchen, so ist die Grundlage politischer Wissenschaft, die Geopolitik, die notwendigste aller Wissenschaften, ob es nun ihre Erzeuger und Zubringer unter den Wissenschaften Wort haben wollen oder nicht. Denn alles Schaffen des einzelnen wurzelt zuletzt im Volksboden; ist er gesund, so reckt sich die Einzelleistung zu ihrer höchsten Wachsmöglichkeit, zuletzt in die Höhen ewiger Menschheitswerte empor; ist er krank, so wird keine Begabung, kein Einzelgängertum sich frei erheben können.

In solchem Sinne wird als Pflicht und Anspruch der Wissenschaft das starke und gute Wort von Felix Dahn stehenbleiben müssen und nicht verlöscht werden dürfen, wenn nicht Grundwerte ins Wanken kommen sollen, das beiden genügt mit dem schlichten Satz:

„Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk!“

HUBERT STADLER:

Geopolitik in der Volksschule

Notwendigkeit und Möglichkeit ihrer Gestaltung in der Volksschule

Geopolitik in der Volksschule — noch immer sind die Meinungen über diese Frage geteilt, schwanken und tasten in diesem Neuland unterrichtlicher Volksschulpraxis, wiewohl schon Literatur über diese Frage einigermaßen Klärung zu verbreiten suchte.

Aber ist die Frage nicht schon überholt durch die Denkschrift „Geopolitik als nationale Staatswissenschaft“, wodurch diese legalen Eingang in die Schule fand, durch die Zelle „Geopolitik im Unterricht“ der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik (A. f. G.), durch die schon erwähnte bestehende Literatur wie beispielsweise Kniepers „Geopolitik für die Unterrichtspraxis“, Thiesens „Geopolitik in der Volksschule“ u. a. neben sonstigen Abhandlungen in pädagogischen Schriften? Daß dennoch nicht selten die Meinungen über Notwendigkeit und vor allem Möglichkeit geopolitischer Gestaltung im Volksschulunterricht auch jetzt noch verschiedene Wege gehen, entspringt einmal dem Trägheitsprinzip, nach dem die Art und Weise bisherigen Erdkundeunterrichtes immer noch ihren Bann auf die Lehrenden ausübt, wobei oft seine gute Seite durch langjährige Erfahrung allzusehr beachtet wird, sodann auch einem gewissen Übereifer anderer nicht einwandfrei orientierter Praktiker, die die Notwendigkeit der Grundlagen für erfolgreichen geopolitischen Unterricht dabei übersehen oder sie doch wenigstens nicht genügend breit nehmen, schließlich der Tatsache, daß auch jetzt noch Anfragen über Möglichkeit geopolitischen Unterrichtes in der Volksschule an höchste Autoritäten der geographischen und geopolitischen Wissenschaft gestellt und diese um ihre Stellungnahme gebeten werden.

Vielleicht vermögen die folgenden Gedanken einen bescheidenen Beitrag zur weiteren Sichtung der Frage, besonders der Möglichkeit, zu geben. Zu ihrer Beurteilung ist eine Reihe von Gesichtspunkten maßgebend, wovon ein hervorstechender der Gegenstandscharakter der Disziplin ist.

Geopolitik — die Lehre von der politischen Lebensform im natürlichen Lebensraum in ihrer Erdgebundenheit und in ihrer Bedingtheit durch geschichtliche Bewegung — öffnet Führenden wie Geführten jenes Stück der Politik, das „berechenbar, wissenschaftlicher Erkenntnis zu einer gewissen Vorausbestimmung zugänglich ist“ (Haushofer, „Grundlagen, Wesen und Ziele der Geopolitik“ in „Bausteine zur Geopolitik“). Sie bildet Erfahrungsgut für den Absprung in politisches Handeln, ist für die Führer des Staatsschiffes im Ozean der Möglichkeiten politischen Handelns ein Kompaß, bereitet aber außerdem, und das ist für unsere vorliegende Frage mit entscheidend, den Weg für die Masse der Geführten, des Volkes, auf dem es weitgehend und mit Verständnis seinem Führer und den ihm zur Seite

stehenden Helfern zu folgen vermag. Und damit sind wir schon mitten in einem neuen sich hieraus ergebenden wesentlichen Gedanken: der Erfordernis geopolitischer Schulung, und zwar möglichst aller Volksgenossen:

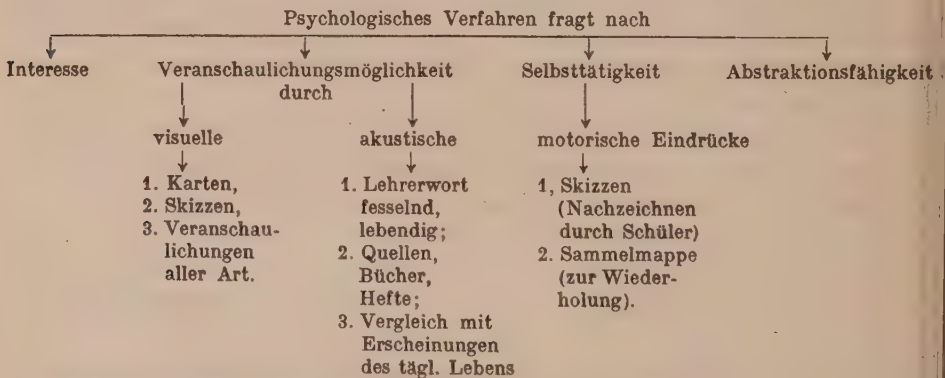
„Einen festen Stand gegenüber den schwankenden Meinungen, dem wirbelnden Nachrichtenspiel des Tages kann sie dem Anfänger bieten, als Land- und Wegmarke zur weltpolitischen Selbsterziehung, die heute mehr als je Pflicht des Volksgenossen ist. Denken in großen Räumen, Schauen auf lange Zeitfristen voraus: Das kann sich der einzelne aneignen. Damit kann er seine Lebensarbeit sinnvoll einfügen in die ewige Lebensarbeit seines Volkes im Dienste der Menschheit, und ihr Unsterblichkeitswert verleihen . . .“ (Haushofer, Vorwort zu „Weltpolitik von heute“).

Diesen höchsten nationalen Bildungswert, der damit angezeigt ist, konnte das bisher vermittelte und erdkundliche Wissen nicht in dem hohen Grade geben und das Kind in solcher Weise zum verantwortungsbewußten, sein Vaterland über alles liebenden Volksgenossen erziehen. Für ihn hat deshalb Geopolitik auch weit höheren praktischen Wert als bloße Landschafts- und Kulturgeographie, als er den notwendigen Maßnahmen der verantwortlich Führenden durch geweckte Einsicht williger folgt.

Geopolitischer Unterricht erzieht zu logischem Denken, zu Sachlichkeit, fördert die Phantasie.

Diese Notwendigkeit seiner Gestaltung auch in der Volksschule läßt nach der Möglichkeit fragen. Sie ergibt sich aus der Betrachtung dreier Faktoren: Volksschulkind — geopolitischer Stoff — und die zwischen beiden stehende Lehrerpersönlichkeit.

Sie bestimmen Möglichkeit wie Methodik der unterrichtlichen Gestaltung. Die Tabelle stellt die vom Kinde aus beachtlichen Grundsätze zusammen.



Das Interesse hängt ab von der Kunst des Lehrers, dem Schüler eine Unterrichtseinheit nahezubringen, ist aber sicherlich für geopolitisches Wissen von vornherein im Kinde vorhanden, da die Geopolitik innerste Lebensfragen unseres Volkes zum Gegenstand hat, der Schüler auf Schritt und Tritt, daheim in der Familie, in den nationalen Jugendverbänden wie H.J. und B.d.M. auf Fragen, die unser Volksleben berühren, stößt und an irgendwelchen Erörterungen teilnimmt.

Als Hilfsmittel der Anschauung dient die Karte; die Schwierigkeiten, aus dem zweidimensionalen Kartenbild das dreidimensionale Raumbild herauszulesen, die Symbolik der Karte zu deuten, müssen durch Übungen auf der Stufe der Heimatkunde schon, soweit als möglich gemindert werden. Der Schritt vom analytischen zum synthetischen Kartenmaterial ist möglich, dazu kommt, daß Andeutungsmittel wie Pfeile und Farben u. a. stark anschaulich wirken¹⁾. Die Eigentätigkeit durch das Nachzeichnen vorentworfener Skizzen trägt viel zum Verständnis und zur Wissensverankerung bei. Die Fähigkeit zur Abstraktion, zur Einsicht und Herauslösung von Gesetzen setzt Grenzen hinsichtlich des Alters sowie der Größe der unterrichtlichen Probleme. Freilich vermag auch hier das Lehrgeschick die Grenzen zu weiten. Es dürfte jedenfalls möglich sein, vom 6. Schülerjahrgang an auf Entwicklung des Verständnisses für einfachste geopolitische Wahrheiten hinzuwirken.

Aber auch der geopolitische Stoff selbst, nicht bloß seine psychologische Überbrückung, muß in Ausmaß und Eigenart zur Entscheidung der gestellten Frage herangezogen werden. Hinsichtlich des Ausmaßes ist in Berücksichtigung der in der Volksschule zur Verfügung stehenden Zeit der deutsche Raum in den Mittelpunkt geopolitischer Betrachtung zu stellen und notwendigerweise die außerdeutscher Räume kursorischer zu gestalten, wenn auch freilich nicht von der unterrichtlichen Gestaltung auszuschließen. Doch wird man, weil ja die Geopolitik selbst solches Wissen voraussetzt und benötigt, meiner Ansicht, niemals auf maßvolles Wissen um naturhafte und kulturhafte Ausstattung der Räume, vor allem des deutschen, verzichten können; der geopolitischen Betrachtung wird also Landschafts- und Kulturbild vorangehen müssen. In welcher Weise der Lehrgang weiterhin aufgebaut wird, kann nicht Zweck dieser Arbeit sein. Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch auf eine besondere Seite der stofflichen Frage hinweisen.

In unseren bayerischen Schulen ist beispielsweise in der derzeit noch bestehenden Lehrordnung im 5. Schülerjahrgang Süddeutschland, im 6. Deutschland und im 7. die ganze übrige Welt, abgesehen von Behandlungen aus dem Gebiet der Erd- und Himmelskunde, die jedes Jahr mehrere Wochen — gering gerechnet — beanspruchen, dem Schüler vorzuführen bei etwa durchschnittlich zwei Wochenstunden in der ausgebauten Schule. In der wenig gegliederten ländlichen gestalten sich die Verhältnisse noch weniger günstig. Hier sollte zugunsten geopolitischer Probleme durch Umgestaltung der Stoffverteilung, etwa durch Ausdehnung geopolitischen Unterrichts auf das achte Schuljahr innerhalb des Faches „Kulturrkunde“, bzw. auf das 1. Jahr der Landfortbildungsschule, der Geographie und Geopolitik mehr Raum gegeben werden.

Im übrigen wird sich, wie dies ja bis jetzt auch schon mit erdkundlichen Stoffen geschah, durch Gestaltung der Geopolitik als Unterrichtsprinzip

1) Besonders anschauliche Kraft kommt, auch für die Volksschule, der suggestiven Karte im Geopolitikunterricht zu.

Zeit gewinnen lassen. Mit Geschichte zusammen, als echte „Vaterlandskunde“ gedacht, ist sie so verknüpft, daß dem Lehrer Freiheit in etwa notwendig werden den augenblicklichen Verschiebungen zwischen beiden Fächern gestattet werden kann. Die Geschichte bietet bedeutsame geopolitische Probleme genug, das zukünftige Lesebuch wird Stücke geopolitischen Inhalts bieten müssen, der Unterrichtsfilm, der ohnedies nach teilweisen bisherigen Erfahrungen tastend nach geeigneten Stoffen sucht und nicht immer Ansprüchen der Schule zu genügen vermochte, findet hier große Möglichkeiten, das Wissen der Kinder um ihr Vaterland zu mehren, so beispielsweise dynamische Vorgänge der Volksdichte und ihre Auswirkungen zu veranschaulichen.

So wäre dem Rufe Lautensachs wenigstens in etwas nachgekommen, den ich hier nochmals anführen möchte: „... das Plätzchen, das der Geographie heute auf den Schulen gegönnt wird, meist nur eine Wochenstunde, ist viel zu klein . . . und so ist unser Ruf: Geopolitische Bildung ins deutsche Volk gleichbedeutend mit der Forderung: Mehr Geographie in die deutsche Schule!“ („Bausteine“, S. 306). Zwischen Schüler und geopolitischem Stoff steht als Brücke die Lehrerpersönlichkeit.

Wie „an der Persönlichkeit, die stets einen entscheidenden Einfluß auf Politik, Wirtschaft und Kultur ausüben wird, die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Untersuchung oder Deutung endet“ (Haushofer) und auch auf den anderen Gebieten die Persönlichkeit oft letzte Instanz ist, so ist die beste unterrichtliche Theorie nichts ohne die geeignete Lehrerpersönlichkeit. So trägt auch in der Schulstube die Lehrerarbeit stark persönliches Gepräge, ist in bezug auf das Ringen nach der dem Kinde gemäßesten, sachlichsten und ergiebigsten Form eine künstlerische und kann sehr wohl in ihm den Sinn, das Interesse, ja das Verlangen nach geopolitischen Tatsachen freilegen und vermehren. Und auch der weniger reich mit Unterrichtskunst gesegnete Lehrer kann bei dem großen Interesse, das unsere Jugend heute Problemen unseres Volks- und Staatslebens entgegenbringt, bei einiger Liebe zum Stoff und zur Jugend — zur deutschen Jugend — über das Kind ins Elternhaus hinein, in dem ja oft im Kreise der Familie unser Volksleben berührende Fragen aufgeworfen werden, ungemein fruchtbringend wirken.

Umgekehrt kommen dann Antriebe zur Behandlung geopolitischer Probleme im Unterricht vom Schüler her in der jedem Lehrer unzählige Male begegneten Form: „Herr Lehrer, gestern ist in der Zeitung gestanden . . .“ oder „... hat mein Vater aus der Zeitung vorgelesen, daß . . .“ usw., und gerade diese vom Schüler selbst ausgehenden Antriebe sind äußerst wertvoll und aufzufangen.

Und welcher deutsche Lehrer würde nicht gerne, ohne Rücksicht auf die segensreiche Verwertung im Unterricht aus sich heraus sich ohne weiteres mit geopolitischen Fragen beschäftigen, um langsam mit eigenen Augen sehen, selbst eine gewaltige Veränderung im Volks- und Völkerleben tiefer verstehen zu können.

So muß man also bei der Beurteilung der Möglichkeit, auch dem Volksschulkinde geopolitisches Wissen zu vermitteln, die Kraft, die vom Lehrer hiefür ausgeht, wohl in Rechnung stellen.

Da der Volksschüler mit dem Ende der Volksschulzeit ja nicht aus der Schule entlassen ist, sondern sein Schulweg sich irgendwie fortsetzt, sei es in die Fach- oder Berufsfortbildungsschule, in die allgemeine Fortbildungsschule, in die Aufbauschule oder schließlich in die Volkshochschule, so ergibt sich hieraus die Möglichkeit, das angebahnte Wissen um geopolitische Tatsachen weiter zu pflegen und auszubilden, aber auch natürlich die Pflicht all jener Schulen, solches in noch größerem Maße zu bilden, als die Volksschule es vermag. Gerade in diesem Zusammenhang möchte ich noch auf den Stoffplan der ländlichen Volksfortbildungsschule hinweisen, der die drei Jahre hindurch im Fach „Heimatlebenskunde“ dem Lehrer Unterricht in Landwirtschaft, wie beispielsweise im heimischen Futterbau und der heimischen Viehzucht auferlegt, dem der meist von der Stadt her Kommende um so fremder gegenübersteht, als er niemals solchen Unterricht vorher selbst genoß. Ich konnte, von dieser Tatsache abgesehen, feststellen, daß die mit diesen Dingen ohnedies vom Elternhaus her vertraute Landjugend viel mehr aufhorchte, wenn sich Gelegenheiten fanden, um ihnen geschichtliche oder erdkundliche Werte nahezubringen, die ihren geistigen Schatz vermehrten. Hier kann geopolitischem Unterricht breiter Raum um so mehr gegeben werden, als dem Lehrer sich durch das reifere Alter der Schuljugend mehr stoffliche Möglichkeiten zur Behandlung bieten.

Daß Tausende von Lehrern eine solche Änderung begrüßen, ist gewiß.

Zusammenfassend ergibt sich also:

Geopolitischer Unterricht in der Volksschule ist möglich aus psychologischen und notwendig aus nationalen Erwägungen. Er trägt hohe Bildungswerte in sich. Er kann als Fach innerhalb des Erdkundeunterrichtes, besonders des Kulturkundeunterrichtes, als Prinzip sich vor allem durch Geschichte und Deutsch erstrecken. Mit Geschichte zusammen bildet er wirkliche Vaterlandskunde. Er wird das Gebäude erdkundlichen Unterrichtes sein, das aber durch notwendige allgemeine geographische Kenntnisse, vor allem im vaterländischen Raum, auf sichere Grundlage gebaut werden muß. In stofflicher Hinsicht wäre in den Mittelpunkt geopolitischer Betrachtung der deutsche Lebensraum zu stellen und die außerdeutschen Räume kursorischer zu gestalten. Die mit Liebe zum Stoff und zum Kinde erfüllte Lehrerpersönlichkeit kann hier in weitgehendem Maße auftretende Schwierigkeiten hinsichtlich des Verständnisses überwinden. Sie wird stets aus den von der geopolitischen Wissenschaft gereichten Wahrheiten und Erkenntnissen schöpfen müssen. Die Volksschule kann das Streben des einzelnen nach geopolitischen Kenntnissen nur anbahnen; Aufgabe der Fortbildungsschulen wird es sein, es weiter auszustatten zur Freude und zum Segen jedes einzelnen wie der deutschen Gesamtheit.

KARL HAUSHOFER:

„Weiter Raum wirkt lebenerhaltend“ — . . .

Ein Volk, dem sein Lebensraum von weltenweiten Betätigungsfeldern in vier Erdteilen und auf allen Weltmeeren, von der Möglichkeit, über Luftstützpunkte weltüber zu verfügen, herabgedrückt ist auf ein verstümmeltes Reich in Mitteleuropa, in zwei Teile aufgespalten, auf einen ohnmächtigen Kleinstaat und zwei bevormundete Gaue, kann dieses herbe Wort von F. Ratzel nur entweder wie einer Totenglocke Klang oder wie einen Sporn zu höchster Raumbewältigungsleistung empfinden.

Wie man die Grundlage zu einer solchen Raumbewältigungsleistung durch eine überlegene Kenntnis des Raumes als Waffe und Werkzeug erwirbt, dazu will Rupert von Schumacher¹⁾ den Weg weisen. Es ist ein schleierloses Buch von furchtbarer Folgerichtigkeit und Wahrheitsliebe für den, der es bis ins Letzte durchdenkt. Denn es läßt keinen Raum für die leiseste Lüge aus Mitleid, Schonung oder Tarnung, am wenigsten Raum für die wieder so beliebt gewordene Selbstbelugung der europäischen Menschheit über das, was ihr droht — nicht zuletzt durch eigene Schuld.

Aber diese Schuld hat sie nun einmal auf sich geladen und selbst die Hemmungen gegen die schon begonnene Europäisierung der Menschheit aufgerichtet. Es ist müßig, über den Schuldanteil zu streiten, müßiger noch, Luftschloßbauten darüber anzustellen, wie es bei anderem Verhalten hätte kommen können. Feststellungen darüber haben kaum anderen Wert als die Staatsromane, die menschliche Einbildungskraft zu allen Zeiten hervorgebracht hat, in denen ihr das Hineinblicken in die harten Züge der Wirklichkeit unerträglich schien. Rupert von Schumacher verfährt umgekehrt. Er zeigt die Tatsachen vom Raume her und prüft, was an ihnen unentrinnbar, was durch überlegene Kunst und Wissenschaft, durch ein Erheben über den Zwang des Raumes abwendbar ist. Das ist mehr, als die Schöpfer auch aller neuzeitlichen Staatsromane und Zukunftskriege glauben. Aber es ist höchste Zeit, sich über die Daseinsbedingungen, über die Möglichkeit des Überlebens der Kleinräumigen klarzuwerden, wenn man zu ihnen gehört. Ist dieses Ziel einmal erkannt, so läßt es den denkenden Leser nicht mehr los. Für ihn ist das Buch lebensnotwendig. Für andere ist es nicht geschrieben!

1) Rupert von Schumacher: Der Raum als Waffe. Berlin 1935, Edwin-Runge-Verlag.

KURT VOWINCKEL:

Beobachtungsleistungen der Geopolitik

1. **Colin Ross: Mit Kind und Kegel in der Arktis.** 80, 218 S. Mit 50 Abb. und 1 Karte, Leipzig 1934, Brockhaus. Geheftet RM. 3.65, Leinen RM. 4.60.

2. **Colin Ross: Zwischen USA und dem Pol. Durch Kanada, Neufundland, Labrador und die Arktis.** 80, 310 S. Mit 71 Abb. und 1 Karte, Leipzig 1934, Brockhaus. Geheftet RM. 4.85, Leinen RM. 6.—.

3. **Colin Ross: Amerikas Schicksalsstunde.** 80, 312 S. Mit 74 Abb. und 1 Karte, Leipzig 1935, Brockhaus. Geheftet RM. 4.85, Leinen RM. 6.—.

Wenn die Geopolitik gefragt werden sollte: wo sie die von ihr selbst stets geforderten volkstümlich-verständlichen, dabei wissenschaftlich gesicherten Leistungen aufzuweisen habe, wird sie vor allem auf die Werke von Colin Ross verweisen. Er ist in einem Ausmaß instinkt-sicherer Beobachter, kenntnisreicher Wissenschaftler, klar schauender Politiker und leicht gestaltender Schriftsteller, — ist mit einem Wort praktischer Geopolitiker wie nur wenige andere Deutsche. In seinen bisher 11 Reisebeschreibungen und den beiden Deutungsversuchen: „Die Welt auf der Waage“ und „Der Wille der Welt“ vermittelt er einen Einblick in die tieferen Strömungen der Weltentwicklung, der sicher oft persönlich gefärbt, in einzelner leicht auch anfechtbar, im ganzen aber eine überragende Lebensleistung ist. Gerade die „Zeitschrift für Geopolitik“, deren ständiger Mitarbeiter Colin Ross ist, kann es sich versagen, hierauf näher einzugehen: hat sie doch vor allem der Pazifikschilderung: „Das Meer der

Entscheidung“ immer wieder verdiensterweise Bahn gebrochen! Sie muß heute mit allem Nachdruck hinweisen auf die drei letzten Werke, den Niederschlag einer jetzt abgeschlossenen, fast zweijährigen Reise durch den Nordteil des Kontinents Amerika. Die drei Bände bedeuten ein Wachsen: „Mit Kind und Kegel in die Arktis“ ist im wesentlichen noch Reisebeschreibung, abgestellt auf die Beobachtung des einzigartigen Verhältnisses zwischen Mensch und einer unvorstellbar kärglichen Natur. Sehr nachdenkliche Streiflichter fallen auf die Auswirkungen der Zivilisation in einem solchen, gerade eben noch ausgewogenen Lebensverhältnis; sie hat mit ihrer die Lebensfähigkeit des Menschen untergrabenden Wirkung in der Region ewigen Eises nichts zu suchen. Im Gegenteil: wer von den Weißen dort leben will, hat sich mehr und mehr den Lebensgewohnheiten des Eskimo anzupassen.

„Zwischen USA und Pol“, die Frucht einer Reise durch Kanada, ist schon ein Schritt weiter, ist die Vorbereitung auf den Aufenthalt in den Vereinigten Staaten. Zwar ist die ausführlich gewertete und gedeutete Tatsache der geopolitischen Zerrungen, die sich aus der Unart des Staatsraums, der Ungleichmäßigkeit des Volkskörpers in Kanada, insbesondere des angesprengten französischen Volksteiles ergeben, schon ein Übergang zu der Nationalitätenfrage, die den nächsten Band beherrscht. Im ganzen ist aber das Kanadawerk noch impressionistisch aufgebaut, in einer „Tüpfelmanier“ gleichsam, die den Reiz des Subjektiv-Persönlichen stark besitzt, sich aber nicht immer zur Einheit eines sachlich eindrucksvollen Gesamtbildes fügt.

Dies aber ist das wesentliche und erstaunliche Merkmal von: „Amerikas Schicksalswende“. Erstaunlich insofern, als die Probleme dieses aus allen Fugen geratenen Riesenreiches unendlich viel schwieriger auf einen geopolitischen Nenner zu bringen sind als die fast aller anderen Räume. Man fühlt aus diesem klar gegliederten und geschlossen aufgebauten Buch, wie der Verfasser der beginnende Ablösungsvorgang aus einer anscheinend so festgefügtten Daseinsform fesselt, wie ihn die unerhörte Stoßkraft eines zu neuer Entwicklung, sich selbst noch fast unbewußt ansetzenden Volkskörpers gepackt hat. Diese Umwälzung so zu sehen und zu verstehen, setzt allerdings zweierlei voraus: das selbst gewonnene, das „erwanderte“ Weltbild um einen, die Kenntnis und die begeisterte Bejahung des revolutionären Vorganges zum anderen, den wir in Deutschland erleben durften.

An dem Entstehen dieses Bildes vom neuen Amerika nimmt der Leser mit Hingabe teil. Er fühlt förmlich das Eindringen der Einzelbeobachtung mit, den Verarbeitungsvorgang, die Rückwirkung auf das Weltbild in Colin Ross. Die Zusammenfassung des Geschauten und das Ergebnis der Reise selbst sind unsern Lesern aus der Aufsatzfolge der ersten Hefte dieses Jahrgangs bekannt.

Um zum Schluß auf unsere einleitende Feststellung zurückzukommen: diese Bände, in besonderem Maß aber „Amerikas Schicksalswende“, sind geopolitische Werke hohen Grades. Wie konnte kein Geograph schreiben: sein Blick ist dem Boden verhaftet, ihm fehlt mit ganz wenigen Ausnahmen das Erfühlen des Volkskörpers, das Verstehen des Staates, die innige Beherrschung mit der Welt des Staatsmannes. Ähnliches gilt für den Bevölkerungswissenschaftler und Historiker. Erst recht versagt sind Tiefblick, wie diese Bücher darstellen, meist dem Politiker, — er ist der Augenblicksmensch, selbst wenn er Kraftströme gefährlichsten Ausmaßes anzusetzen und zu lenken unternimmt, wie jetzt Roosevelt. Es ist Geopolitik, die dies alles in der Zusammenschau zu vereinigen sucht. Und daß Colin Ross diese Zusammenschau leicht zu gestalten weiß, plaudernd fast und fesselnd, ohne die unendlich mühevollen, rastlosen und tiefgreifende Eigenarbeit sichtbar werden zu lassen, die wir von ihm kennen, das werden ihm die Leser besonders danken, die er damit fast unmerklich zu einem weiträumigen Weltbild führt.

HANS HUMMEL UND RUPERT VON SCHUMACHER: Büchertafel

Fortsetzung aus Heft 6

2. Ida Görzel, Hellmut Gottschalk, August Lösch: Technische Umwälzungen, internationale Standortverschiebungen und Protektionismus in der Nachkriegszeit. In: Zwischenstaatliche Wirtschaft, H. 2—4, 116 S. Junker & Dünhaupt, Berlin 1934. Brosch. RM. 5.40.

Einige auffallende Ereignisse auf dem Gebiete der technischen Neuerungen sowohl des Werkstoffes als des Werkzeuges werden herausgegriffen und in ihrer Einwirkung auf die Frage des Standortes und auf die Schutz-zollpolitik geprüft. So untersucht z. B. Ida Görzel sehr instruktiv die Wirkung des Mäh-

dreschers im besonderen in den USA. Die Görzelsche agrarpolitische Arbeit nimmt weit aus den größten Teil des Sammelwerkes ein. Gottschalk greift die durch technische Neuerungen bedingte Standortverschiebung und Zollpolitik für Methanol, Zink und Eisen heraus, Lösch bei der Frage nach der Veränderung der Luxusindustrie den deutschen Autozoll und die europäische Filmerzzeugung.

3. **Kurt Kroymann:** Clearing und Kompensation im Außenhandel. 62 S. Hanseat. Verlagsanst., Hamburg 1934. Kart. RM. 2.—.

4. **Walter Grävell, Hans P. Danielcik, Werner Daitz, Ernst Schultze:** Ausfuhr ist not! In: Wirtsch.-soz. Weltfragen, H. 2, 96 S., Enke, Stuttgart 1934. Brosch. RM. 3.—.

Daß in den Zeiten so schwerer wirtschaftlicher Strukturänderungen wie in der Nachkriegszeit eine staaterhaltende Währungspolitik erheblichen Zwang auf den Außenhandel ausübt, ist eine Erfahrung von geschichtlicher Häufigkeit. Neue Formen des zwischenstaatlichen Verkehrs tun sich mehr oder weniger notgedrungen auf, in den Vordergrund des Außenhandels und somit der Weltwirtschaft, also der politischen Theorie der Wirtschaft, rückt das Geldproblem. Das Clearing wird zu einer Zeiterscheinung und hat als zunächst währungspolitische Maßnahme schwerwiegende Richtungsveränderungen des Außenhandels der meisten Nationalwirtschaften im Gefolge. Einen sehr klaren, definierenden Beitrag zu diesem wichtigen Problem des Augenblicks liefert K. (3), der über Kapitalforderungen und Warenverkehr, über Staats- und Privatclearing, über Zahlungs- und Warenclearing unterrichtet und auf dem Wege über das Kompensationsproblem dieselben Fragen anschneidet, die in (4) leidenschaftlicher von nationalsozialistischen Wirtschaftsfachleuten erörtert werden. Die Umschichtung der Weltwirtschaft zur Großraumwirtschaft, der Meistbegünstigung zur Kompensation findet eindrucksvolle Erläuterung. Am wichtigstender Beitrag von Daitz, der Aufstieg und Niedergang der Hanse in den Rahmen der Wirtschaftsentwicklung stellt und nunmehr nach dem Ableben der „freien“ Wirtschaft die in der Z. f. G. seit je aufgestellte Forderung nach der Großraumwirtschaft aufwirft, die in früheren Werken von Daitz schon oft meisterhafte Auswertung gefunden hat.

5. **Karl Petermann:** Der Zollkrieg als Kampfmittel der äußeren Wirtschaftspolitik. In: Wirtsch.-soz. Weltfragen, H. 3. Enke, Stuttgart 1934. Br. RM. 5.—.

Eine sehr anregende Arbeit über Wesen und Form des politischen und wirtschaftlichen Zollkrieges, der schwerwiegende Stand-

ortverschiebungen und Strukturwandlungen bei direkt und indirekt beteiligten zur Folge hat. Begriffe wie Kampfzoll, Zollbündnis usw. werden in Zusammenhang mit geschichtlichen, politischen Tatsachen gebracht, im ganzen eine sehr durchdachte und weit schauende Schrift.

6. **Ferdinand Friedensburg:** Kohle und Eisen im Weltkrieg und in den Friedensschlüssen. 332 S., 13 Karten. Oldenbourg, München und Berlin 1934. Br. RM. 7.50, geb. RM. 8.80.

Eine geopolitisch-wirtschaftsgeographische Studie von seltenem Format, eindrucksvoll in den Tatsachen, konstruktiv in der Erörterung. Es ist ein grundlegendes Buch für jedes wehrwirtschaftliche Studium, zumal es sich mit den wesentlichsten Kriegsrohstoffen befaßt. Nach einer allgemeinen Bemerkung über die Wichtigkeit von Kohle und Eisen in Weltwirtschaft und Weltpolitik und einer ausführlichen Einleitung über die Lage vor dem Weltkrieg, behandelt F. eingehend die Ausgangsstellung 1914, die Entwicklung während des Krieges und die Veränderung der Lage durch die Friedensschlüsse. Bisher nicht in diesem Zusammenhang zusammengestelltes Zahlenmaterial erklärt schlaglichtartig zunächst nicht erkannte Probleme vom wehrwirtschaftlichen Standpunkt her. Dem Ruhrkampf und dem Saargebiet sind besondere Teile gewidmet. Instruktive Karten der Rohstoffstandorte und ihrer Beziehungen militärischer und politischer Art sind beigegeben.

7. **Georg Sinner:** Gefährdetes Europa. 147 S. Strecker & Schröder, Stuttgart 1932. Kart. RM. 2.80, geb. RM. 4.—.

Das Buch ist als warnende Einführung in den Problemkreis der tropischen Industrialisierung gedacht und auf einer erheblichen Fülle von Material aufgebaut. Trotz des bewußt technischen Standpunktes im ganzen wohl etwas zu schwarz gesehen und etwas zu sentimental in den Schlußfolgerungen. Das Verkriechen Europas in sich selbst wird kaum die gewünschten Erfolge zeitigen. Wenn auch die Weltwirtschaft mit der fortschreitenden Industrialisierung der Tropenländer zum Teufel gehen mag, — der Vorsprung Europas als Mutterland moderner Technik und ewigen Erfindetriebes bleibt in einer gewissen Spanne wohl zunächst noch erhalten.

8. **Hanns Günther:** In hundert Jahren. 78 S., 26 Abb. Franck, Stuttgart 1932.

Eine Utopie mit realen Hintergründen: die kohlenlose Energieversorgung der Welt aus Gezeiten, Wind, Wärme, Kälte, Brandung usw., jeweils technisch längst im Bereich des Möglichen, praktisch noch unmöglich, da die Wirtschaftlichkeit in keinem Falle garantiert ist.

9. **K. Hintze:** *Geographie und Geschichte der Ernährung.* 330 S. Thieme, Leipzig 1934. r. RM. 21.—.

Ein Unternehmen von außerordentlicher Tragweite. H. ist sich wohl selbst der Schwierigkeit eines so zusammenfassenden Buches bewußt und betrachtet seine Arbeit nur als Vorerörterungsgrundlage. Eine ungeheure Menge Material steckt in dem Werk; ob aber die Quellenauswahl sehr überarbeitet ist, mag dahingestellt bleiben — eine gewisse Willkürlichkeit muß immer bei einem so großangelegten Werke walten. Leider ist auch der Stil gelegentlich nicht überzeugend. Von diesen Mängeln abgesehen, ist mit der Veröffentlichung des Werkes ein großer Dienst geleistet. In knappen Abschnitten tritt H. den Gang über die ganze Erde und durch die ganze Geschichte an, gibt die ernährungskulturellen Unterlagen für wirtschaftliche Wandlungen und Bedingungen. Er ist über das Lebensmittelproblem Chinas ebenso unterrichtet wie über den Verbrauchswandel des Zuckers vom Luxusprodukt zum Nahrungsmittel. Ein Buch, das gerade wegen seiner Frische, mit dem die Dinge angepackt werden, in jede wirtschafts- und kulturgeographische Bücherei gehört.

10. **Andreas Sprecher von Bernegg:** *Tropische und subtropische Wirtschaftspflanzen.* III. Teil: 1. Bd.: Kakao und Kola, 275 S., 8 Abb.; 2. Bd.: Kaffee und Guarana, 297 S., 14 Abb. Enke Stuttgart 1934. Br. RM. 18.70 und RM. 21.—, geb. RM. 21.— und RM. 23.—.

Das ausgezeichnete Handbuch ist weiter vorgeschritten. Obgleich ein großer Teil der beiden vorliegenden Bände entsprechend seinem Verwendungszweck den technischen und pflanzenphysiologischen Fragen gewidmet ist, fördert der weltwirtschaftliche, statistische und Standortfragen erörternde Teil das Interesse des politisch-wirtschaftlich interessierten Lesers. Das Werk ist ein hervorragendes Gegenstück zu der berühmten Weltmontanstatistik Meisners, die eine ähnliche Anlage zeigt. Zur Erkenntnis tropischer Wirtschafts- und Kulturfragen ist das Werk unentbehrlich. Im Kaffee-Band ist eine knappe Monographie der brasilianischen Valorisationspolitik enthalten, die zu der Herde schwarzer Schafe gehört, die der unentwegte Weltwirtschaftspolitiker verdammt.

11. **Erich Freund:** *Kautschuk in der Weltwirtschaft.* 59 S. Perles, Wien und Leipzig 1934. Kart. RM. 2.10.

Durch raumbedingte Kürzungen ist das Thema inhaltlich in: Welthandel des Kautschuk abgeändert; sein Wert ist dadurch erheblich vermindert. Übrigbleibt eine Handelsstatistik der Erzeuger- und Verbraucherländer, wobei die wirtschaftsgeographische Ten-

denz des unveröffentlichten Gesamtwerkes zu stark hervortritt; es wird somit eine statische Schilderung über den wohl interessantesten Welthandelsartikel erzielt, die durch eine stärkere Berücksichtigung marktanalytischer Forschungen, wie sie richtungsweisend vom Schumacher-Kreis betrieben wird, hätte gehoben werden können. Zudem fällt die Veröffentlichung mit dem Erscheinen der umfangreichen Monographie Hübners zusammen, die den Stoff erschöpfend behandelt.

12. **Alfred Weise:** *Vom Wildpfad zur Motorstraße.* 166 S., viele Abb. Verkehrswiss. Lehrmittelges., Berlin 1933.

So bunt und nett wie der Einband ist auch der Inhalt, der in erzählender Form in die Geschichte des Verkehrswesen einführen soll.

13. **H. Orlovius u. a.:** *Luftverkehr über dem Ozean.* 142 S., 49 Abb., viele Skizzen. Mittler, Berlin 1934. Geb. RM. 4.80.

Eine Versammlung kompetenter Autoren gibt dem an sich volkstümlichen Werk seinen wissenschaftlichen Reiz: Orlovius über Weltluftverkehr, Schiller über die Zeppelinflüge, Holzapfel mit einem Bericht über die ersten Transozeanflüge, Gronau über seine Flugbootflüge, Seilkopf über Flugwetter auf dem Ozean, Ritscher über Navigation, Wegener über die Luftfahrten im Dienste der Polarforschung. Alles in allem ein gut ausgestattetes, gut unterrichtendes Sammelwerk. Wir bitten bei Neuauflage einen Irrtum zu beseitigen (Seite 7): Obgleich bereits die Phöniker das Segel kannten, benutzten die Meerfahrer der Griechen und Römer überwiegend das Ruderschiff; und daß die Entdeckungsreisen des Columbus u. a. durch die Erfindung des Dampfschiffes ermöglicht wurden, dürfte nicht den Tatsachen entsprechen.

West- und Südeuropa

1. **Brand Klaas van den Berg:** *Het laagveengebied van Friesland.* 76 S., 2 Karten. Van der Loeff, Enschede 1933.

Wiederum liegt eine ausgezeichnete Einzelmonographie über einen holländischen Landesteil vor, über das niedrigegelegene Veenland Westfriesland. Ursprünglicher Zustand, Eindringen und Bearbeitung des Menschen, der tatsächliche Erfolg seiner Arbeit, derzeitiger sozialer und wirtschaftlicher Zustand werden unter Zugrundelegung einwandfreien Materials beschrieben.

2. **Bernhard Pier:** *Rassenbiologische Betrachtungsweise der Geschichte Englands.* 55 S. Diesterweg, Frankfurt a. M. 1935. Kart. RM. 1.35.

Mit neuartigen Betrachtungsversuchen zuerst in der Schulbuchliteratur zu gehen, ist

gewagt, zumal wenn der Titel nicht hält, was er verspricht. Die zweifellos richtige Rassenbetrachtung im ersten Teil wird nicht auf die Geschichte übertragen, sondern in diesem Teil ist die Völkerpsychologie vorherrschend, was man beileibe nicht verwechseln soll. Immerhin ist der Versuch insofern gelungen, als die erste Abkehr von trockener Geschichtsbetrachtung erreicht wird.

3. **Hugo Preller:** Englands Weltpolitik als Gleichgewichtspolitik. Göschen Nr. 1088, 158 S., 5 Karten. De Gruyter, Berlin und Leipzig 1935. Geb. RM. 1.62.

Eine vortreffliche kurzgefaßte Darstellung der englischen Geschichte der letzten hundert Jahre, aufgebaut auf dem Gedanken der Balance of power, von England gerade jetzt wieder in den Vordergrund gerückt.

4. **S. J. Catiforis:** La crise de la monnaie anglaise (1931). 210 S. Recueil Sirey, Paris 1934.

Ausführliche Studie über die englische Währungs- und Handelspolitik seit der Revalorisation des Pfundes und den Reformen der Jahre 1925 und 1928, über den Einfluß dieser Revalorisation auf Handel und Finanzwesen, über die entstehende Krise und die folgende Abwertung des Pfundes.

5. **Bernhard Piper:** Rassenbiologische Betrachtungsweise der Geschichte Frankreichs. 65 S. Diesterweg, Frankfurt a. M. 1935. Kart. RM. 1.35.

Hierzu gilt in vollem Maße das zu (3) Gesagte. Allerdings ist die Betrachtung Frankreichs in diesem Zusammenhang einfacher und also auch besser durchgeführt. Der letzte Satz des Büchleins ist unklar. Wenn er aber so gemeint ist, wie er dasteht, so ist er zumindest nicht gerade sehr diplomatisch.

6. **Gustav Roloff:** Französische Geschichte. Göschen Nr. 85, 174 S., 9 Karten. De Gruyter, Berlin und Leipzig 1934. Geb. RM. 1.62.

7. **Gustav Roloff:** Frankreichs Wiederaufstieg zur Weltmacht und zum Empire. Göschen Nr. 1090, 130 S., 10 Karten. De Gruyter, Berlin und Leipzig 1935. Geb. RM. 1.62.

Das erste Bändchen gibt einen schnellen Abriß der französischen Geschichte unter Verwendung der wirklich wesentlichen Daten aus der Entstehungszeit, der Gruppierung aus dem Seinebecken, dem Kampf gegen England und Habsburg, der Revolution, den zwei Kaiserreichen und drei Republiken. Dieser letzte Teil wird im zweiten Bändchen erweitert genauer dargestellt, in dem der Kampf um die europäische Hegemonie besonders im 20. Jahrhundert eine vortreffliche Schilderung findet. Von gutem Quellenmaterial und sauberen Karten unterstützt,

reihen sich die beiden Bändchen in die Veröffentlichungen Karl Haushofers über Japan, Prellers über England und Luckwaldts über die USA. ergänzend ein.

8. **Edzard Hobbings:** Frankreichs Kolonialreich als Basis seiner Weltmacht. 182 S., leider keine Karten. Eigenverlag 1934.

Diese Dissertation bei Prof. Walter Vogel und Prof. Hoetzsch hätte wohl verdient, in eine Reihe aufgenommen zu werden und einen weiteren Wirkungskreis zu finden. Aus umfassender Kenntnis des Quellenmaterials heraus hat H. das Wesentliche zusammengestellt, nicht um eine Monographie des französischen Kolonialreiches zu schreiben — das wäre nichts Neues —, sondern um die Statik des Kolonialreiches in die Dynamik französischer Weltpolitik hineinzustellen. Eine Arbeit, die uneingeschränkt zur guten geopolitischen Literatur gerechnet werden muß.

9. **Wilhelm Ziesemer:** Das Land der Basken. 200 S., 64 Abb. Hobbings, Berlin 1934. Geb. RM. 6.80.

In der Hobbingschen Völkerkundereihe, die in der Bildausstattung der bisher erschienenen Bände gleich gut, im Text sehr verschiedenartig war, ist jetzt ein Basken-Band erschienen, der ausgezeichnete Bilder und einen flüssigen, lebendigen Text hat. Die Bilder dieser Reihe sind einfach nicht zu übertreffen und stehen würdig neben „Atlantis“.

10. **Alfred Maderno:** Germanisches Kulturerbe am Mittelmeer. 207 S. Keilverlag, Berlin 1935. Br. RM. 2.50, geb. RM. 4.—.

Der Titel des Buches ist dankenswert und neu, das Buch selbst ist weniger dankenswert. Selbst wenn man keine Ansprüche erhebt, darf ein stilgerechter Reisejournalismus gerade über einem solchen Thema, das mit sehr heiklen historischen Fragen verbunden ist, nicht in Oberflächlichkeit befangen bleiben. Volkstümlich ist nicht dasselbe wie populär, und Heroismus und Tragik der Germanen am Mittelmeer war schließlich keine Satire. Wir empfehlen unseren Lesern das ausgezeichnete Buch von Gautier über Geiseric zum Vergleich.

Südost- und Mitteleuropa

M. J. Krück von Poturzyn: „Kaiser Joseph der Deutsche“. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1935. 320 S. 8° mit 20 Bildern. RM. 6.80.

Ein wunderbares Buch. Eine der größten Gestalten deutscher Vergangenheit wird lebendig geschildert. Vor allem werden die Leistungen des Kaisers in den Rahmen des deutschen Gesamtvolkes gestellt und der deutsche Charakter seiner Politik betont. Die

Eigenart des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Österreich ist so gut gezeichnet, daß man das Buch in gewissem Sinn als Standwerk bezeichnen kann. Am Rande erscheinen alle politischen Probleme jener Zeit, aus denen manches für unsere Zeit zu lernen ist.

H. Vogel: „Österreichs Selbständigkeit als Weg einer gesamtdeutschen Lösung des Donauproblems. — Ständeverfassung und Demokratie.“ Zwei zeitgemäße Aufsätze. C. Heymanns Verlag, Berlin, Österr. Wirtschaftsverl., Wien 1935. Betriebswissenschaftl. Bl., H. 6, 46 S. RM. 2. —.

Vogel behandelt von hoher Warte die zwei Titelthemen, allerdings in einem Sinn, der gewiß nicht allgemein widerspruchsfrei aufgenommen werden wird. Sehr beachtenswert sind die ständestaatstheoretischen Ausführungen, die auf den sehr interessanten, schon früher niedergelegten Grundgedanken Vogels basieren.

Bibliographie zur Geschichte Österreich-Ungarns im Weltkrieg 1914—1918. Stuttgart 1934. Weltkriegsbücherei. 135 S.

Diese Bibliographie ist durch ihren Umfang einigermaßen überraschend. Es ist tatsächlich alles Nennenswerte zusammengetragen und darüber hinaus noch so viel der weniger bekannten und fremdsprachlichen Literatur, daß man ohne diesen Behelf kaum auskommen dürfte, wenn man ernstliche Studien betreibt.

Hans Retzlaff: „Bildnis eines deutschen Bauernvolkes. Die Siebenbürger Sachsen.“ Mit erläuterndem Text von Dr. Misch Orend und einem Geleitwort von Bischof Dr. D. Glondys. Verlag Grenze und Ausland, Berlin 1934. 96 meist ganzseitige Abbildungen auf Tafeln und 24 Seiten Text. RM. 4.90.

Das Bildnis eines deutschen Bauernvolkes ist dieses Werk zu Recht benannt. Fern von der Heimat, umgeben von Fremdvölkern, unter fremder Herrschaft hat dieses Volk seine Eigenart und sein Deutschtum bewahrt. 800 Jahre hat dieser harte Bauernstamm fast ununterbrochen gegen Mongolen, Türken, Walachen, Ungarn, Slawen, gegen innere und äußere Feinde, gegen Pest und Hungersnot gekämpft, und trotzdem lächeln diese Menschen in fröhlich ererbter Heiterkeit. Ein gesundes Volk!

Zwischenstaatliche Fragen

K. Springenschmid: „Großmächte unter sich“, Verlag Kiesel, Salzburg 1934. 180 S. 20 geopolitische Skizzen.

Ein vorbildlich ausgestattetes Einführungsbuch in die geopolitischen Probleme der Großmächte, von dem bekannten Verfasser

geopolitischer Atlanten anschaulich und anregend geschildert. Als Schulungsbuch sehr zu empfehlen.

Rocco Moretta: „Wie sieht der Krieg von morgen aus?“ Rowohlt, Berlin 1934, deutsch von Th. Lücke. 224 S. RM. 3.80.

Eine Besprechung dieses Buches ist außerordentlich schwer, da es gewissermaßen ein Resumé aller gangbaren Theorien über den Zukunftskrieg ist, die mit sehr vorsichtig abwägenden Urteilen und Randglossen versehen sind. Moretta ist sichtlich bedacht, sich vor Theorien nach der einen oder andern Seite zu hüten, weil der letzte Krieg gelehrt hat, daß alle Wehrsysteme binnen kurzem im Ernstfall grundlegend verändert werden. Die Frage Luftwaffe, Mechanisierung und Motorisierung, Offensive, Defensive dürfen nicht mit Fanatismus diskutiert werden, sondern müssen nüchtern erwogen werden: „Wahrscheinlichkeit gegen Dogma“, sagt der Verfasser. Manöver und Praxis haben ergeben, daß keine der modernen Waffen die Anwartschaft auf den Sieg bietet. Die Verteidigung hält, wie immer, mit der Technik der Angriffsmittel Schritt, wo das nicht der Fall ist, bedroht das Kampfmittel beide Teile gleichermaßen, so daß letzten Endes Abnutzungskriege das Ergebnis sein werden.

Ein interessantes Moment kommt bei allen Theorien über den Zukunftskrieg zum Vorschein: die Tatsache, daß der moderne Wehrapparat derart spezialisiert ist, daß er immer nur in ganz bestimmten Raumtypen brauchbar ist. Der Raum wird also von ungeheurer Bedeutung für den Zukunftskrieg, ein Umstand, der vielleicht noch nicht genügend in Rechnung gestellt ist.

Wirtschaft

Sartorius von Waltershausen: „Die Umgestaltung der zwischenstaatlichen Wirtschaft. Ein geschichtlicher Rückblick 1914—1932.“ Verlag G. Fischer, Jena 1935. 326 S. Gr.-O. RM. 18.50.

Eine Übersicht über die weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen in den letzten Jahrzehnten. Vorsichtig im Urteil, keine Sensationsscherei, daher ausgesprochenes Standwerk. Alle Ursachen werden aufgesucht: Weltkrieg, Bevölkerungsbewegung, Wanderungen, Industrialisierung in Übersee, Rationalisierung, Konkurrenz des Autos, Konzernpolitik, Krisen, Währungsverfall, Konsumverfall usw. Überraschend ist allerdings die Verwendung von Schacher als Quelle für den Südosten.

„Weltwirtschaftsdämmerung“. Festschrift zum 10jährigen Bestehen des Weltwirtschaftsinstituts der Handelshochschule

Leipzig. Herausgeber: Prof. Dr. K. Haushofer und Prof. Dr. Walther Vogel. Verlag Kohlhammer, Stuttgart 1934. 144 S. 40.

In dem sehr bemerkenswerten ersten Teil der Festschrift wird in 12 Aufsätzen aus hervorragenden Federn ein ungeschminkter Tatsachenbericht über die Entwicklung der Weltwirtschaft gegeben. Prof. Haushofer führt die Lage besonders den Kolonialfreunden vor Augen, Dr. Thierfelder weist auf das Südostdeutschum und dessen wirtschaftliche Bedeutung hin.

H. Dullien: „Die ganzheitliche Volkswirtschaftslehre“. 40 S., RM. 0.60; **H. Riehl:** „Kleine Einführung in die Gesellschaftslehre“. 32 S. RM. 0.50. Heft 7 u. 8 der „Bücherei des Ständestaates“, Erneuerungsverlag, Berlin-Wien 1934.

Beide Heftchen fußen auf der Volkswirtschafts- und Gesellschaftslehre Othmar Spanns, die in größeren Arbeiten grundlegend behandelt worden ist.

„Die faschistische Wirtschaft. Probleme und Tatsachen.“ Herausgeg. von Dr. G. Dobbert, Reimar Hobbing, Berlin 1934. 232 S. 2 K.

Das Titelthema wird in den Beiträgen zahlreicher deutscher und italienischer Verfasser sehr ausführlich behandelt. Wegen des Umfangs des Stoffes müssen wir uns an dieser Stelle mit der Wiedergabe der wichtigsten Themen begnügen: „Idee der korporativen Wirtschaft“, „Organisationsformen der Wirtschaft“, „Die sozialen Probleme“, Bevölkerungs-, Agrar-, Industrie-, Binnenmarktpolitik, Geld und Kreditwesen, die staatliche Finanzwirtschaft, Verkehr und Kolonien, Außenhandel und die deutsch-italienischen Beziehungen kommen zur Sprache. Zahlreiche Tabellen unterstützen das Gesagte.

Latvijas Banka, 1932; „Activities of Latvijas Banka in 10 Years 1922–1932“. Beide: State Printing Office, 1933. **J. Bokalders:** „Lettlands Ökonomist“, Riga 1933.

Drei offizielle Veröffentlichungen, die über die Finanz- und Wirtschaftsentwicklung des jungen lettischen Staates Auskunft geben.

Bruno Gleitze: „Statistisches Lexikon“. Verlag Mohr (P. Siebeck), Tübingen 1935. 464 S. RM. 12.—.

Die Idee dieses Lexikons ist, in alphabetischer Anordnung alle statistisch interessanten Daten übersichtlich zu vermitteln. Das Ziel ist vollauf erreicht, nur vermissen wir z. B. statistische Angaben über das Aus-

landsdeutschum usw. Warum ist das vernachlässigt?

Meyers Orts- und Verkehrslexikon des Deutschen Reiches. 6. Auflage. Lex. 8° 867 S. Bibliographisches Institut AG., Leipzig 1935. In Leinen RM. 19.50.

Diese Neuauflage eines rühmlich bekannten Werkes war seit langer Zeit erforderlich geworden. Der zuletzt 1912 in zwei Bänden bearbeitete Stoff wird jetzt in einem Bande zu einem erstaunlich billigen Preise zusammengefaßt. Alle berufstätigen Kreise finden in ihm einen Ratgeber, dessen Wert noch erhöht wird durch eine den Besitzern zur Verfügung stehende Auskunftstelle des Verlages. Unnötig zu sagen, daß alle Angaben nicht nur in denkbarer Vollständigkeit, sondern auch durchaus zuverlässig dargeboten werden.

Mensch und Rasse

Otto Aichel: „Der deutsche Mensch“, Verlag Gustav Fischer, Jena. 176 S. 80. RM. 25.50.

Das mit 24 Tafeln ausgestattete Buch geht, wie schon der Untertitel: „Studie auf Grund neuen europäischen und außereuropäischen Materials“ besagt, auf einer breiteren als der bisher üblichen Basis an die anthropologische Klärung der Rassenfragen des deutschen Volkes heran. Besonders die Ergebnisse der eigenen Untersuchungen des Verfassers in Amerika werden zur Begutachtung herangezogen. Methodisch bekennt sich der Verfasser zu dem neuen Weg, der die Klärung der Rassenabstammung weniger vom fossilen Menschen als vom lebenden her vorsieht. Grundlegend dafür ist seine Ansicht: „Die Entstehung langköpfiger Rassen, zu denen die nordische Rasse gehört, ist nicht klargelegt, und die Frage nach der Herkunft der kurzköpfigen Rassen ist, je weiter unsere Kenntnisse vordringen, nicht einfacher, sondern komplizierter geworden.“

Nach einer kritischen Sichtung der bisherigen wissenschaftlichen Anschauungen und einer Darstellung der eigenen Forderungen zieht der Verfasser die Schlußfolgerung: „Nicht nur der deutsche Mensch, auch die ‚nordische Rasse‘ ist das Ergebnis eines Rassengemischs, wohl aber wurde durch Auslese aus dem Gemisch im Norden Deutschlands ein Erbgut angehäuft, das den Germanen aus der Bevölkerung Europas herausstellt und zu seinen besonderen geschichtlichen Leistungen befähigt macht.“